

Bürgerhaushalt Darmstadt 2013

www.da-bei.darmstadt.de

Rechenschaftsbericht

Stand: 04.02.2014

Wer denkt was GmbH
Robert-Bosch-Straße 7
64293 Darmstadt

Einleitung

Die Stadt Darmstadt hat im Jahr 2013 die Bürgerinnen und Bürger zum zweiten Mal an der Erstellung des öffentlichen Haushalts im Rahmen eines Bürgerhaushalts auf der Online-Plattform www.da-bei.darmstadt.de beteiligt. In der Sitzung am **17.12.2013** beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Haushalt für das Jahr 2014. Dabei sind die Beratungsergebnisse der 21 bestbewerteten Vorschläge des Darmstädter Bürgerhaushalts in die Beschlussfassung eingegangen.

Ablauf

Der Bürgerhaushalt startete am **16.05.2013** mit der Auftaktveranstaltung im Justus-Liebig-Haus, bei der sich die Bürgerinnen und Bürger einen Überblick über den Darmstädter Haushalt verschaffen und Ihre Ideen mit den Dezernentinnen und Dezernenten besprechen konnten. Zudem konnten erste Vorschläge schriftlich eingebracht werden. Am gleichen Tag begann die bis zum **13.06.2013** andauernde Vorschlagsphase (4 Wochen), in der die Darmstädter Bürgerinnen und Bürger¹ ihre Spar-, Ausgabe- oder Einnahmenvorschläge in sieben Foren online einbrachten und diskutierten. Es war auch möglich, Vorschläge postalisch einzubringen, die zeitnah auf der Plattform online gestellt wurden. Bei den sieben Foren handelte es sich um die an den Produktbereichen orientierten Themen

- Kultur und Wissenschaft,
- Soziale Leistungen,
- Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,
- Sportförderung,
- Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV,
- Natur- und Landschaftspflege,
- Wirtschaft und Tourismus.

Darüber hinaus hatten die Bürgerinnen und Bürger in zwei weiteren Onlineforen die Möglichkeit, ihr Lob sowie ihre Kritik zum derzeitigen Verfahren des Bürgerhaushaltes zum Ausdruck zu bringen und Fragen zum Haushalt zu stellen. In dieser Phase des Bürgerhaushaltes 2013 wurden insgesamt 160 Ideen und 275 Kommentare eingebracht.

Nach Ende der Vorschlagsphase begann am **14.06.2013** die Abstimmungsphase (2 Wochen). In dieser hatten die Bürgerinnen und Bürger bis zum **28.06.2013** Zeit, über die einzelnen Ideen abzustimmen und so über die Top-3 in jedem Themenbereich zu entscheiden. Neue Inhalte konnten nur noch in den Foren „Lob & Kritik“ sowie „Fragen zum Haushalt“ eingestellt werden.

Nach Abschluss der aktiven Beteiligungsphase prüfte die Verwaltung die Top-3-Ideen aus den jeweiligen Produktbereichen. Es wurde geprüft, wie die Vorschläge fachlich einzuschätzen und ob die Vorschläge umsetzbar und finanzierbar sind. Die Ergebnisse dieser Prüfung wurden auf der Online-Plattform (www.da-bei.darmstadt.de) veröffentlicht sowie als Magistratevordlagen an den Magistrat der Stadt Darmstadt weitergeleitet. Nach der Beschlussfassung durch den Magistrat wurden die Vordlagen an die Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet.

¹ Korrekterweise müsste von Einwohnerinnen und Einwohnern nach §8 HGO gesprochen werden, da keine Altersbegrenzung vorlag. Aufgrund der besseren Lesbarkeit und dem Kontext eines "Bürgerhaushaltes" wird im Text der Begriff der Bürgerinnen und Bürgern verwandt.

Statistische Auswertung

Im Anschluss an die Beteiligungs-, Beratungs- und Beschlussphase wurde eine Auswertung durchgeführt, um zu ermitteln, an welchen Stellen das Verfahren verbessert bzw. weiterentwickelt werden kann. Hierfür sind insbesondere die Nutzerdaten von Bedeutung, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei der Anmeldung auf der Online-Plattform eingegeben wurden.

Auf der Plattform des Bürgerhaushalts waren im Jahr 2013 607 Nutzer registriert. Im Vergleich zum Jahr 2012 (142 registrierte Nutzer) bedeutet dies eine Steigerung um 427%. Von diesen 607 Nutzern haben sich 480 im Jahr 2013 neu angemeldet, 469 waren tatsächlich aktiv (2012: 95 aktive Nutzer). Insgesamt wurden 160 Ideen eingebracht (2012: 170 Ideen) und 275 Kommentare abgegeben (2012: 125 Kommentare) (siehe Abbildung 1). Dies zeigt, dass gegenüber der Vorjahresbeteiligung eine stärkere Diskussion der einzelnen Vorschläge stattgefunden hat.

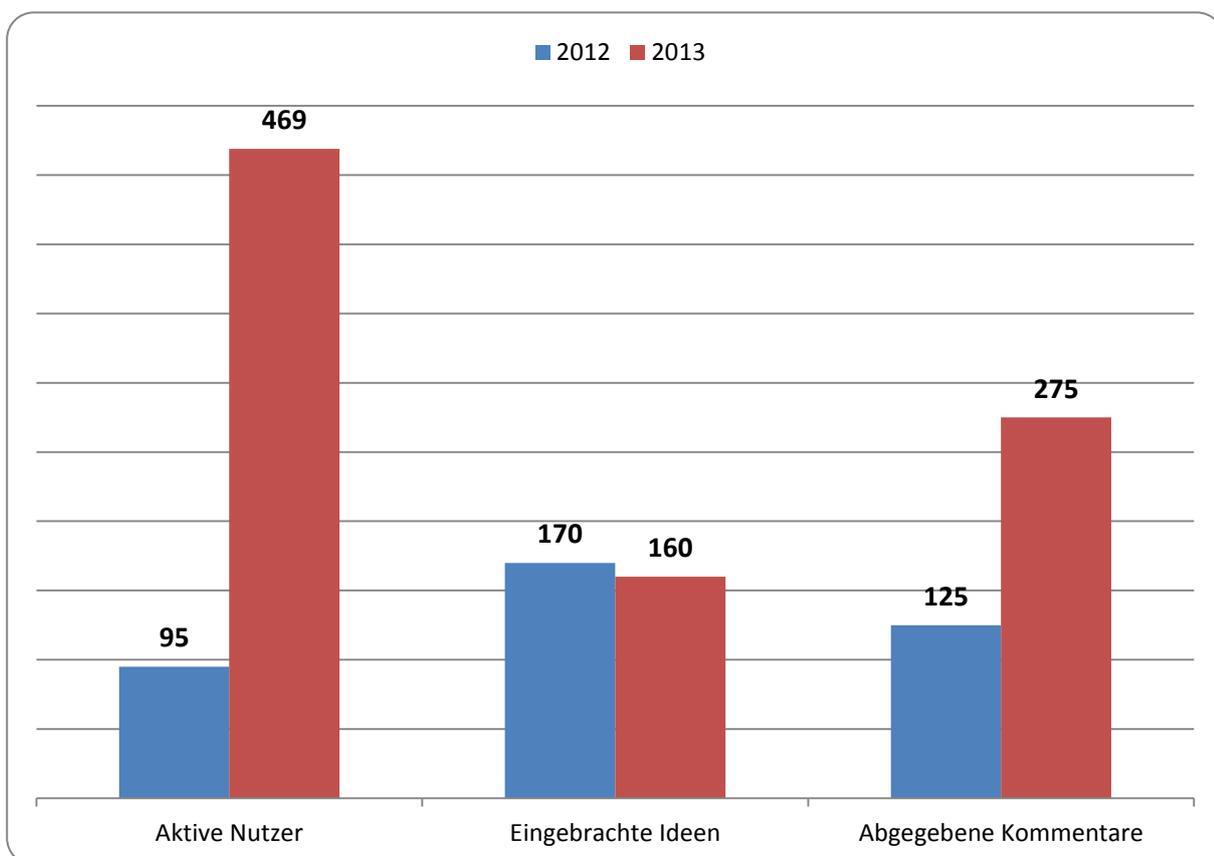


Abbildung 1: Anzahl der aktiven Nutzer, der eingebrachten Ideen sowie der Kommentare, Bürgerhaushalte 2012 und 2013

In der Abstimmungsphase gaben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer 9.525 Stimmen ab (2012: 778 Stimmabgaben). Auf die Internetplattform des Bürgerhaushaltes wurde 5.851 Mal zugegriffen (2012: 3.743 Zugriffe) (siehe Abbildung 2).

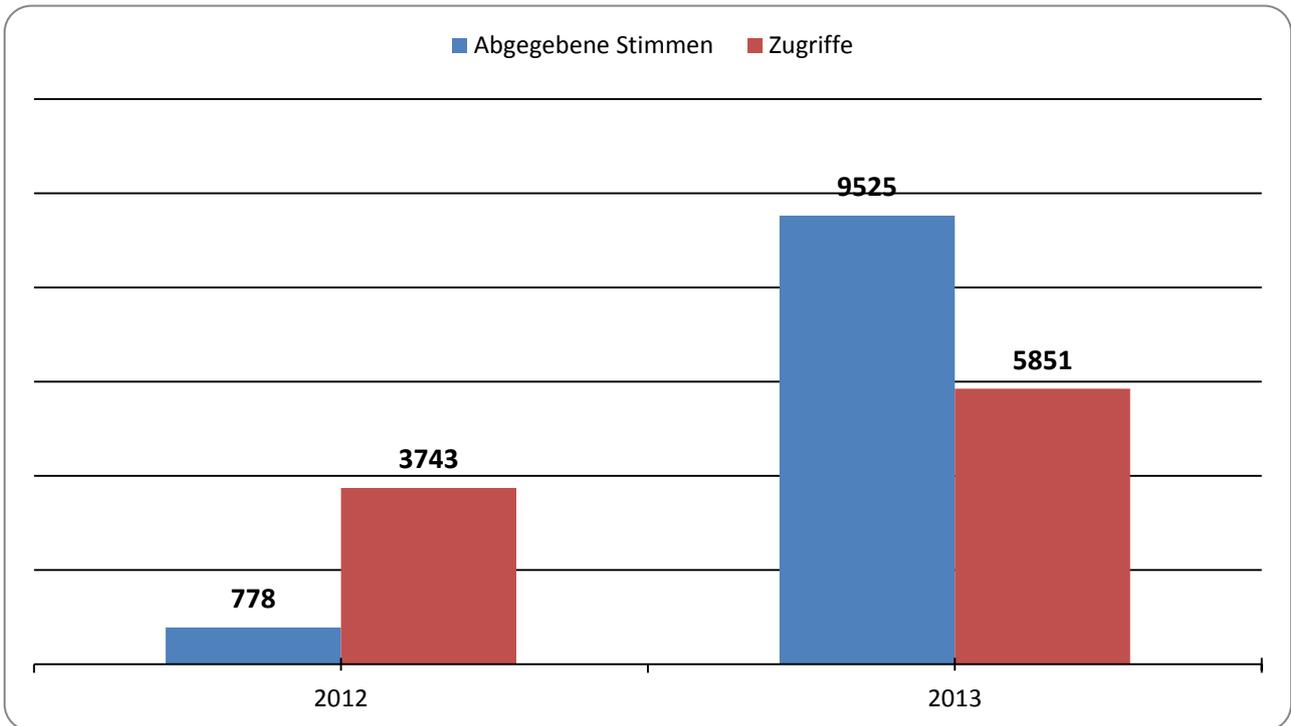


Abbildung 2: Anzahl der abgegebenen Stimmen und Zugriffe, Bürgerhaushalt 2013

Insgesamt brachten 75 Bürgerinnen und Bürger Ideen ein, 62 kommentierten Ideen und 379 stimmten ab (siehe Abbildung 3).

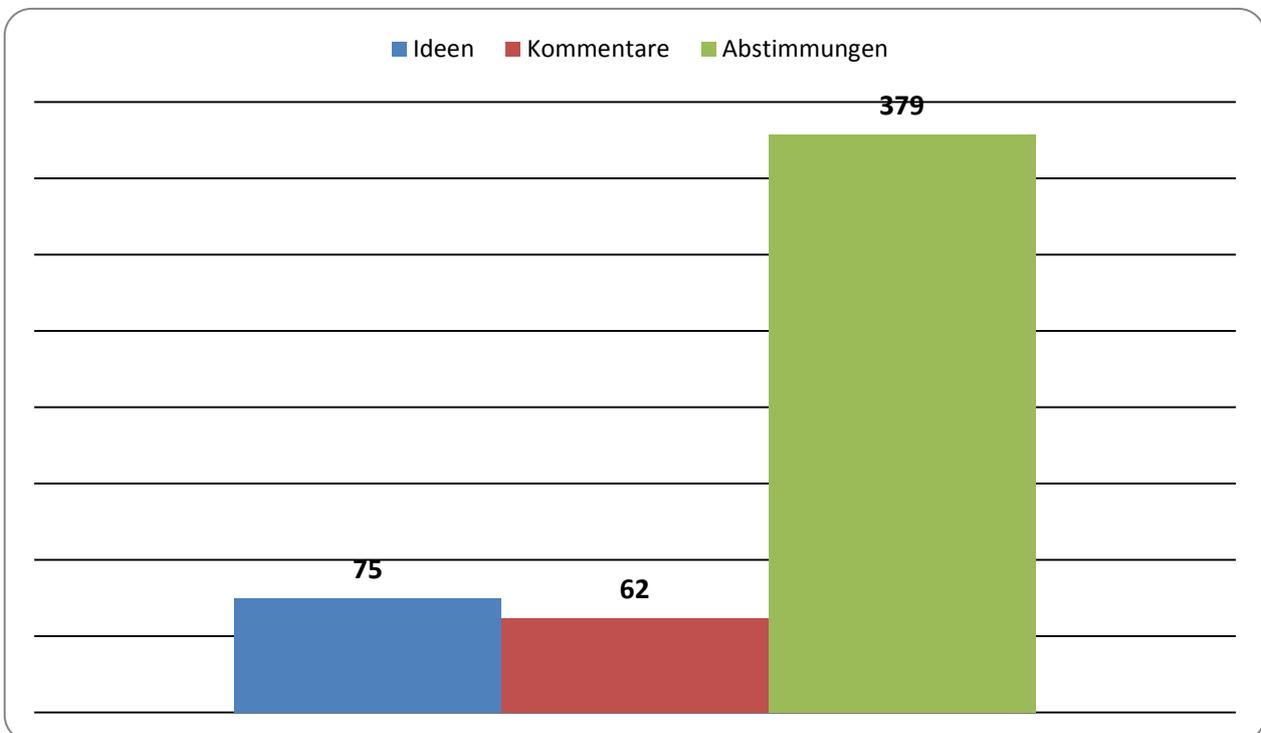


Abbildung 3: Aktivitätsprofil, Bürgerhaushalt 2013

Abbildung 4 zeigt die Verteilung der Ideen und Kommentare auf die verschiedenen Themenbereiche. Innerhalb des Themenbereichs Verkehr wurden die meisten Ideen sowie Kommentare eingereicht.

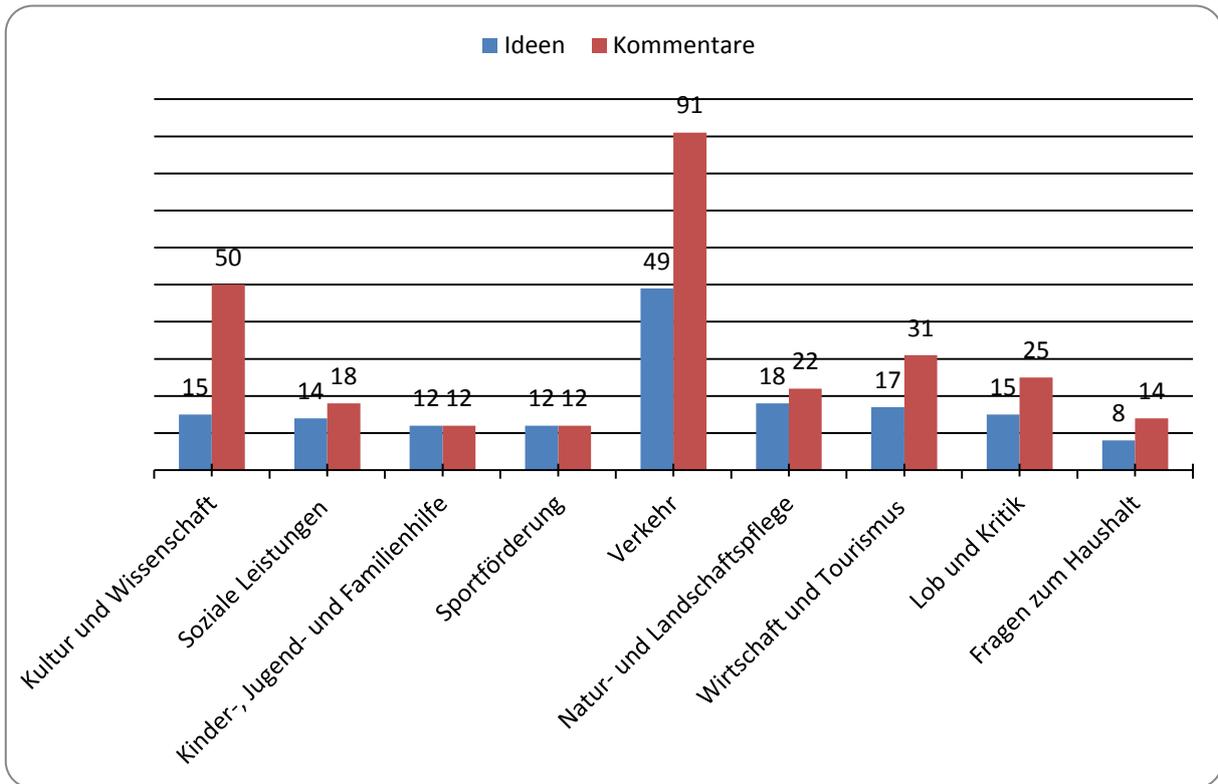


Abbildung 4: Verteilung der Ideen und Kommentare auf die Themenbereiche, Bürgerhaushalt 2013

Wie aus Abbildung 5 ersichtlich wird, machte die Gruppe der 40 bis 49-jährigen den größten Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus, gefolgt von der Gruppe der 30 bis 39-jährigen. Hier hat im Vergleich zu 2012 eine Verschiebung stattgefunden: Im letzten Jahr bildeten die 60 bis 69-jährigen den größten Anteil an den aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern, gefolgt von der Gruppe der 40 bis 49-jährigen. Es ist jedoch zu beachten, dass sich ebenfalls der Anteil der aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ihr Alter nicht angegeben haben, deutlich erhöht hat (siehe Abbildung 3).

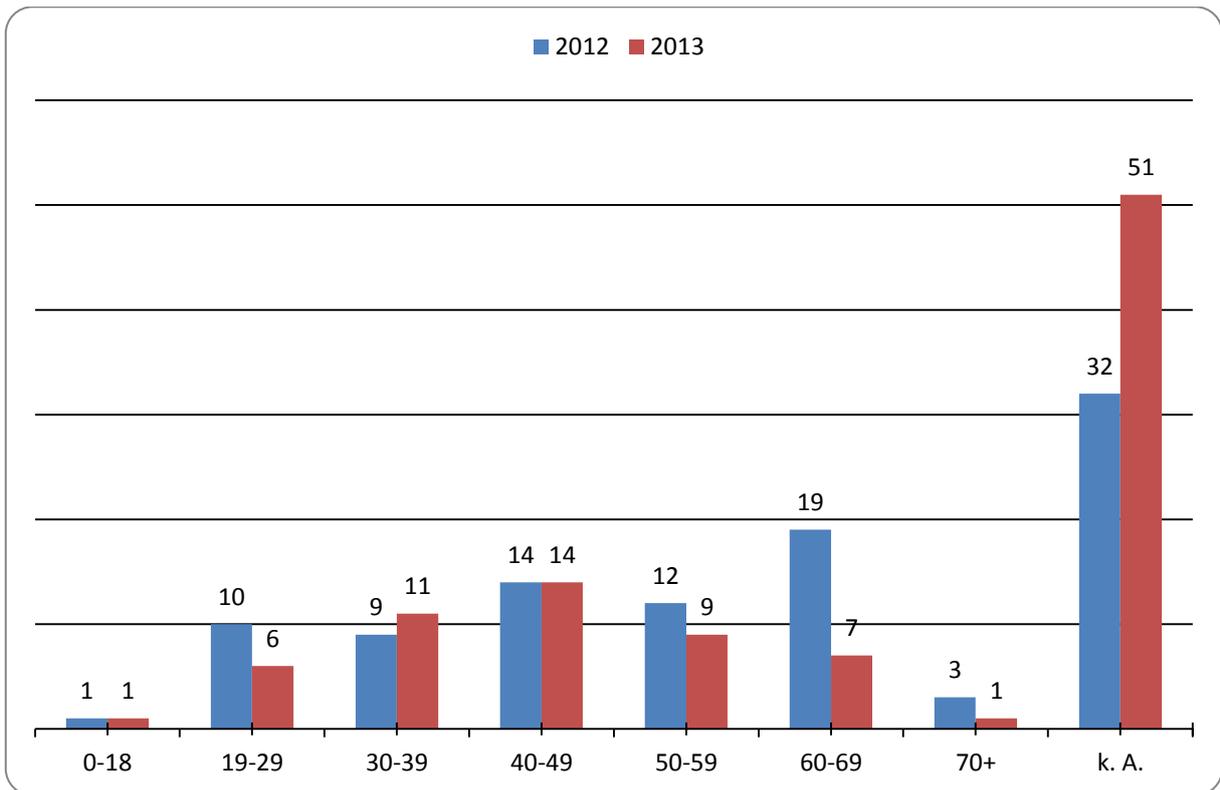


Abbildung 5: Altersstruktur der Nutzerinnen und Nutzer, Bürgerhaushalte 2012 und 2013; Angaben in Prozent

Die Beteiligungsauswertung nach Geschlecht zeigt eine stärkere Beteiligung von Männern als von Frauen (siehe Abbildung 6). Es sollte für die Zukunft weiterhin ein Ziel sein, diese Differenz in der Beteiligung zwischen Männern und Frauen zu reduzieren.

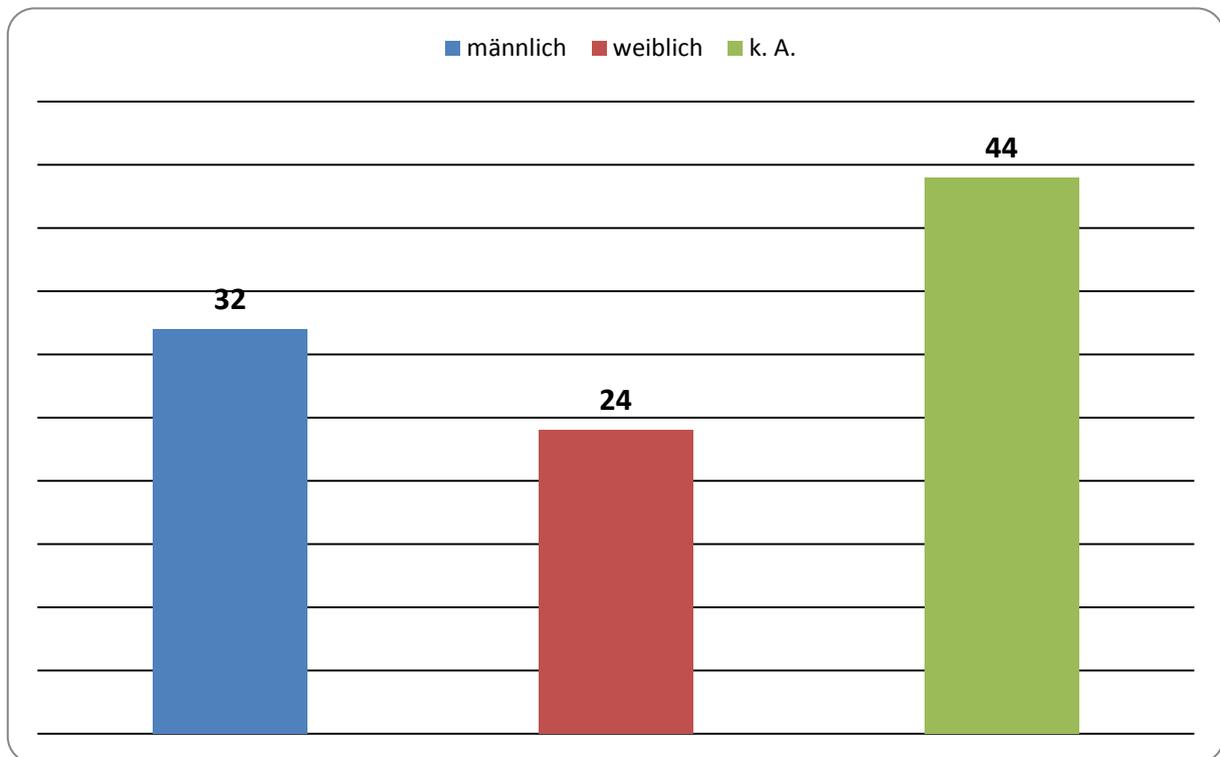


Abbildung 6: Geschlecht der aktiven Nutzerinnen und Nutzer, Bürgerhaushalt 2013

Hinsichtlich der Auswertung nach Bildungsabschluss zeigt sich, dass ca. 55% der Nutzerinnen und Nutzer hierzu keine Angabe machten. Dennoch wird ersichtlich, dass ein großer Anteil der Nutzerinnen und Nutzer einen Fachhoch- bzw. Hochschulabschluss besitzt. Alle anderen Bildungsabschlüsse folgen erst mit recht großem Abstand (siehe Abbildung 7).

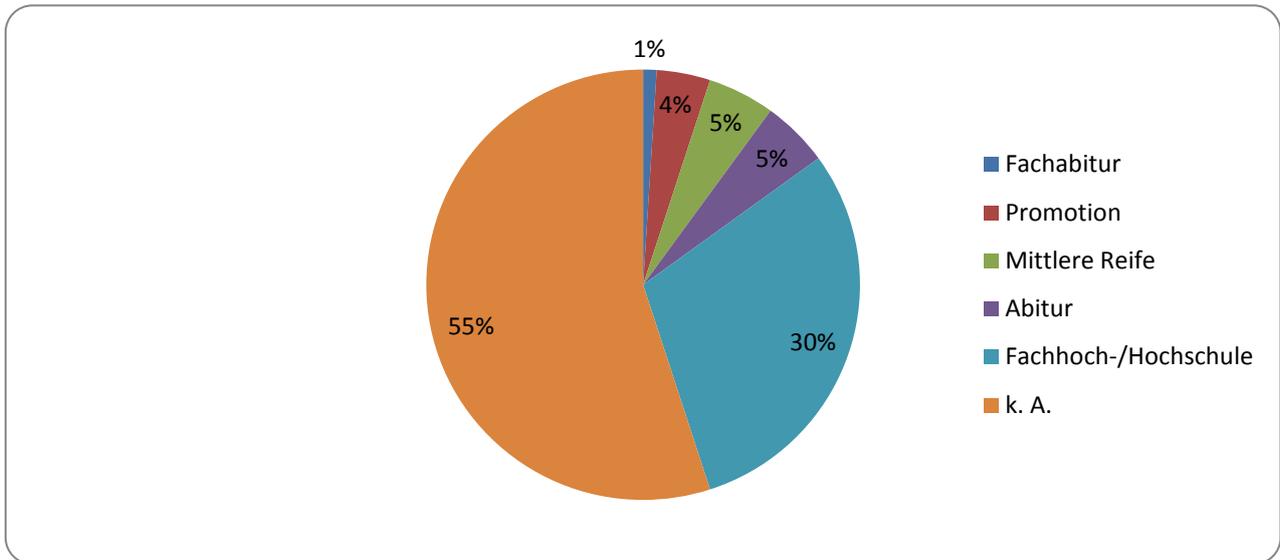


Abbildung 7: Bildungsabschluss der Nutzerinnen und Nutzer, Bürgerhaushalt 2013, Angabe in Prozent

Die meisten Nutzerinnen und Nutzer, die hierzu eine Angabe machten, erfuhren vom Bürgerhaushalt durch Zeitungen, die Homepage der Wissenschaftsstadt Darmstadt oder "sonstiges", während nur wenige Nutzer durch Plakate, das Radio, Twitter oder Werbung in Bussen und Bahnen auf den Bürgerhaushalt aufmerksam gemacht wurden. Darüber hinaus wurden Freunde, Bekannte, Verwandte bzw. Arbeitskollegen, die GEW, E-Mails an städtische Mitarbeiter sowie der Flyer und die Broschüre zum Darmstädter Bürgerhaushalt als Informationsquelle genannt (siehe Abbildung 8).

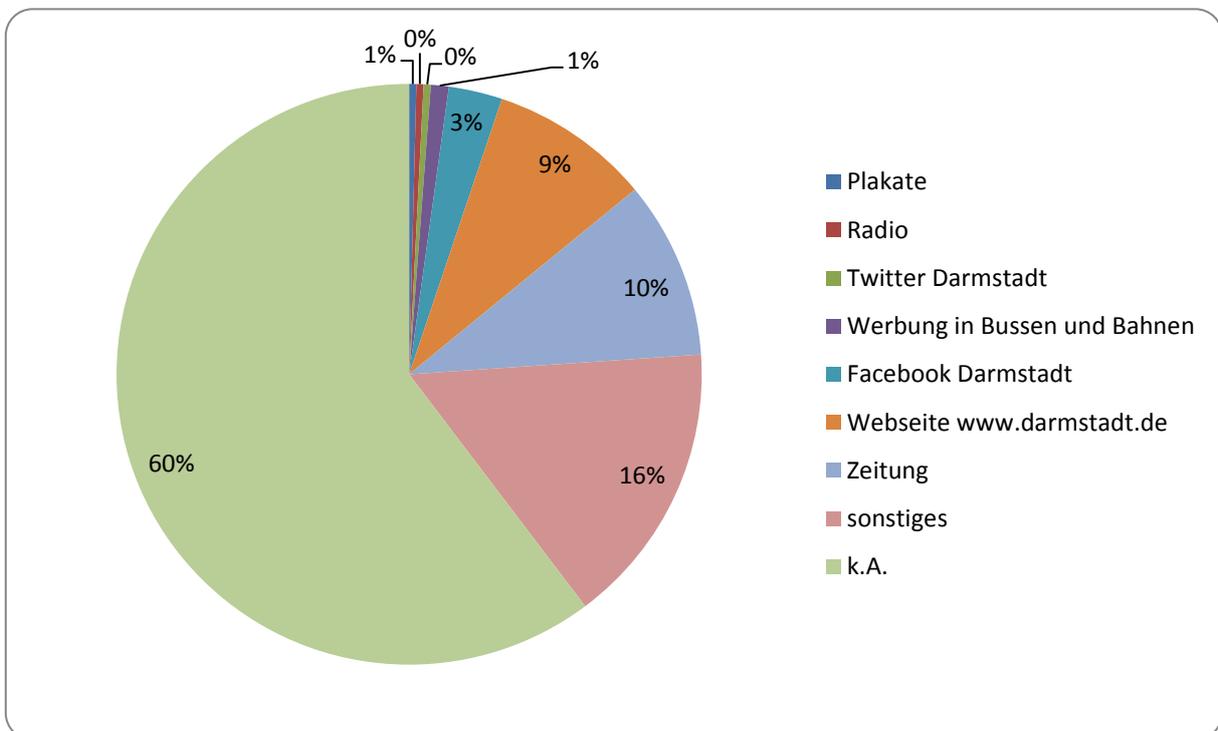


Abbildung 8: Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerhaushalt 2013

Ergebnisse

Der Bürgerhaushalt 2013 der Wissenschaftsstadt Darmstadt hat handfeste Ergebnisse hervorgebracht. Nach Ende der Abstimmungsphase wurden die jeweils drei bestbewerteten Vorschläge eines Themenbereichs, also insgesamt 21 Vorschläge zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an die städtischen Gremien weitergeleitet. Zu jedem dieser Vorschläge wurde eine Magistratsvorlage erarbeitet, die auch eine fachliche Stellungnahme der Verwaltung beinhaltet.

Der Magistrat hat fünf dieser Vorlagen zugestimmt und die übrigen 16 Vorschläge sowie die Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis genommen. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Vorlagen nach der Beschlussfassung des Magistrats beraten und dabei 19 der Vorlagen zur Kenntnis genommen und die Umsetzung einer Idee beschlossen. Die Vorlage zum Bürgersteigparken wird erst am 6. Februar in der Stadtverordnetenversammlung beraten.

Die Idee, die IT-Ausstattung der Darmstädter Schulen zu verbessern, wurde somit sowohl vom Magistrat und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und die entsprechenden Ansätze im Haushalt angehoben.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Beratungen von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung:

Zusammenfassung der Ergebnisse

Kategorie	Vorschlag	Beschlüsse 1. Magistrat 2. StaVo	Ergebnis
Kultur und Wissenschaft	GEW: Wartung und Verbesserung der IT-Ausstattung an Darmstädter Schulen	1. Zustimmung 2. Zustimmung	Die Haushaltsmittel für den IT-Bedarf an Schulen werden 2014 von 106.750 € auf 166.750 €, im Jahr 2015 auf 216.750 €, im Jahr 2016 auf 266.750 € und im Jahr 2017 auf 316.750 € erhöht. Der Vorschlag wird umgesetzt.
Natur- und Landschaftspflege	Bußgelder für uneinsichtige Hundebesitzer	1. Zustimmung 2. Kenntnisnahme	Der Magistrat beschließt die Umsetzung des Vorschlags "Bußgelder für weggeworfene Zigarettenkippen und Hundekot". Der Vorschlag wird umgesetzt.
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	Carsharing fördern	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Der Magistrat regt in Gesprächen mit Investoren zu Bauvorhaben regelmäßig die Bereitstellung von Carsharingplätzen an. Der Vorschlag wird umgesetzt.
Wirtschaft und Tourismus	Offenlegung des Darmbachs	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Die Planung zur Abkopplung von Darmbach und Meiereibach sind wieder aufzunehmen. Weiterhin sollen Umsetzungsalternativen entwickelt werden. Der Vorschlag wird vertieft geprüft.
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	Radwege	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Es existieren bereits viele Radrouten, bei denen Lückenschlüsse oder Instandsetzungen in Planung oder im Bau sind. Insbesondere die speziell angesprochenen Nord-Süd und West-Ost-Verbindungen bestehen schon zu großen Teilen bzw. werden in den Jahren 2014 und 2015 (in Einzelfällen auch 2017) umgesetzt. Der Vorschlag ist bzw. wird umgesetzt.
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	Bürgersteigparken	1. Zustimmung 2. Behandlung am 06.02.2014	Der Magistrat stimmt einer Ahndung des Gehwegparkens unter Berücksichtigung und Abwägung der im konkreten Einzelfall bestehenden Interessen zu.
Kultur und Wissenschaft	Energiekosten in öffentlichen Gebäuden transparent machen und sparen	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Grundsätzlich informiert die Wissenschaftsstadt Darmstadt über die Energiekosten der öffentlichen Gebäude im Energiebericht. Mit dem Energiebericht 2010 wurden ausschließlich Energieverbräuche und Energiekosten der öffentlichen Liegenschaften bisher ohne Energiekennwerte berichtet. Mit der Erstellung des Energieberichts 2012 ist nun vorgesehen, dass auf Grundlage der festgestellten Kosten für Strom,

			Wärme und Wasser Energiekennwerte ermittelt und Energiesparmaßnahmen an Schulen, Verwaltungsgebäuden, städtischen Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Gebäuden umgesetzt werden. Der Vorschlag ist bzw. wird umgesetzt.
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	ErzieherInnen leistungsgerecht bezahlen	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Die städtischen Erzieher und Erzieherinnen werden gemäß den tariflichen Bestimmungen (SuE) bezahlt. Es werden jedoch zusätzliche Leistungen seitens der Stadt bereitgestellt. Auch wenn es dringend notwendig ist, die Arbeit der ErzieherInnen durch eine bessere Vergütung wertzuschätzen, so ist dies über die TarifvertragspartnerInnen zu vereinbaren.
Kultur und Wissenschaft	Wärmedämmung an Schulen: Dichte Fenster und gute Fassadenisolierung sparen Geld	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Im Rahmen der Planung werden Energiekonzepte zur Optimierung der Energieeffizienz der Gebäudehülle und der Energieverbrauchsanlagen aufgestellt. Durch weitere, in den kommenden Jahren geplante Investitionen an Schulgebäuden, wird davon ausgegangen, dass durch wärmetechnische Gebäudesanierungen die Energieverbräuche signifikant gesenkt werden. Der Vorschlag wird umgesetzt.
Wirtschaft und Tourismus	Spielautomatensteuer erhöhen	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Die Erhöhung der Sätze nach der Spielapparatesteuersatzung wird zum 01.01.2014 vorgesehen. Zusätzlich zur Erhöhung der Spielapparatesteuer sollen bisher nicht steuerpflichtige Personalcomputer in Spielhallen und Gaststätten ebenfalls ab dem 01.01.2014 besteuert werden. Der Vorschlag wird umgesetzt.
Soziale Leistungen	Einsparung Verwaltungstätigkeiten durch Nutzung gesetzlicher Grundlagen SGB II	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Die Umsetzung liegt in der Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit.
Natur- und Landschaftspflege	Luft zum Leben	1. Zustimmung 2. Kenntnisnahme	Der Magistrat stimmt dem Vorschlag vermehrt Baumpflanzungen im Stadtgebiet anzustreben sowie einer weiteren Förderung von Baumneupflanzungen durch das Umweltamt und das Grünflächenamt zu. Der Vorschlag wird umgesetzt.
Sportförderung	Zusammenarbeit Vereine	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Der Vorschlag soll im Rahmen der Magistratskommission Sport, im zuständigen Ausschuss für Sport und Gesundheit und mit dem Sportkreis konkretisiert und behandelt werden. Der Vorschlag wird vertieft geprüft.

Natur- und Landschaftspflege	Zigarettenkippen	1. Zustimmung 2. Kenntnisnahme	Der Magistrat beschließt die Umsetzung des Vorschlags "Bußgelder für weggeworfene Zigarettenkippen und Hundekot". Der Vorschlag wird umgesetzt.
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Mehr Hortplätze	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Der Ausbau der Betreuungsangebote nach der Schule wird vom Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt nachhaltig unterstützt. Bei der Ausbauplanung der Schulkinderbetreuung werden nach einer sozialräumlichen Betrachtung folgende Grundschulstandorte priorisiert: <ul style="list-style-type: none"> • Erich Kästner-Schule • Goetheschule • Heinrich-Hoffmann-Schule • Wilhelm-Hauff-/Ludwig-Schwamb-Schule. Der Vorschlag wird modifiziert umgesetzt.
Sportförderung	Förderung von Sportvereinen	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Das Anliegen soll in fachlicher Zuständigkeit durch die Magistratskommission Sport und im Rahmen der fachlichen Vorgaben der Sportförderrichtlinien und der Zielsetzungen der Sportentwicklung durch den Ausschuss Sport und Gesundheit thematisiert und ggf. mit Beschlusslagen versehen werden. Der Vorschlag wird vertieft geprüft.
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Staffelpreise Kinderbetreuung	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Das Sozialdezernat prüft die Möglichkeit, Staffelpreise einzuführen.
Soziale Leistungen	Sozialticket: Fahrpreisermäßigung in Teilhabecard integrieren	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Die Forderung nach einem Sozialticket wird auf hessischer Ebene bereits diskutiert. Seitens der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden zeitnah Verhandlungen mit dem RMV, der Heag mobilo GmbH und der DADINA geführt.
Soziale Leistungen	Einsparung Verwaltungstätigkeiten im Familienzentrum	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Das Aufstellen von Spendenboxen (so genannte Einnahmehandkassen) ist nur in Ausnahmefällen und unter strikten Auflagen möglich. Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
Sportförderung	Öffnungszeiten während Schlechtwetterphasen optimieren	1. Kenntnisnahme 2. Kenntnisnahme	Hinsichtlich der Reduzierung des Personaleinsatzes wurde eine Personal- und Organisationsuntersuchung beauftragt. Das Ergebnis steht noch aus. Der Vorschlag wird umgesetzt.

**Wirtschaft und
Tourismus**

Gewinnabführungsvertrag
Sparkasse

1. Kenntnisnahme
2. Kenntnisnahme

Der Entscheidungsfindungsprozess, der allein dem Verwaltungsrat als oberstes Organ der Sparkasse obliegt, ist einer vertraglichen Regelung nicht zugänglich. Der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrages ist nicht möglich.
Der Vorschlag liegt außerhalb des Entscheidungsbereichs der Stadt.

Dokumentation der Diskussion

Nachfolgend wird die vollständige Diskussion des Bürgerhaushalts wiedergegeben. Den einzelnen Themenbereichen ist eine Statistik über Seitenaufrufe, Anzahl der Ideen und Kommentare vorangestellt.

Jede Idee wird in der Form dokumentiert, in der sie vom Verfasser selbst formuliert wurde. Die angegebenen Bewertungen resultieren aus der Abstimmung, während der für bzw. gegen einen Vorschlag gestimmt werden konnte.

Zu den Top-3-Vorschlägen eines Themenbereiches werden auch die Beschlüsse der öffentlichen Gremien ausführlich dokumentiert.

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Stand 20.01.2014

Mobilität ist unverzichtbarer Bestandteil des modernen Lebens – quer durch alle Altersklassen und Bevölkerungsschichten. Viele Wege zu Fuß, mit Fahrrad, Bus, Bahn oder Auto ermöglichen den Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in der Arbeitswelt, in der Freizeit und bei der täglichen Versorgung. Allein die Darmstädter Bevölkerung legt Tag für Tag über 400.000 Wege zurück. Aus der näheren und weiteren Region kommen täglich rund 80.000 Menschen zum Arbeiten, zur Ausbildung und zum Einkaufen nach Darmstadt. Moderne Verkehrswege und attraktive Mobilitätsangebote erleichtern es, von A nach B zu kommen. Doch ist der Verkehr nicht nur Segen, sondern häufig genug auch Fluch für Anwohner und Umwelt. Unfälle und Verzögerungen sind negative Aspekte, unter denen die Verkehrsteilnehmenden selbst leiden.

Statistik

Seitenaufrufe	3299
Ideen	49
Kommentare	94
Stimmen	3688

Einsparvorschlag #338 :Carsharing fördern

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Fuß und Rad	10.06.2013 23:38	+125 - 4 = 121	338

Die Stadt kann Anreize schaffen, in dem weitere Carsharingstellplätze ausgewiesen werden. Nach Möglichkeit sollten dort auch sichere Fahrradabstellanlagen sein. Eine ÖPNV-Haltestelle ist auch prima. Weil Car-Sharing den Parkraum in den Städten entlastet (ersetzt ca. 10 Autos), die öffentlichen Verkehrsmittel und das Rad ergänzt und zur Luftreinhaltung (Reduktion von 200 bis 290 kg CO₂ pro Jahr und Nutzer) beiträgt, braucht Darmstadt noch mehr Car-Sharing-Nutzer und die voller Unterstützung der Stadt. Die städtische Fahrzeugflotte kann vielleicht verringert werden, in dem Carsharingfahrzeuge genutzt werden. Etliche Unternehmen könnten ihre Fahrzeugflotte ebenfalls auf den Prüfstand stellen.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0370 (Sammelvorlage zu den Ideen #309/12, #338/13, #340/04, #362/04, und #273/15)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Stellungnahme der Fachverwaltung zu der Idee zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.10.2013:

Ziel des Magistrates ist es, Carsharing konsequent zu fördern und auszubauen. Der Magistrat regt daher in Gesprächen mit Investoren zu Bauvorhaben regelmäßig die Bereitstellung von Carsharingplätzen an. Geeignet sind hierfür Standorte, die sich auf Privatgelände befinden, jedoch vom öffentlichen Raum aus sichtbar sind. Beispiele hierfür stellen die neuen Stationen auf dem Gelände des Technischen Rathauses in Bessungen, auf dem nicht als öffentliche Verkehrsfläche gewidmeten städtischen Parkplatz an der Elisabeth-Selbert-Straße im Baugebiet K6 oder die vier PKW-Stellplätze für Carsharing-Nutzung in unmittelbarer Nachbarschaft zur RMV-Mobilitätszentrale am Hauptbahnhof dar.

Festzustellen ist, dass nicht zuletzt durch gezielte Bauberatung der Verwaltung die Bereitschaft privater Bauherren, Carsharingplätze anzubieten, in jüngster Vergangenheit stark gestiegen ist.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0370:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013
- Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit am 26.11.2013
- Ausschuss für Bauen, Stadtplanung, Verkehr und Liegenschaften am 28.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222810100376&nid=ni_2013-

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:11 ID:497	Unbedingt unterstützenswert!
bürg289 13.06.2013 21:54 ID:501	Der auch in 2013 zweckhafte Fördervorschlag wurde bereits im April 2000 von einer Agenda-21-Gruppe als Projekt ausformuliert und den politischen Gremien zugeleitet (Details sind im Agenda-21-Dok nachlesbar). Nach wie vor ist es hilfreich, wenn die Stadt, städtische Töchter oder andere Flächenbesitzer an attraktiven Stellen (gegen Nutzungsentgelt) Stellflächen anbieten.

Ausgabevorschlag #309 :Radwege

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Micha	07.06.2013 10:20	+113 - 19 = 94	309

Ein Radwegenetz muss aufgebaut und erhalten werden. Man sollte mit einer durchgehenden und holperfeien Nord/Süd-Verbindung (Arheilgen bis Eberstadt) und einer Ost/West-Verbindung beginnen. Der derzeitige Zustand im Bereich der Heidelberger (Land-) Straße ist unfassbar und lebensgefährlich. Da fehlen teilweise die Markierungen komplett, es holpert und rumpelt auf den imaginären Fahrradstreifen. Teilweise könnte diese Maßnahme finanziert werden durch den Verzicht auf die Einrichtung spezieller, nur wenige Meter langer "Fahrradstraßen". Nur wenn die Möglichkeit besteht auf langen durchgehenden Radwegen ein Ziel zu erreichen wird das Fahrrad als Alternative für Fahrten auch über 10 km eingesetzt werden. Und nur diese langen Fahrten ersparen merklich Feinstaub und Straßenabnutzung.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0370 (Sammelvorlage zu den Ideen #309/12, #338/13, #340/04, #362/04, und #273/15)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Stellungnahme der Fachverwaltung zu der Idee zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.10.2013:

Der Ausbau des Radwegenetzes ist ein hohes Anliegen des Magistrates und wird daher auch intensiv verfolgt. Es existieren bereits viele Radrouten, bei denen Lückenschlüsse oder Instandsetzungen in Planung oder im Bau sind. Insbesondere die speziell angesprochenen Nord-Süd und West-Ost-Verbindungen bestehen schon zu großen Teilen bzw. werden in den Jahren 2014 und 2015 (in Einzelfällen auch 2017) umgesetzt:

Radroute Kranichstein-Fußgängerzone (Nord-Süd):

- Kranichsteiner Straße zw. Jagdschloss und Bartningstraße (Bestand)
- Siemensstraße sowie entlang der Straßenbahn bis zum Bürgerpark Nord / Berufschulzentrum (Bestand)
- Bartningstraße (Planung abgeschlossen, Umsetzung 2014)

Radroute Arheilgen-Eberstadt (Nord-Süd):

- Geh-/Radweg zw. Frankfurter Landstr. und Schreberweg (Bestand)
- Fahrradstraße "Im Erlich" (geplante Inbetriebnahme 2014)
- Fahrradstraße Schreberweg (geplante Inbetriebnahme 2014)
- Radwege Bürgerpark Nord (Bestand, gepl. Verbesserungen 2014)
- Fahrradstraße Pankratiusstraße (geplante Inbetriebnahme 2014)
- Hochschulstraße (Erneuerung Herbst 2013)
- Herrngarten (Bestand)
- Bismarckstraße zw. Herrngarten und Grafenstraße (geplant 2016)

- Grafenstraße zw. Bismarckstraße und Elisabethenstraße (geplant 2015)
- Zimmerstraße (geplant 2015)
- Fahrradstraße Wilhelminenstraße (geplante Inbetriebnahme 2014)
- Goethestraße (Bestand)
- Heidelberger Str. zw. Goethestraße und Rüdeshheimer Straße (Planung begonnen, Umsetzung 2014/2015)
- Geh-/Radweg Heidelberger Straße zw. Rüdeshheimer Str. und Grenzweg (Planung der Erneuerung begonnen; geplant Umsetzung 2015)
- Heidelberger Landstraße zw. Grenzweg und Reuterallee (Planung läuft, Umsetzung nach HEAG-Maßnahme in 2014)
- Kreisverkehrsplatz Heidelberger Landstraße / Reuterallee (Planung abgeschlossen, Bau Frühjahr 2014)
- Heidelberger Landstraße zw. Reuterallee und Georgenstraße (Planung läuft, Umsetzung 2017)
- Radroute Weiterstadt - Fußgängerzone (West-Ost):
- Ausbau Geh-/Radweg zwischen Weiterstadt Riedbahn (Wiesenstraße) und Staudinger Straße (Planung begonnen, Umsetzung 2014/2015)
- Fahrradstraße Im Harras - Rabenastraße (geplante Inbetriebnahme 2015/2016)
- Ausbau Verbindungsgeh-/radweg zwischen Robert-Bosch-Straße und Zweirichtungsradweg Rheinstraße (Realisierung 2014)
- Radroute Griesheim - Roßdorf (West-Ost):
- Rheinstraße zw. Griesheim und Neckarstraße (Bestand auf beiden Seiten)
- Rheinstraße zw. Neckarstraße und Fußgängerzone (geplante Markierung Schutzstreifen in Richtung Ost, Umsetzung 2013; Prüfung Fahrradstraße in Richtung West)
- Fußgängerzone (Bestand)
- Alternativstrecken über Zeughausstraße-Bleichstraße Richtung West (Bestand) und über Hügelstraße - Holgestraße (Planung begonnen)
- Landgraf-Georg-Straße zw. Holzstraße und Teichhausstraße (Planungsbedarf)
- Landgraf-Georg-Straße zw. Teichhausstraße und Beckstraße (Bestand)
- Landgraf-Georg-Straße zw. Teichhausstraße und Beckstraße (Bestand)
- Froschweg (Erneuerung abgeschlossen 2012)
- Fahrradstraße Heinrich-Fuhr-Straße zw. Froschweg und Breslauer Platz (gepl. Inbetriebnahme 2014)
- Radweg Heinrichstraße zw. Breslauer Platz und Hanauer Str. (Bestand)
- Radweg nach Roßdorf parallel Hanauer Straße / Aschaffener Straße (Planung in Vorbereitung, Aufwertung durch Belag und Beleuchtung in 2015)

Insgesamt werden aus dem Sonderprogramm zur Sanierung des öffentlichen Raums im laufenden und kommenden Jahr 1,3 Millionen Euro unmittelbar in den Bau von Radwegen fließen. Oft erfolgt der Ausbau im Rahmen anderer Baumaßnahmen wie beispielsweise dem Neubau der Hochschulstraße, dem Neubau der ÖPNV-Achse Bismarckstraße / Willy-Brandt- Platz (seit Juni 2013 läuft der Bauabschnitt Goebelstraße bis Dolivostraße, voraussichtlich ab 2015 / 2016 beginnt

der Bauabschnitt Dolivostraße bis einschließlich Willy-Brandt-Platz) oder der Umgestaltung der Grafenstraße zwischen Elisabethenstraße und Rheinstraße (einer wichtigen Hauptroute in der Nord-Süd-Verbindung des Radwegenetzes).

Zeitgleich arbeitet das Straßenverkehrs- und Tiefbauamt der Wissenschaftsstadt Darmstadt derzeit an weiteren 22 Radverkehrsplanungsprojekten, die in den nächsten Jahren mit Nachdruck umgesetzt werden sollen. Hauptziel dieser Planungen ist die Verbesserung der Qualität von Radwegerouten und die Schließung von Lücken im Radwegenetz.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0370:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013
- Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit am 26.11.2013
- Ausschuss für Bauen, Stadtplanung, Verkehr und Liegenschaften am 28.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222810100376&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Fuß und Rad 11.06.2013 18:12 ID:420	Bei der Planung (Führung und Breite) sollten auch schnellerer Radfahrer (Eigenantrieb oder Pedelec-Hilfe) und Hänger berücksichtigt werden. Die Querung der Odenwaldbahn auf Höhe des Botanischen Garten ist mit Rad und Kinderanhänger durch die "Schutzeinrichtung" (Drängelgatter) v.a. für etwaige Kinder im Hänger gefährlich.
Nugget 12.06.2013 11:19 ID:430	Das kann ich nur unterstützen. Man sollte stattdessen auf die geplanten Fahrradstraßen verzichten
samian 13.06.2013 20:05 ID:492	Hier sollte auch unbedingt überprüft werden, wo man noch in Einbahnstraßen Fahrradfahrern das Fahren gegen die Einbahnstraße ermöglichen kann. Es ist an viele Stellen unrealistisch, dass Radfahrer dieselben Umwege wie Autos fahren und es muss auch gar nicht sein. Z. B. Roßdörfer Straße! Dann würde es sich auch weitgehend erübrigen, dass Radfahrer auf dem Bürgersteig fahren etc.
bürg289 13.06.2013 22:39	Der Ausgabevorschlag #309 ist eigentlich ein Einsparvorschlag, denn gut genutzte, weil attraktive Radverbindungen (mit relativ und absolut weniger Kfz-Anteil) schonen in der Summe das Budget des Kämmers, wenn das ganze eher langfristig gesehen wird. Nachlesbar

ID:504

in vielen Studien - wenn man will. Gut aufgesetzte Fahrradstr. sind dabei ein positives Element, somit ein sinnhaftes Teilziel.

Einsparvorschlag

#191 :Bürgersteigparken ist eine Ordnungswidrigkeit = 15€ Knöllchen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
SC	16.05.2013 22:19	+109 - 17 = 92	191

In ganz Darmstadt wird es toleriert mit dem Auto auf dem Bürgersteig zu parken. Dies ist aber einer Ordnungswidrigkeit, die in anderen Städten mit mind. 15€ geandet wird. So würden endlich Fußgänger wieder auf dem Bürgersteig laufen können und die Stadt würde Geld einnehmen. Ebenso sollte endlich auf den freien Plätzen Parkgebühren eingeführt werden.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0424

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Magistrat stimmt einer Ahndung des Gehwegparkens unter Berücksichtigung und Abwägung der im konkreten Einzelfall bestehenden Interessen zu.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.11.2013:

Das Gehwegparken ist nach der Straßenverkehrsordnung verboten, soweit es nicht durch Zeichen oder Markierungen besonders zugelassen ist, und kann als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Bei der Ahndung des Gehwegparkens gilt wie bei allen Ordnungswidrigkeiten das Opportunitätsprinzip. Die Kommunalpolizei erteilt Verwarnungen regelmäßig mit Augenmaß, indem sie eine Abwägung zwischen den verschiedenen Belangen vornimmt. Zu Berücksichtigen sind insbesondere die Interessen der Anwohner an einem wohnortnahen Abstellplatz für ihr Fahrzeug, der Geschäftsleute an einer Abstellmöglichkeit für deren Kunden und der anderen Verkehrsteilnehmer, vor allem von Fußgängern, an einem gefahrlosen Passieren der abgestellten Fahrzeuge.

Hinsichtlich des Gehwegparkens gibt es zahlreiche Fälle, in denen eine Ahndung geboten ist. Dies belegt die Anzahl von 9132 Verwarnungen, die im Jahr 2013 erteilt worden sind. Eine Ahndung erfolgte insbesondere dann, wenn die verbleibende Breite des Gehweges nicht mehr ausreicht, um mit einem Rollstuhl oder Kinderwagen an dem abgestellten Fahrzeug vorbei zu kommen.

Auf der anderen Seite lässt die aktuelle Parkraumsituation mit einem hohen Parkdruck in Bezirken mit einem hohen Anteil an Wohnraum und Geschäften (z. B. Bessungen, Johannesviertel, Martinsviertel) eine sofortige und umfassende Ahndung des Gehwegparkens nicht zu. Hier sind notwendige Alternativen zum Gehwegparken für Anwohnerinnen und Anwohner, Kundinnen und Kunden zu entwickeln, denn ohne ausreichende (Park-)alternativen würde eine intensive Kontrolle nicht auf die notwendige Akzeptanz bei der Bewohnerschaft stoßen.

Vor diesem Hintergrund wird -in Zusammenarbeit mit dem Dezernat III- an einem integrierten Verkehrskonzept gearbeitet. Hierbei sind verkehrsmeidende, verkehrslagernde und verkehrslenkende Maßnahmen in Vorbereitung. Unter anderem handelt es sich um:

- Die Einführung eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts
- Die Überprüfung, wo das Anwohnerparken eingeführt bzw. ausgeweitet werden sollte

- Eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und des Car-Sharings
- Eine stärkere Nutzung der vorhandenen Parkhäuser
- Die Einführung eines Schulwegeverkehrskonzept

Mit der Einführung des Jobtickets für die Beschäftigten der Wissenschaftsstadt Darmstadt zum 1.1.2014 konnte bereits eine wichtige Maßnahme erfolgreich umgesetzt werden. Mit dem Angebot des Jobtickets werden starke Anreize gesetzt, auf alternative Fortbewegungsmittel zum Auto umzusteigen.

Der Vorschlag, das Gehwegparken zu reduzieren, ist in diesem Gesamtkonzept zu sehen und durch einen angemessenen Vollzug mittels Kontrolle und Bußgeldbescheide zu begleiten.

In vielen Bereichen im Stadtgebiet wird teilweise seit Jahren mit zwei Rädern, in wenigen Fällen auch mit dem ganzen Fahrzeug, auf dem Gehweg geparkt, ohne dass eine Behinderung des Fußgängerverkehrs vorliegt. In diesen Fällen hat es sich bewährt, das Gehwegparken zu tolerieren, da der hohe Parkdruck vielerorts keine Alternative zulässt, bzw. das Parken am Fahrbahnrand sogar zu Behinderungen führen würde. An dieser Praxis sollte festgehalten werden.

Würde die Kommunalpolizei ihre Praxis ändern und das Gehwegparken künftig ausnahmslos ahnden, wäre mit zahlreichen, aus Sicht des Magistrats teilweise berechtigten Beschwerden und Einsprüchen zu rechnen. Da bei Einsprüchen gegen Ordnungswidrigkeiten der Vorgang an das Regierungspräsidium nach Kassel weitergeleitet wird, würden die strittigen Bußgelder allenfalls durch das Regierungspräsidium Kassel erhoben und vereinnahmt werden können. Beim Bürger- und Ordnungsamt entstünde ein erheblicher personeller Mehraufwand. Gleichzeitig würde sich der Druck auf das Straßenverkehrs- und Tiefbauamt erhöhen, an vielen Stellen im Stadtgebiet das Gehwegparken durch die Anordnung entsprechender Verkehrszeichen oder Markierungen zuzulassen, was dort wiederum einen zusätzlichen Sach- und Personalaufwand verursachen würde.

Zu der ebenfalls vorgeschlagenen Einführung von Parkgebühren auf freien Plätzen ist zu sagen, dass der Magistrat bereits mit der Erhebung von Parkgebühren auf öffentlichen Flächen begonnen hat. Zunächst wurden die entsprechende Beschilderung und notwendige Parkscheinautomaten auf dem Parkplatz der Orangerie aufgestellt. Derzeit wird der östliche Mercksplatz so vorbereitet, dass eine Erhebung von Parkgebühren möglich ist. Weitere Flächen werden folgen.

Beschluss des Magistrats vom 18.12.2013:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0424:

- Ausschuss für Sport und Gesundheit am 23. Januar 2014
- Haupt- und Finanzausschuss am 30. Januar 2014
- Stadtverordnetenversammlung am 6. Februar 2014

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222811100430&nid=ni_2013-Mag-350&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Heinrich Ruhemann	Die Einführung dieser Regelung würde die Lebensqualität steigern und dazu beitragen, den motorisierten Kurzstreckenverkehr weniger

17.05.2013 18:51 ID:185	attraktiv zu machen.
Conny 24.05.2013 20:08 ID:221	Noch schlimmer finde ich, dass zum Teil gnadenlos auf dem Bürgersteig Auto gefahren wird, wenn es durch den Gegenverkehr zu eng wird und kein Autofahrer/in kurz stehen bleiben will.
Jürgen Maier 31.05.2013 11:30 ID:255	Es genügt m.E. nicht, einfach Knöllchen zu verteilen. Wenn die Autos von den Bürgersteigen runter sollen, müssen neue Verkehrsregelungen geschaffen werden, z.B. Einbahnstraßenverkehr. Wenn die PKWs z.B. in der Gervinusstraße alle auf der Straße geparkt werden, kommt keiner mehr durch! Außerdem ist zu berücksichtigen, dass noch viel weniger Parkraumbedarf bestand, als die Straßen mal gebaut wurden.
Klaus 04.06.2013 09:01 ID:263	Versuchen Sie einmal im Woogsviertel/Gerviniusviertel auf der Straße zu parken! Der Vorschlag ist im Grunde sehr gut, aber durch die engen Straßen in bestimmten Vierteln leider nicht umsetzbar, es sei denn, die Stadt opfert weitere Millionen und baut für die Teile neu Parkplätze oder Parkhäuser. In fast jedem Haus sind mindestens 2 PKW angemeldet. Wohin damit?
WolfgangP 04.06.2013 12:13 ID:287	Super Idee! Mich endsetzt manchmal richtig, wie ignorant einige Autofahrer ihre Blechkiste auf dem Bürgersteig abstellen - ohne sich auch nur den Hauch eines Gedankens zu machen, dass diese Verkehrsfläche ausschließlich(!) Fußgängern vorbehalten sein sollte. Aber da das praktisch nie von unseren Ordnungshütern verfolgt wird, fühlt sich mancher Autofahrer förmlich ermuntert zu seinem Fehlverhalten.
Carmelita 05.06.2013 14:23 ID:307	Wo soll denn geparkt werden? Das ist nur umzusetzen, wenn im Gegenzug öffentliche Parkflächen geschaffen werden. Z. B. auf dem Mercksplatz ein Parkhaus mit Anwohnerparkdeck, wo man zu einem festen Jahressatz sein Auto abstellen kann? Das ist sicher auch für "Parker" des EI-Stiftes interessant. Kostet leider erst einmal Geld.
SC 05.06.2013 15:16 ID:309	Was ist das denn für ein Argument??? Wo sollen die Autos parken? Mir doch egal, ich mag als Fußgänger nicht ständig im Gänsemarsch Autos abwischen oder mir meine Jacke an Hecken aufreißen. Bürgersteige heissen so weil sie für Bürger und nicht für autos gedacht sind. Wenn die lieben Leute ihre mit Schrott zugestellten Garagen endlich mal aufräumen täten, dann könnten mind. 1/3 der auf den Bürgerste
Fuß und Rad 05.06.2013 17:07 ID:312	"Kurzparker" (im absoluten Halteverbot oder auf dem Radweg) vor allem vor Bäckereien und Banken gefährden die Sicherheit von Radfahrern, insbesondere Kindern.

<p>Marty 06.06.2013 08:02 ID:314</p>	<p>Das Aktionsbündnis Verkehrswende Darmstadt hat sich ausführlich mit dem Thema Gehwegparken beschäftigt. Unter anderem wurde für mehrere Stadtteile eine Karte angelegt, aus der ersichtlich ist, wie viel Restbreite den Fußgängern beim üblichen Gehwegparken bleibt. Teilweise bleiben unter 90 cm Restbreite. Die Karten sind auf der Website einsehbar. www.verkehrswende-darmstadt.de</p>
<p>Klaus 06.06.2013 10:08 ID:318</p>	<p>Ich glaube nicht, dass die Stadt dafür verantwortlich sein sollte, wo die Leute parken können. Es ist doch vielmehr so, dass der Autobesitzer dafür verantwortlich ist, wo er sein Besitz aufbewahrt/parkt. Und ja, ich bin auch Autobesitzer.</p>
<p>Philipp Stolzenberg (Moderation) 06.06.2013 10:12 ID:319</p>	<p>Das Thema Parken erhitze die Gemüter in Darmstadt bekanntlich. Bitte versuchen Sie dennoch Ihre Argumente sachlich auszutauschen und Pauschalurteile über ganze Gruppen von Verkehrsteilnehmern zu vermeiden. Vielen Dank!</p>
<p>gute Idee 09.06.2013 14:37 ID:377</p>	<p>Und warum sorgt die Stadt nicht dafür, dass jeder auf dem Marienplatz sicher parken kann, indem die riesigen Löcher dort zugeschüttet werden? Seit 1975 lebe ich in Darmstadt und seitdem höre ich, dass sich das nicht lohnen würde, weil der M. demnächst bebaut wird. Seit 38 Jahren dieses Argument! Bitte schüttet die Löcher zu und lasst die Leute dort etwas geregelter als bisher parken.</p>
<p>U.R. 10.06.2013 12:57 ID:387</p>	<p>Ich schlage eine Kombination aus dem genannten Vorschlag und den Kommentaren vor. In Wohngebieten mit engen Straßen sollten Einbahnstraßen geschaffen werden, dann können auch die PKW von den Bordsteinen runter (+ Minimierung der Unfallgefahr durch den fehlenden Begegnungsverkehr!!!). In diesen Wohngebieten ist das Straßennetz so engmaschig, dass niemand unzumutbare Umwege hinnehmen müsste.</p>
<p>Be Kr 11.06.2013 10:58 ID:416</p>	<p>Warum wurden wieder die Leitplanken oder Granitstelen gesetzt hohe Kosten !!! Wer ordnungswidrig parkt soll ein Knöllchen bekommen Ist das Personal der Stadt nicht dazu in der Lage sollten Ordnungsdienste eingeschaltet werden.Diese arbeiten profitabell</p>
<p>bürg289 13.06.2013 22:27 ID:503</p>	<p>Die städt. Planung zu Mobilität /Verkehr sollte trotz Widerständen aktualisiert werden (der geltende V-Plan erscheint 'out of time'), dabei a) die Parkraumbewirtschaftung per Zielvorgabe deutlich ausweiten und b) ab dem Jahr 2025 (ggf eher) in DA nur noch Kfz zulassen, wenn ein eigener bzw persönlich zugeordnender Abstellplatz nachgewiesen wird. Es gibt einige Städte, wo dass prima funktioniert.</p>

Einsparvorschlag #298 :Straßenbahnen statt Busse

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Rainer	05.06.2013 20:54	+74 - 45 = 29	298

Straßenbahnnetze sind umso wirtschaftlicher je größer sie sind (wie in der Industrie geringere Stückkosten aufgrund Fixkostendegression). Der Ausbau der Straßenbahn insbesondere in das Umland ist also nicht nur aus verkehrlichen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen unabdingbar. Außerdem ruinieren die im dichten Takt durch die Innenstadt fahrenden Busse die Straßeninfrastruktur mit entsprechend hohen Instandhaltungskosten. Beispiele: Marktplatz, Hauptbahnhofsvorplatz und ÖV-Spur Rheinstraße. Hier müssen wegen der schweren Busse ständig die Beläge erneuert werden. Würden durch die Innenstadt nur Straßenbahnen fahren, könnten diese Kosten gespart werden.

Kommentare

Autor	Kommentar
Felix Wolber 09.06.2013 13:45 ID:372	Ich finde diesen Vorschlag gut!

Einsparvorschlag #188 :Parkgebühren an der

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	16.05.2013 21:54	+77 - 51 = 26	188

Parkgebühren am See (Grube Prinz von Hessen) erheben ! Die Besucher hinterlassen auch ihren Müll, den die Stadt beseitigen muss.

Kommentare

Autor	Kommentar
Heinrich Ruhemann 17.05.2013 18:56 ID:188	Die Einführung dieser Regelung würde dazu beitragen, den motorisierten Besuchern mehr Umweltbewusstsein beibringen.
SC 19.05.2013 11:13 ID:193	Fänd ich auch gut, denn die meisten Nutzer stammen laut der Nummernschilder gar nicht aus Darmstadt, ergo zahlen sie ihre Steuern gar nicht bei uns - nutzen aber unsere Einrichtungen wie See, Dixiklos etc.
Schweingeiger 19.05.2013 22:15 ID:195	Nachtrag : an der Grube Prinz von Hessen
Be Kr 11.06.2013 10:55 ID:415	Warum wurden wieder die Leitplanken gesetzt hohe Kosten !!! Wer ordnungswidrig parkt soll ein Knöllchen bekommen Ist das Personal der Stadt nicht dazu in der Lage sollten Ordnungsdienste eingeschaltet werden.Diese arbeiten profitabell

Einsparvorschlag

#193 :Gratis Bus und Bahn in Darmstadt Stadt

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
SC	16.05.2013 22:23	+60 - 45 = 15	193

So könnte die Stadt Strassensanierungen einsparen, da weniger Autos in Darmstadt fahren würden, weniger Dreck, weniger Lärm. Viele Bürger würden auf ÖPNV umsteigen. Die Fahrkartenautomaten könnten ebenso wie das Kontrollpersonal eingespart werden. In D gibt es Städte die sowas machen, ebenso im Ausland.

Kommentare

Autor	Kommentar
Heinrich Ruhemann 17.05.2013 18:53 ID:187	Aich die Einführung dieser Regelung würde die Lebensqualität steigern und dazu beitragen, den motorisierten Kurzstreckenverkehr weniger attraktiv zu machen.
Jürgen Maier 21.05.2013 21:44 ID:198	Es wäre schon geholfen, wenn die Fahrpreise günstiger wären. Auch dadurch würden mehr Menschen motiviert, den ÖPNV zu nutzen. Der Einnahmeausfall durch geringere Preise würde ggf. kompensiert durch höhere Nutzung. Besonders für Familien (aber auch andere) sind günstige Preise relevant. Für Familien "rechnet" es sich mit dem PKW in die City zu fahren und ein Parkhaus zu nutzen.
Anke 21.05.2013 22:27 ID:199	Gratis wäre super, aber kostengünstiger schon schön. Dazu gehört auch, dass man vielleicht sich Tickets auf Vorrat kaufen könnte (z.B. 4 Tickets zum Preis von 3 oder so), aber der RMV wird sicher nicht seine kompletten Entwertungssysteme umstellen wollen :-)
MichaelE 28.05.2013 16:43 ID:242	Wer soll das bezahlen? Das ist höchstens dann ein guter Vorschlag, wenn man den Haushalt der Stadt entgültig - und zwar mit Vollgas - an die Wand fahren will. Der ÖPNV wird doch schon jetzt zu einem ganz erheblichen Teil subventioniert, auch von der Stadt.
Katharina 07.06.2013 11:00 ID:334	Die Preise für öffentliche Verkehrsmittel in Darmstadt müssen komplett geändert werden. Es kann nicht sein, dass ich für eine Haltestelle von Kranichstein an die Eissporthalle für 2 Zonen bezahle, jedoch von der Eissporthalle bis ans Bollenfalltor fahren kann und nur 1 Zone bezahle. Mein Vorschlag wäre, dass Darmstadt incl. Vororten ein Preis ist. Dieses System ist auch für Fremde einfach und gut.
Philipp Stolzenberg (Moderation)	Über diesen Vorschlag hat sich eine interessante Diskussion ergeben, die verschiedene Alternativen aufzeigt. Bitte bringen Sie diese Alternativvorschläge auch als "Idee" ein, sodass später darüber

07.06.2013 11:08 ID:336	abgestimmt werden kann und Ihr Anliegen in die TOP3 und somit auf die politische Agenda kommt.
Armin H. 08.06.2013 23:58 ID:344	Zahlen dazu, was die Bezahl und Kontrollinfrastruktur kostet und der Fahrkartenverkauf einbringt wären an dem Punkt mal ganz interessant. Befürworten würde ich das auch, egal ob es ein Einspar, oder Ausgabenposten ist.
Franco 09.06.2013 07:57 ID:356	Prima Idee. Jeder DA bezahlt über eine Grundgebühr einen Teil der Kosten. Wir ticken so, dass wenn wir ja bezahlen, auch nutzen. Für Fremde u. Landkreisbewohner (nur Erwachsene) lediglich eine Taste am Automat mit einem geringen Geldbetrag.
Felix Wolber 09.06.2013 13:42 ID:371	würde mich auch schon über günstigere Fahrpreis freuen!
gute Idee 09.06.2013 14:13 ID:375	Die Preise für Bus und Bahn in Darmstadt sind wirklich zu teuer. Dazu kommt, dass es in den Stoßzeiten eng werden kann, gelegentlich nervige Mitfahrer auszuhalten sind, die Sauberkeit der Sitze nicht immer stimmt. Und da hängt es dann vom Preis ab, ob man sich die Bahnfahrt "abtun" will oder nicht. Wäre sie halb so teuer, würde man die Unbill in Kauf nehmen.

Einsparvorschlag

#296 :Rote Ampeln - Akzeptanz von Rotlicht durch Kontrolle erhöhen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Fuß und Rad	05.06.2013 17:13	+53 - 41 = 12	296

Im Vordergrund steht die Verkehrsgefährdung durch ignorante Autofahrer, die rote Ampeln mißachten und sogenannte schwache Verkehrsteilnehmer in Gefahr bringen. Nachrangig ist es sicher auch eine Einnahmequelle. Besonders drastisch finde ich es an der Heidelberger Str./Weinbergstr. Jede Woche sehe ich hier mindestens einen Autofahrer, der die reine Fußgängerbedarfsampel bei Rot überfährt. Dadurch ist die Sicherheit von Fußgängern (v.a. Kindern/Schülern) massiv gefährdet.

Einsparvorschlag

#192 :Stationäre Geschwindigkeitskontrollsäulen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
SC	16.05.2013 22:20	+59 - 48 = 11	192

Mehr stationäre Geschwindigkeitskontrollsäulen aufstellen. Würde der Verkehrssicherheit, dem Einhalten von Geschwindigkeitsvorschriften dienen und der Stadt Geld bringen

Kommentare

Autor	Kommentar
Heinrich Ruhemann 17.05.2013 18:52 ID:186	Die Einführung dieser Regelung würde die Lebensqualität steigern und dazu beitragen, den motorisierten Kurzstreckenverkehr weniger attraktiv zu machen.
Conny 27.05.2013 12:17 ID:226	Der Meinung bin ich auch!
U.R. 04.06.2013 11:01 ID:271	Es sollten eher neuralgische und gefährliche Abschnitte mit farblichen Markierungen hervorgehoben werden. Das würde auch eher in das Budget der Stadt passen! Es muss ja auch bezahlbar bleiben. Grundsätzlich sollte es nicht einfach nur um Strafen (Stichwort: Wegelagerertum) und um das unattraktiv machen des Straßenverkehrs gehen. Attraktivere Alternativen sind gefragt.
Lukas L. 04.06.2013 12:02 ID:284	Eine "grüne Welle" bei Tempo 40-50 km/h würde dies überflüssig machen, da niemand erst auf die Idee kommen würde mit 70 od 80 km/h durch die Stadt zu fahren, um noch bei gelb über die nächste Ampel zu kommen. Dies würde ganz automatisch zu einer Beruhigung des Straßenverkehrs führen. Aktuell ist es fast schon eine Unverschämtheit - hält man sich an die Begrenzung steht man an (fast) jeder Ampel!
Armin H. 08.06.2013 23:37 ID:340	Stationäre Geschwindigkeitskontrolle sind nur als reine Einnahmequelle sinnvoll. Während an stationären Blitzern die Autofahrer mit hypnotischem Blick auf den Tacho das Verkehrsgeschehen um sich vergessen, tragen mobile Kontrollen zur Steigerung Aufmerksamkeit bei, da Autofahrer dann auch die Straßenränder aufmerksamer beobachten. In diesem Sinne würde ich mobile Verkehrskontrollen befürworten.

Fuß und Rad 11.06.2013 18:21 ID:421	Eine intensivere (und vermehrte) Nutzung von Geschwindigkeitsanzeigen (Sie fahren km/h), die meinetwegen mit einer Bußgeldoption ausgestattet sind, erhöhen die Verkehrssicherheit. Diese könnten z.T. stationär aber auch temporär genutzt werden.
--	--

Einnahmевorschlag #250 :Lärmkontrolle Verkehr

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
zwodrei	31.05.2013 14:28	+50 - 39 = 11	250

Zusätzlich zu Geschwindigkeitskontrollen und Kontrollen des LKW-Durchfahrverbotes, sollten auch Fahrzeuge kontrolliert werden, die viel zu laut unterwegs sind. Insbesondere defekte oder modifizierte Fahrzeuge (Sportauspuff, Sound-Anlange, etc.) sowie Motorräder sind häufig störend laut. Kontrollen wären hier eine weitere Einnahmequelle und würden Anwohner in Straßennähe vom Lärm entlasten.

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:09 ID:495	Sehr gute Idee!

Einsparvorschlag

#231 :Parken am Straßenrand soll teurer als im Parkhaus sein

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Marty	25.05.2013 10:30	+57 - 47 = 10	231

Selbst an den Adventssamstagen ist noch Platz in Darmstadts Parkhäusern. Dafür sind alle Straßen rund um die Innenstadt zugeparkt, zusätzlich gibt es viel Parksuchverkehr. Wenn Parken im Parkhaus günstiger wäre als am Straßenrand, würden die Autofahrer direkt ins Parkhaus fahren, anstelle in den Stadtvierteln nach einem Parkplatz zu suchen und damit sinnlos durch die Gegend zu fahren. Die Stadt sollte mit den Parkhausbetreibern reden, damit die erwartete höhere Auslastung durch geringere Parkhausgebühren kompensiert wird. Dann könnte z.B. folgendes möglich sein: Parkhaus 1,60 EUR/h Straßenrand 2,00 EUR/h Ausserdem sollten Anwohner mit sanftem Druck dazu gebracht werden, sich einen Dauerstellplatz im Parkhaus anzumieten, damit weniger Autos am Straßenrand stehen.

Kommentare

Autor	Kommentar
M.Krämer 27.05.2013 16:16 ID:228	Unser Straßenraum ist viel wertvoller als die Etagen eines Parkhauses. Hier muss Platz für Menschen und nicht für Autos sein. Die bisherige Preisstruktur stellt das auf den Kopf. Deshalb: Sehr guter Vorschlag!
U.R. 04.06.2013 11:26 ID:277	Grundsätzliche Zustimmung meinerseits. Allerdings darf der Vorschlag nicht so interpretiert werden, dass man das Parken "am Straßenrand" einfach verteuert, wenn sich Q-Park nicht massiv mit dem Preis nach unten bewegt (und das werden sie nicht - garantiert!). Oberstes Ziel muss bleiben, die Parkhäuser endlich deutlich billiger zu machen, damit sie auch entsprechend genutzt werden.
Armin H. 08.06.2013 23:50 ID:342	Da sich die Stadt die Einnahmequelle Parkhaus (für 2,-/Std. hätte sie die Parkhäuser auch wirtschaftlich betreiben können) genommen hat, fällt auch der Einfluss auf die Preisgestaltung dort. Aber ich bin auf jeden Fall auch dafür daß das Parkhaus günstiger, aber eben der oberirdische Raum teurer sein sollte.
Be Kr 10.06.2013 16:52 ID:394	Sehr guter Vorschlag

Ausgabevorschlag #280 :Sanierung des Friedensplatzes

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
GS	04.06.2013 19:43	+52 - 42 = 10	280

Die Sanierung des Friedensplatzes wurde jetzt schon über viele Jahre hinweg immer wieder versprochen, passiert ist allerdings nichts. Auch jetzt gibt es wieder ein Versprechen den Friedensplatz zu sanieren... Dieser Platz ist ein trauriges Aushängeschild für die Stadt! Komplette verfallene Gebäude mitten in der Innenstadt - an einen der wenigen Orte in Darmstadt die noch historische Gebäude beherbergen (Schloß, Landesmuseum, Weißer Turm). Hier muss dringend etwas geschehen, damit dieser Platz der von jedem Darmstädter (und auch Besucher) so sehr wahrgenommen wird, endlich ansehnlich wird (vielleicht sogar etwas repräsentativ).

Kommentare

Autor	Kommentar
Be Kr 11.06.2013 11:07 ID:417	Warum wird der Bürger nicht gefragt wohin das Reiterstandbild versetzt werden soll. Es gibt keinen Städtebaulichen Grund es an eine bestimmte Stelle zu positionieren .Also soll es dort bleiben wo es ist. Kosten sparen !!!!!!!

Einnahmeverschlag

#316 :Parkraum in der Innenstadt stärker regulieren.

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Armin H.	09.06.2013 00:27	+54 - 44 = 10	316

Parkraum sollte wie schon andernorts vorgeschlagen an der Straße teurer sein, als im Parkhaus. Deswegen wäre eine Erhöhung der Preise für Parkscheine sinnvoll. Damit dadurch das falsch Parken nicht günstiger wird, sollten gleichzeitig die Kontrollen erhöht und besser koordiniert werden, auch was das Überschreiten der Höchstparkdauer angeht. Ich bin mir sicher, daß zusätzliche Ordnungskräfte sich bequem bezahlt machen. Positiver Effekt wäre die stärkere Nutzung der Parkhäuser, weniger Parkplatzsuchverkehr in der Innenstadt und bessere Verfügbarkeit von Kurzzeitparkplätzen.

Kommentare

Autor	Kommentar
Franco 09.06.2013 07:53 ID:355	Vorschlag in Ordnung, dazu noch Verknappung des Parkraumes für PKW.

Ausgabevorschlag #236 :Kinderspielplatz am Europaplatz

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Lisa	28.05.2013 12:50	+33 - 24 = 9	236

In der Weststadt leben viele Kinder. Bisher können diese nur in Gärten oder auf den Strassen spielen. Daher wäre es wünschenswert und wichtig, wenn auf der kleinen nördlichen Parzelle zwischen Europaplatz und der Evenaristrasse, ein öffentlicher Spielbereich entsteht. Dieser könnte dann auch von der Krabbelgruppe des Space 20 mitgenutzt werden. Mit dieser Freiflächenmassnahme wird das Quartier weiter aufgewertet und es entsteht ein strukturierter Bereich mit sozialer Kontrolle, der einladend wirkt und Aufenthaltsqualität für Kinder und Eltern erhält.

Einsparvorschlag

#355 :Verkehrssicherheit am Hofgut Oberfeld und Wohnpark

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Eigentümerversammlung Wohnpark "	13.06.2013 09:23	+53 - 44 = 9	355

Verkehrsberuhigung durch 30er Zone und/oder Zebrastreifen, eventuell Verkehrsinseln; Radweg Begründung:

hohes Verkehrsaufkommen (aus Richtung B26)

vor Ort befinden sich: 2 Kindertagesstätten, 2 Bushaltestellen, Lernort "Bauernhof", Zugang zum Hofgut, neu entstandener Wohnpark "Rosenhöhe"

Ausgabevorschlag

#196 :Auslastung des ÖPNV über Belohnung der Nutzungshäufigkeit

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Dagmar Zeiß	17.05.2013 12:08	+45 - 37 = 8	196

Menschen die auf die Benutzung des PKWs in der Innenstadt verzichten, sollten mit Vergünstigungen beim ÖPNV belohnt werden um die Auslastung zu erhöhen. Zur Zeit tragen Bürger/innen ohne Auto und ohne Führerschein die Kosten für die chronischen Kurzstrecken-PKW-Fahrer/innen mit. Auch Autobesitzer/innen könnten über ein Rabattsystem (10 Fahrten mit dem Bus statt mit dem PKW= x Euro Preisnachlass) belohnt werden.

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:09 ID:494	Sehr gute Idee!

Einsparvorschlag

#226 :Strassen konstant instand halten und keine neuen Strassen bauen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
hatu	24.05.2013 12:24	+52 - 44 = 8	226

Durch eine konstante Pflege der öffentlichen Strassen, statt praktiziertes örtliches Flickwerk, lassen sich Kosten auf lange Sicht (=Nachhaltigkeit) besser steuern und einsparen. Auch sollte auf neue Strassen, wie Umgehungsstrassen etc. verzichtet werden. Diese belasten künftig zusätzlich den arg strapazierten Haushalt. Ebenso sollte mehr an die Darmstädter gedacht werden. Eine Fussgänger-Brücke zur Telekomcity, hat so gut wie keinen Nutzen für die ortsansässigen Bürger und kostet sehr, sehr viel Geld. Es sollte überlegt werden, hier den ÖPNV auszubauen. Bei Auftragsvergabe sollte künftig mehr den Aussagen und Vorschlägen von Fachleuten gefolgt werden, um ein weiteres sehr teures Debakel, wie die falsch gewählte Hauptbahnhof Pflasterung, zu vermeiden. Letztendlich zahlen die Bürger.

Kommentare

Autor	Kommentar
U.R. 04.06.2013 11:05 ID:272	Freudige Zustimmung meinerseits!
Sparbrötchen 06.06.2013 15:04 ID:328	Und vor allem ordentlich flicken. Keine Eimerkolonnen mit Kelle, sondern Schlaglöcher ausfräsen und richtig reparieren. Das hält dann auch!

Einsparvorschlag

#344 :Grün für Fußgänger - Fußverkehr attraktiver machen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Fuß und Rad	11.06.2013 18:41	+49 - 41 = 8	344

Grüne "Welle" für Fußgänger, auch Abends und am Wochenende. Wenn die Ampel für Autofahrer grün ist, bleibt die für Fußgänger oft rot. Diese müssen als Bedürftige erst ihren Bedarf anmelden und werden in der folgenden Schleife berücksichtigt. Die Reaktionszeiten sind teils sehr gut (z.B. in der Heidelberger Str./Weinbergstr.), teils untragbar. Hier kann kostengünstig und effektiv der CO2-freie (Fußgänger)Verkehr gefördert werden. Die Grünphasen sollten auch an großen Straßen so eingestellt sein, dass diese auf einmal überquert werden können. Dies ist ein CO2-Einsparvorschlag.

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:08 ID:493	Hier sollte auch dringend darauf geachtet werden, dass die Rotphasen für Fußgänger nicht derart lang ist, dass zum "bei Rot über die Ampel gehen" geradezu eingeladen wird, weil man sonst ewig wartet. Seit neustem z. B. an der Ampel Hochstraße/Heinrichstraße

Einsparvorschlag

#218 :Abschalten von Ampelanlagen ab 22 Uhr

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Anke	21.05.2013 22:22	+66 - 59 = 7	218

An Kreuzungen oder Straßen, die keine Knotenpunkte sind (also nicht wie z.B. die Kreuzungen an den Maritim-Hotes) die Ampelanlagen abschalten und Vorfahrtsregeln festlegen. Für Fussgänger sollten Bedarfsampeln montiert (die aber auch den Bedarf schnell berücksichtigen und sich nicht erst nach mehreren Ampelphasen umschalten) oder Zebrastreifen aufgemalt werden, die ab der Zeit der Ampelausschaltung dann gelten. Mir fällt abends häufig auf, dass Autos an leeren Kreuzungen auf Grün warten. Es hat dann zwar vielleicht wieder drei Schilder mehr an der Kreuzung, aber ich bin der Meinung, dass so zum einem finanziell gespart werden kann, zum anderen werden Anwohner*innen nachts vom wechselnden Ampellicht verschont.

Kommentare

Autor	Kommentar
Leser 23.05.2013 14:31 ID:216	Hervorragende Idee! Ähnlich wird es in Hamburg gehandhabt, sodass man nachts super schnell durch die Stadt kommt. Die Uhrzeit ist natürlich diskutierbar (nicht, dass hier jemand auf den 22 Uhr rumreitet).
Conny 27.05.2013 12:25 ID:227	Ich finde die Idee auch gut. Ich glaube mich zu erinnern, dass vor Jahren schon an wenig befahrenen Straßen/Kreuzungen die Ampeln am späten Abend ausgeschaltet waren.
Sebastian 31.05.2013 08:49 ID:252	Außerdem könnte man an diversen Stellen im Stadtgebiet die rechtsabbieger-Ampeln generell abschaffen und durch Schilder (Grüner "RechtsAbbieger-Pfeil") ersetzen. In einigen Städten wurden schon solche Projekte nach dem "amerikanischen Modell" gefahren, dass man an Ampeln als rechtsabbieger durch eigenverantwortliches "Herantasten in die Kreuzung" den Straßenfluß vorantreibt. Das spart auch Energie
U.R. 04.06.2013 11:17 ID:276	Meines Erachtens sollte das an vielen Stellen möglich sein. Auch wenn viele Ampeln schon auf energiesparendere LED-Technik umgestellt sind, kann sich hier immer noch genug Geld und Energie sparen lassen. Außerdem wird hierbei auch die Lebensdauer der Leuchtmittel deutlich verlängert!
Lukas L. 04.06.2013 14:20 ID:299	Sehr gute Idee. Es geht hier des Weiteren nicht nur um den Strom, der bei den Ampelanlagen eingespart werden kann. Die Autos müssen außerdem weniger häufig anfahren, es gibt weniger CO2-Emission und weniger Lärm für die Anwohner. Schilder sollten an allen Kreuzungen

	bereits ausreichend montiert sein. In allen anderen Fällen gilt rechts vor links.
Sparbrötchen 06.06.2013 14:49 ID:327	Gute Idee! Man könnte auch die eine oder andere Laterne nachts abschalten, z.B. in Industriegebieten. Es würde ausreichen, wenn zb nur jede 2. brennt.
Armin H. 08.06.2013 23:41 ID:341	Würde ich befürworten, für alle Kreuzungen an denen keine Straßenbahn verkehrt.
Franco 09.06.2013 08:03 ID:358	Dafür. Darüber hinaus, Wegfall des Ampelbetriebes nach den Stosszeiten. Z.B. müssten die vielen Ampeln von Ewwerstadt nach Bessunge nur wenige Stunden am Tag an sein. Schont Energie, Umwelt und die Nerven.
Fuß und Rad 10.06.2013 23:32 ID:409	An der Klappacher Str./Jahnstr. wurde die Ampelanlage ganz abgeschafft. Kreisverkehre könnten sicher an weiteren Kreuzungen geschaffen werden.
Be Kr 11.06.2013 10:48 ID:414	Sehr gute Idee
samian 13.06.2013 20:11 ID:498	Sehr gute Idee!!!

Ausgabevorschlag

#318 :Umstiegsmöglichkeiten auf öffentliche Verkehrsmittel

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Armin H.	09.06.2013 00:48	+38 - 31 = 7	318

Um den Pendlern den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiv zu machen, sollen Parkhäuser an den Einfallstraßen in unmittelbarer Nähe zu Straßenbahnhaltestellen entstehen. So z.B. am Frankenstein, am Böllenfalltor, Ostbahnhof (Bushaltestelle/Odenwaldbahn), Maria-Göppert-Straße und Dreieichsweg. Damit die Stadt auch auf die Preisgestaltung bei den Parkhäusern einwirken und somit deren Attraktivität lenken kann, müssten diese durch die Stadt selbst betrieben werden, oder als Eigenbetriebe umgesetzt werden. Bei aktueller Lage würde ich die Parkhäuser zunächst kostenlos anbieten. Mit zusehends knapper werdendem Parkraum in der Stadt könnten die Parkhäuser auch Gebühren einspielen. Langfristig könnte da auch eine Einnahmequelle daraus werden.

Einsparvorschlag

#185 :Mobile Geschwindigkeits-Anzeigetafeln - Solarpanel statt Akku einsetzen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	16.05.2013 21:13	+38 - 32 = 6	185

Die Geschwindigkeits-Anzeigetafeln sind störanfällig, aufgrund der Auswirkungen des Ladezustandes des Akkus, der den Betrieb gewährleistet. Der Akku muss in einem Rhythmus von etwa 5 Tagen ausgetauscht werden. Hierzu muss extra ein Fahrzeug mit Personal eingesetzt werden, um den fortlaufenden Betrieb sicherzustellen. Es ist sinnvoller und kostengünstiger, diese Anlagen mit einem Solarmodul mit integriertem Laderegler, auszustatten.

Kommentare

Autor	Kommentar
Fuß und Rad 11.06.2013 18:47 ID:422	Diese interaktiven Tafeln verringern auch die (oft zu hohe) Geschwindigkeit und erhöhen somit die Verkehrssicherheit und verringern die CO-2 und Lärmemission. Gerne mehr davon!

Einsparvorschlag

#346 :angemessene Budgetierung für das Segment Fahrrad

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
bürg289	12.06.2013 05:55	+38 - 32 = 6	346

Eine angemessene Budgetierung für das Segment Fahrrad sollte lt web-verfügbarem Expertenbericht „nationaler Radverkehrsplan (NRVP) 2020“ in vielen Fällen bei 15-20 Euro / BürgerIn und Jahr liegen (somit ca 3 Mio Euro / Jahr für DA). Darmstadt dümpelt seit > 15 Jahren bei geschätzten 1-3 Euro / BürgerIn und Jahr (eine große Budgetlücke ist ableitbar wie bei Radgebrauch sichtbar). Die Politik sollte, auch wegen der langfristigen Geldeinsparung wegen mehr Radanteil, das Budget deutlich nach oben anpassen und dazu stehen. PS: die rund 15 Mio pro Jahr aus dem städt. Haushalt für das Staatstheater sind umgelegt jährlich ca 100 Euro pro BürgerIn – ein Vielfaches !

Kommentare

Autor	Kommentar
bürg289 12.06.2013 06:07 ID:426	Details: http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/89724/publicationFile/62468/nationaler-radverkehrsplan-2020.pdf S. 63 und Deutscher Bundestag / Drucksache 17/10681 vom 09. 2012 (Nationaler Radverkehrsplan 2020 – Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln) S. 27

Ausgabevorschlag #302 :Anwohnerparken, Fußgängerqual

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Clemens Wagner	06.06.2013 12:22	+38 - 33 = 5	302

In den letzten 60 Jahren wurde unsere Stadt für den zügigen Autoverkehr teuerst umgerüstet. Die Fußgänger blieben dabei auf der Strecke. Zwei Dinge wurden nicht bedacht: 1. Für notwendiges Anwohnerparken zu sorgen! 2. Die Bewegungsfreiheit der Wohnbürger zu erhalten! Ihnen wurden zb. ihre Gehwege gesetzeswidrig weggenommen und als Parkplätzen missbraucht. Mein Vorschlag - der sowohl den Anwohner-Parkern wie auch den Fußgängern hilft: Am Rande von Anlagen billige Pakdecks errichten, wo man sich einen Parkplatz kaufen/mieten kann. Und dann Gewegparken konsequent ahnden! Ich denke 8 Gehminuten zu seinem Auto sind zumutbar.

Ausgabevorschlag

#339 :Ausbau der Radverkehrsachsen, z.B. Albert-Schweitzer-Anlage/Havelstraße

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Fuß und Rad	10.06.2013 23:55	+45 - 40 = 5	339

Neben den bereits angedachten und umgesetzten Förderungsmaßnahmen sollte die Nord-Süd-Achse Albert-Schweitzer-Anlage in der Havelstraße der Rad und Fußweg Vorrang haben. Die Havelstraße sollte auf Höhe der Grünanlage auf eine Fahrspur verengt und um einige cm erhöht werden. So würden Autofahrer zu einer defensiveren Fahrweise angeregt - statt mit überhöhter Geschwindigkeit noch "schnell" über die Ampel Richtung Innenstadt zu fahren.

Einnahmeverschlag

#357 :Bußgelder bei Verkehrsverstößen mit Gefährdung

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Ursula	13.06.2013 09:54	+32 - 27 = 5	357

Mein Vorschlag ist, bei Verkehrsverstößen, die andere Menschen gefährden, stärker mit Bußgeldern zu arbeiten. Ich denke speziell an die Vollrotfahrer. An der Kreuzung Frankfurter Landstraße-Virchowstraße, fällt nicht nur mir auf, daß Verkehrsteilnehmer, die aus Arheilgen in Richtung Innenstadt unterwegs sind, häufig bei Rot weiterfahren. Oft nicht nur Einer, sondern mehrere. Wenn man dann bei Grün in die Virchowstraße einfahren möchte, queren die Rotfahrer unbekümmert. Absolut gleich ist die Situation an der Kreuzung Frankfurter Landstraße –Carl Schenk Ring. Wenn man bei Grün, von Westen kommend, nach links Richtung Arheilgen abbiegen will, queren auch hier noch meist mehrere links abbiegende Fahrzeuge. Dies ist auch an anderen Kreuzungen so, aber die Obigen fallen mir besonders auf.

Einsparvorschlag #268 :ÖPNV außerhalb des Berufsverkehrs

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
JG2013	04.06.2013 10:38	+27 - 23 = 4	268

Kleinere Busse + Straßenbahnen außerhalb der Berufsverkehrszeiten

Kommentare

Autor	Kommentar
Varosch 11.06.2013 11:20 ID:418	Das ist aber kein Einspar- sondern ein Ausgabevorschlag, da sich die HEAG dann zu den "normalen" Bussen auch noch zusätzliche kleinere Busse anschaffen müsste. Je nachdem, welche Größe mit "kleineren Bussen" gemeint ist, ist es zweifelhaft, ob die Kraftstoffeinsparung die Anschaffungskosten innerhalb der "Lebenszeit" der Fahrzeuge amortisiert.

Ausgabevorschlag

#348 :Gute GartenStr. in Arheilgen für Radfahrer freigeben

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Nugget	12.06.2013 11:03	+32 - 28 = 4	348

wenn man von der Frankfurter Landstraße in die Gute Gartenstr. einbiegt ist der erste kleine Teil Einbahnstraße. Es wäre gut, wenn dort ein Schild hinkäme: für" Fahrräder frei", zumal diese Strecke auch von Schülern genutzt wird.

Einsparvorschlag

#227 :Radverkehrsbeauftragter für Darmstadt

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Marty	25.05.2013 10:05	+35 - 32 = 3	227

Darmstadt hat keinen Radverkehrsbeauftragten. Dies sollte sich ändern. Die bisherigen Bemühungen, z.B. der Runde Tisch Radverkehr, sind gut, aber zu wenig. Die Meldeplattform Radverkehr (auf www.radroutenplaner.hessen.de) ist zwar vorhanden, aber es ist niemand da, der die Meldungen hauptamtlich bearbeitet. Strukturelle Änderungsvorschläge werden "auf Halde gelegt". Viele Verbesserungen für Radfahrer sind kleine bauliche Maßnahmen, z.B. Poller versetzen, Bordsteinkanten abflachen etc. Wer kümmert sich darum?

Kommentare

Autor	Kommentar
MichaelE 28.05.2013 16:39 ID:241	Dafür muss man aber bestimmt keine neue Stelle schaffen bzw. neues Personal einstellen. Es gibt doch in der Stadtverwaltung bestimmt genug Personen, die sich (auch) mit dem Thema Radverkehr in seinen unterschiedlichen Facetten befassen. Da sollte es doch genügen, davon Eine/Einen zum Radverkehrsbeauftragten zu bestimmen und ggf. noch etwas an der Aufgabenbeschreibung zu feilen.
Björn 03.06.2013 12:50 ID:257	Ich gebe MichaelE recht: Neue Stelle schaffen und Geld sparen? Wie soll das gehen? Mir würde es schon mal reichen, wenn man die Ausfahrt aus dem Parkhaus Richtung Rhein-/Grafenstraße über die Grafenstraße auf die Bleichstraße umleitet und den rechtsseitigen Rest der Rheinstraße Richtung Neckarstraße/Kasinostraße als Fahrradweg freigibt. Wird sowieso nur zu Stoßzeiten befahren.
Koni 04.06.2013 16:40 ID:300	Neben den unvern. Autofahrern sollte man auch die Radfahrer in die Verkehrserziehung mit einbeziehen. Nimmt man z.B. die Situat. in der Frankfurter Strasse in Höhe des Nordbhfs. so kann man feststellen das gut die Hälfte der Radf. auf der falschen Seite fährt und die Fußgängerampel nicht beachtet. Hier könnte man den Stadtsäckel leicht füllen oder durch einen Hinweis sensibilisieren.
Franco 09.06.2013 08:06 ID:359	Hilfe, nicht noch einen weiteren Beauftragten, der Geld kostet. Haben wir nicht zurzeit Grüne am Ruder, wenn die nicht Radler fördern, jagd sie aus dem Rathaus bei der nächsten Wahl.
beate 13.06.2013 13:14 ID:470	halte ich für eine sinnvolle besetzung. ohne personelle zuständigkeit tut sich da sonst viel zu wenig. die förderung der radwege in darmstadt muss voran gebracht werden.

Ausgabevorschlag

#251 :Sanierung der Nieder-Ramstädter Straße

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Timo K.	31.05.2013 14:57	+32 - 29 = 3	251

Endlich eine ordentliche Sanierung dieser Straße. Es ist ein grauß mittlerweile dort drüberzufahren. Diese Hauptverkehrsstraße hat mitunter den schlechtesten Zustand in ganz Darmstadt. Selbst der Fiedlerweg der zum Glück nun größtenteils saniert wurde war nicht so schlimm. Die Verkerhsteilnehmer die diese Straße fahren müssen werden es wohl nicht einsehen teure Reparturen an ihrem Auto vorzunehmen, da es schon länger bekannt ist das der Zustand dieser Straße unter aller Kanone ist.

Einnahmenvorschlag #265 :Luisenplatzpflastersteine

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
kschoen	03.06.2013 21:39	+21 - 18 = 3	265

Gibt es die Luisenplatzpflastersteine die vor einigen Jahren wieder ausgebaut wurden noch? Ich schlage vor, diese an Bürger abzugeben und den Erlös der Kinderarbeit der Sportvereine zur Verfügung zu stellen. Wenn das ehrenamtlich organisiert wird, entstehen keine Personalkosten. Ich würde mithelfen das zu organisieren

Einsparvorschlag #288 :Schriftwechsel verringern

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 21:38	+21 - 18 = 3	288

Bürger frühzeitiger, z. B. durch Bürgerversammlungen, in kommunale Bau- und Verkehrsprojekte einbeziehen, um dadurch kostenträchtigen aufklärenden Schriftwechsel oder Einzelgespräche bzw. Rechtsbehelfsverfahren zu verringern.

Ausgabevorschlag

#343 :Separate Rechtsabbiegerspur Martin-Luther-King-Ring Richtung Arheilgen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Zwackelmann	11.06.2013 07:52	+32 - 29 = 3	343

Wenn man aus Richtung Kranichstein kommend auf dem Martin-Luther-King-Ring Kreuzung Frankfurter Straße Richtung Merck/Arheilgen abbiegen möchte, steht man vor der Ampel immer im Stau, wenn zwei Fahrzeuge vor einem stehen. Wenn die Gaszwischenspeicher(?) auf dem Grünstreifen rechts neben der Fahrbahn unmittelbar vor der Kreuzung weiter nach rechts verlegt werden würden und eine separate Rechtsabbiegerspur über vier Fahrzeuglängen ermöglicht wird, würde der Verkehr hier wesentlich schneller abfließen und weniger Rückstau entstehen. Eine Investition in die Nerven und Zeit vieler vom Berufsverkehr geplagten Bürger.

Einsparvorschlag

#363 :Weniger für die Anwohner kostspielige öffentliche Straßenreinigung

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Matthias G.	13.06.2013 11:25	+20 - 17 = 3	363

Die Bewohner der Stadt Darmstadt sind durchaus bereit und sollten auch im Sinn des Gemeinwohls mehr in die Verantwortung genommen werden, die Gehwege vor ihren Grundstücken selbst zu reinigen. Leider sind m.E. zu viele Straßen im Straßenverzeichnis der Straßenreinigungssatzung aufgeführt verbunden mit dem Zwang, eine entsprechende Gebühr zahlen zu müssen. Aus der Straßenreinigungssatzung könnte man z.B. alle verkehrsberuhigten Bereiche (Spielstraßen) herausnehmen. Dort kommt es zu weniger Straßenverunreinigungen und gerade dort sollte eine Übertragung dieser Verantwortung auf die Anwohner möglich sein. Das Einsparpotential ist zwar nicht sehr hoch, aber es kann schnell und ohne Probleme genutzt werden.

Ausgabevorschlag

#232 :Europaplatz + Weststadt wieder aufwerten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Lisa	27.05.2013 11:44	+23 - 21 = 2	232

Meine Familie und ich fühlen uns sehr wohl in der Weststadt. Umso bedenklicher und erschreckender ist der Verfall des Europaplatzes und des Querbahnsteiges. Jüngst ist es meinen Kindern und mir fast nicht mehr möglich, ohne massive Bedrängnis (meist betrunkenen) Personen die Rolltreppe sowie den Rewe zu erreichen. Von der Vermüllung und von öfters rumliegenden benutzten Spritzen gar nicht zu reden. Um wieder ein verträgliches Miteinander zu erreichen, sollte mehr Polizeipräsenz bzw. Kommunalpolizei (es finden sich am Hbf West viele Falschparker) in der Weststadt unterwegs sein. Wichtig und nötig ist es auch, dass sich wieder ein schönes Café am Europaplatz einmietet. So kann diese aktuell unerträgliche Situation sicherlich ebenfalls neutralisiert werden.

Kommentare

Autor	Kommentar
Zwackelmann 11.06.2013 08:35 ID:413	2005 gab es dafür einen Wettbewerb i.Rahmen d. Europa-Jugendpreises.Unter den Siegern waren viele Ideen,ua.Uhr d. fließenden Zeit, kl.Satellitencafé,Attraktion schwebender Stein,Europaglobus+ Partnerstädte,Meteosat-8-Kisok,Planetenskulptur+Schaltbrett+ Schwarzlicht,Uhrturm,„Leuchtturm des Westufers“+szenischen Darstellungen wie in Plock bieten neue touristische Anziehungspunkte mit mehr Frequenz.
Nugget 12.06.2013 11:32 ID:434	Die Brunnen, die ja jetzt wieder sprudeln sind Wasserverschwendung und langweilig. Stattdessen sollte eine markante, kultige Uhr dort stehen wie z. B. im Grand Central in NY als 'Treffpunkt und zur Information.

Einsparvorschlag #303 :Schilderwald lichten!

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Sparbrötchen	06.06.2013 14:59	+31 - 30 = 1	303

Weg mit dem Schilderwald. Auch Darmstadt hat viel zu viele Schilder, Pfosten und Poller im Stadtbild. Das kostet alles Geld! Nicht nur Neuinstallationen, sondern auch Reparaturen. <http://www.adac.de/infotestrat/ratgeber-verkehr/fachinformationen/stadtverkehr/schilderwald.aspx>
Zitat: "Seit 1997 hat der ADAC 62 Schilderwaldaktionen gemeinsam mit Städten und Gemeinden durchgeführt. Zwei Musterstädte waren Dreieich in Hessen und Selm in Nordrhein-Westfalen. In Dreieich wurden 40 Prozent der 1348 Verkehrszeichen abgebaut, in Selm 43 Prozent von 1100 Verkehrszeichen. In beiden Orten war kein Anstieg der Unfälle zu verzeichnen. " 40% der Schilder in Dreieich abgebaut! Kein Anstieg der Unfälle! Super! PS: Der Steinpfostenwald in der Heinrichstraße hätte auch nicht sein müssen.

Kommentare

Autor	Kommentar
Franco 09.06.2013 08:00 ID:357	Genau Stelen, Modeerscheinung, können mir gestohlen bleiben. Verkehrsschilder lichten, denn es wird unübersichtlich. Auf DA-Strassen generell 40 km, also nicht mal 30 mal 50 mal 40 mal 20 mal 10, Ausnahme könnten noch Spielstrassen sein.
gute Idee 09.06.2013 14:25 ID:376	Die Schilder, die für LKW Fahrer auf den BAB stehen sind viel zu kompliziert formuliert. In Frankreich heißt es : Transit interdit. Das ist alles und das erklärt auch alles. Anlieger gehören nicht zum Transit. Ich kann mir vorstellen, dass weniger LKWs verbotenerweise durch Darmstadt fahren würden, wenn die Schilder auf den Autobahnen derart knapp formuliert würden.

Einnahmeverschlag

#315 :Anwohnerparkzonen mit Parkausweis, freie Gehwege und Einbahnstrassen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Armin H.	09.06.2013 00:22	+34 - 33 = 1	315

In Wohnvierteln mit enger Straßenführung und wenig Parkraum sollten Zonen mit Parkverbot, außer für Anwohner mit Parkausweis entstehen. Mit den Parkausweisen lässt sich nicht viel verdienen, aber mit dem Anwohnerparken wären die Gehwege wieder frei zu bekommen. Man könnte die Situation weiter verbessern, indem man auch gleich Einbahnstraßen einführt, die das Parken auf eine Straßenseite reduzieren und es Ortsfremden unattraktiver machen, durch Wohngebiete abzukürzen. Weiteres Einnahmepotential dürfte durch das Entstehen von Parkhäusern am Rande dieser Viertel durch Gewerbesteuer, oder nach Investition durch Eigenbetrieb entstehen.

Einsparvorschlag

#361 :Kein Winterdienst in verkehrsberuhigten Bereichen (Spielstraßen)

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Matthias G.	13.06.2013 10:38	+27 - 26 = 1	361

Generell sollte die Stadt auf den Winterdienst in Spielstraßen verzichten, auch damit dort zumindest im Winter entsprechend langsamer gefahren wird. Das Entfallen des städtischen Winterdienstes bedeutet natürlich keine Änderung für die Schnee- und Eisbeseitigungspflicht der Anwohner. Aber die Stadt könnte damit eine hübsche Summe Geld einsparen. Zumindest wenn man die städtischen Angestellten sinnvoll anderweitig einsetzen kann.

Einsparvorschlag #179 :Kein Neubau der Straßenbahnwendeschleife "Maulbeerallee"

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Rohrmann	16.05.2013 17:31	+19 - 22 = -3	179

Verzicht auf den Umbau der Straßenbahnwendeschleife, dadurch = Einsparungen beim städtischen Anteil und bei der DADINA Verbandsumlage.

Kommentare

Autor	Kommentar
Schäfer 03.06.2013 13:01 ID:259	Ich unterstütze den Vorschlag, den Ausbau der Gleisschleife bei Merck zurückzustellen, um anderen wichtigeren Vorhaben zur Verbesserung des Nahverkehrs Vorrang zu geben.

Ausgabevorschlag

#317 :Grüne Wellen auf Ein und Ausfallstraßen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Armin H.	09.06.2013 00:36	+29 - 32 = -3	317

Grüne Wellen in der Hauptfahrtrichtung Nebenzeit z.B. 40 km/h, Hauptverkehrszeiten z.B. 50 km/h würden für einen ruhigeren und schnelleren Verkehrsabfluss sorgen. Der positive Effekt wäre beim Autofahrer, als auch beim Anwohner zu spüren, sowie weit weniger Feinstaub und CO² Ausstoß produzieren. Damit der Attraktivitätsgewinn bei der KFZ-Nutzung in der Stadt den KFZ-Verkehr nicht zu stark fördert, ist eine KFZ-Begrenzung über reduzierten Parkraum nötig. Sowie günstige Umstiegsmöglichkeiten für Bus und Bahn zu schaffen.

Einsparvorschlag

#354 :VORFAHRT FÜR FAHRRÄDER AN AMPELN STATT TEURE FAHRRADSTRASSEN!

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
EhrenamtBibl	12.06.2013 21:47	+33 - 37 = -4	354

Klarheit und Sicherheit schaffen für Fahrradfahrer im Ampelbereich an ALLEN verkehrsreichen Kreuzungen (insbesondere bei rechtsabbiegenderem Autoverkehr) durch FAHRRADSCHLEUSEN. Fahrradschleusen helfen Radlern sicher und direkt über Kreuzungen. Das Prinzip: Bei "Rot" warten Radfahrer auf einer reservierten Fläche in "Pole-Position" vor den Autos, bei "Grün" starten sie als erste.

Einnahmenvorschlag #259 :Vorschläge für die Umweltzone

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Björn	03.06.2013 13:06	+11 - 18 = -7	259

Meiner Meinung nach müsste eine nach Ausstoß der Menge umweltgefährdender Stoffe (Also nicht nur nach CO2 und Feinstaub) gestaffelte kostenpflichtige Sondergenehmigung für die Anwohner der für 2014 geplanten Umweltzone sehr viel Geld in die städtischen Kassen spülen. Gewöhnlich werden die Kosten auf zwischen 10 und 100 Euro gehalten. Es sollte eine nach oben offene Gebühr bestehen.

Einnahmenvorschlag #366 :Innenstadtmaut

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Birgit Koss	13.06.2013 14:01	+17 - 27 = -10	366

Mit der Einführung einer Innenstadtmaut können neben der Erhöhung der Lebensqualität durch Verringerung des Verkehrsaufkommens und der Verbesserung der Luftqualität, insbesondere zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Diese sollten jedoch nicht in den allgemeinen städtischen Haushalt einfließen, sondern zweckgebunden z.B. für die Förderung des ÖPNV (kostenlos in die Innenstadt) oder Straßen- und Radwegebau aufgewendet werden. Hier sind verschiedene Modelle denkbar, Vignette, Mautstationen oder post-pay-Verfahren, die entsprechend zu bewerten sind.

Einnahmenvorschlag #246 :Wiederkehrende Straßenbeiträge anstatt Anliegergebühren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
A. Schmidt	31.05.2013 09:54	+13 - 26 = -13	246

Über wiederkehrende Straßenbeiträge wird zurzeit überall nachgedacht (Landkreis) und auch im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2011 bis 2016 wurde es mal erwähnt. Es würde bei vielen Anliegern begrüßt werden, wenn solche Straßenbeiträge, anstatt teilweise horrender Anliegergebühren anfallen würden.

Einnahmевorschlag #365 :Innenstadtmaut

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Birgit Koss	13.06.2013 14:00	+18 - 31 = -13	365

Mit der Einführung einer Innenstadtmaut können neben der Erhöhung der Lebensqualität durch Verringerung des Verkehrsaufkommens und der Verbesserung der Luftqualität, insbesondere zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Diese sollten jedoch nicht in den allgemeinen städtischen Haushalt einfließen, sondern zweckgebunden z.B. für die Förderung des ÖPNV (kostenlos in die Innenstadt) oder Straßen- und Radwegebau aufgewendet werden. Hier sind verschiedene Modelle denkbar, Vignette, Mautstationen oder post-pay-Verfahren, die entsprechend zu bewerten sind.

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:10 ID:496	Sehr gute Idee!!!

Einnahmeverschlag #306 :Ahndung für Radbenutzung auf Gehwegen und Erhebung von Strafe

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
LuRü71	06.06.2013 19:18	+18 - 37 = -19	306

Es gehört zum Alltag, dass sich Fußgänger nicht mehr sicher fühlen können auf Darmstadts Gehwegen. Eng, unsaniert und zugeparkt werden die Gehsteige als Radwege benutzt ohne Rücksicht auf Fussgänger. Dies gehört einfach und konsequent geahndet. Die Aggressivität, mit der Fahrradfahrer sich auf den Gehwegen bewegen sucht hier Ihresgleichen. Wer älter als zehn Jahre ist, hat mit seinem Fahrrad auf dem Bürgersteig nichts zu suchen. Das ist Bundesgesetz und nicht zu erklären, warum es in Darmstadt nicht gelten sollte. Fussgänger als schwächstes Glied im Strassenverkehr können nicht die Leidtragenden dafür sein, dass es offenbar an geeigneten Verkehrswegen für Radfahrer mangelt.

Kommentare

Autor	Kommentar
Armin H. 08.06.2013 23:52 ID:343	Würde ich auch befürworten. Vorweg sollten jedoch die Radwege ergänzt, besser ausgebaut und saniert werden. Denn dort sehe ich den eigentlichen Mangel.
Tina 12.06.2013 17:27 ID:444	Ich muss Armin H. völlig recht geben. Zuerst müssten viele Straßen für Radfahrer (besser) nutzbar gemacht werden. Ein besonderes Problem sehe ich aber nicht nur im Zustand bzw. Ausbau der Straßen, sondern auch in der Rücksichtslosigkeit mancher Autofahrer. Manch einer scheint der Ansicht zu sein, dass gegenüber einem Radfahrer keine StVO (Rechts-vor-Links etc.) gilt.

Ausgabevorschlag #221 :Mehr Einbahnstraßen in Eberstadt

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Conny	23.05.2013 12:35	+8 - 31 = -23	221

Da sich gerade im alten Kern von Eberstadt einige sehr enge Straßen befinden, wäre es nach meiner Meinung angebracht diese zum Teil in Einbahnstraßen umzuwandeln. Siehe Lagerstraße/Schwanenstraße und Georgenstr./Weingartenstraße

Kommentare

Autor	Kommentar
udo steinheisser 04.06.2013 13:11 ID:296	Die engen Strassen entstehen dur parkende Autos. Eine Gebühr für Anwohnerparken würde sofort Abhilfe schaffen. Die meisten Anwohner haben Hofeinfahrten und müssten diese nur öffnen und ihr Auto darin parken.

Einsparvorschlag #228 :auf Westrandstraße verzichten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Marty	25.05.2013 10:10	+20 - 47 = -27	228

Die Westrandstraße soll die Telekomcity besser als bisher erschließen. Dafür soll der Westwald, ein wichtiges Naherholungsgebiet und Puffer für Staubwolken aus dem Ried, teilweise gefällt werden. Auf den Bau dieser Straße sollte verzichtet werden. Die Telekomcity ist direkt an die Autobahn angebunden, am Eingang gibt es ein großes Parkhaus. Dort kann man Leihräder positionieren, und der Rest des Weges kann mit dem Rad zurückgelegt werden. Weitere Informationen: www.westwald.de

Kommentare

Autor	Kommentar
M.Krämer 27.05.2013 17:34 ID:229	Die Entwicklung des Gewerbegebietes (ehemaligen Kasernen) ist an diesem Standort (Autobahnkreuz, Bahnhofsnähe) wichtiger. Wir brauchen moderne Arbeitsplätze und (im Sinne der Haushaltssanierung) Mehreinnahmen über Gewerbesteuer und Einkommensteuer. Ohne diese Straße ist das Riesengebiet praktisch nicht erschlossen bzw. zu erschließen.
Lisa 28.05.2013 12:40 ID:240	Die Argumentation der Stadt, für Westrandstasse, ist zu kurz gedacht. Die Erschließungskosten eines solche großen Gebietes, werden sich, wenn überhaupt, erst in vielen, vielen Jahren amortisieren. Aktuell besteht in Darmstadt und anderen Städten sichtbarer Leerstand bei Gewerbeflächen. Es ist spekulativ, hier mit positiven Steuer-Einnahmen zu rechnen. Zudem:gegen NO-Umgehung aber für W-Umgehung?!
Sparbrötchen 06.06.2013 15:57 ID:330	Dort soll doch wohl ein Gewerbegebiet ordentlich erschlossen werden. Ohne Erschließung wird das nicht funktionieren und der Stadt gehen deutlich mehr Einnahmen verloren. Der Verzicht ist also keine gute Idee zur Haushaltssanierung.
Zwackelmann 11.06.2013 12:47 ID:419	Ohne Anbindung,d. einen großen Teil des Verkehrs gleich am Stadtrand abfängt,wälzt sich der Verkehr über Umwege durch andere Straßen ins Gewerbegebiet.Es entstehen Rückstaus, Lärm,Luftverschmutzung+Zusatzbelastungen v. anderen Straßen.Fließenden Verkehr empfinde ich als geringeren Luftverschmutzer+ Lärmbelästiger als ein Stop-and-Go.Gute Verkehrsanbindung ist ein Kriterium f.den Erhalt v. Gewerbe

Ausgabevorschlag

#299 :Mit Strassen Schaden schilder werde die strassen nicht besser!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
zoomy	05.06.2013 21:01	+8 - 35 = -27	299

Ich Denke die Stadt sollen für die frühzeitig verschliess an unser autos auf kömnen.Wir autofahrer müssen so viel bezahlen und dir teurer reparaturung an unser auto.Die strassen zustand hier in Darmstadt is eine Katastrophen zustand.Der bauernweg zum meine garten ist in besser zustand .Fahrt mann die Jägertorstrasse mit eine glas milch ,am ende der strasse hast du ein McDonalds milchshake. Ich denke die stadt sollen was für unser strassen zustand machen und nicht das geld für blödsinn ausgeben.....

Einsparvorschlag

#364 :Straßenbeleuchtung auf Nebenstraßen und -wegen reduzieren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Matthias G.	13.06.2013 11:36	+18 - 47 = -29	364

In Darmstadt brennen die Straßenlaternen die ganze Nacht durch. Das ist auf öffentlichen Plätzen und den Hauptverkehrsstraßen sicherlich sinnvoll. Aber es muss nicht auf allen Nebenstraßen sein. Vielleicht wäre es eine sinnvolle Energieeinsparung, wenn z.B. von montags bis donnerstags von 01:00 bis 05:00 oder auch nur von 02:00 bis 04:00 die Nebenstraßenbeleuchtung aus ist. Denkbar wäre auch eine Ausdünnung der Leuchten, die in dieser Zeit noch brennen.

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:13 ID:499	Sehr gute Idee!!!

Einnahmenvorschlag

#313 :Abschaffung der Nachweispflicht für Stellplätze

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Max Sommer	08.06.2013 10:48	+18 - 52 = -34	313

Derzeit ist der Errichter einer Wohnung in der Pflicht, PKW-Stellplätze herzustellen oder eine Ablöse zu zahlen. Die Zahl der geforderten Plätze ist unabhängig davon, ob die späteren Bewohner 0 oder 1 oder 10 Autos halten. Vorschlag: die Nachweispflicht beim Wohnungsbau entfällt. Im Gegenzug wird das Parken auf der Straße grundsätzlich kostenpflichtig, gern mit Jahresmarken für Anwohner. Folge: Die Schaffung von Wohnraum wird finanziell erleichtert. Wer Stellplätze einrichtet, kann sie über eine Stellplatz-Miete finanzieren. Wer einen Stellplatz braucht, bezahlt bei einem privaten Stellplatz-Eigner oder bei der Stadt, d.h. Kosten werden vom Verursacher getragen.

Einsparvorschlag #237 :Busse statt Straßenbahnen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
MichaelE	28.05.2013 16:50	+5 - 67 = -62	237

Straßenbahnverkehr durch Busse ersetzen. Der ÖPNV ist extrem defizitär. Besonders der Straßenbahnverkehr schlägt mit horrenden Kosten zu Buche. Demgegenüber kann man mit Bussen wesentlich flexibler (Taktung, Streckenführung, Größe der eingesetzten Busse) und damit auch preisgünstiger ÖPNV anbieten. Zudem sind die Kosten für Anschaffung und Unterhaltung von Bussen günstiger als von Straßenbahnen.

Kommentare

Autor	Kommentar
Lukas L. 04.06.2013 12:08 ID:285	Straßenbahnen sprechen aber (nachweislich) viel mehr Bürger an und deren Einzugsradius ist deutlich größer als der von Bussen. Dementsprechend würden bei Umsetzung dieses Vorschlags wieder mehr Bürger ihre Autos benutzen und der Individualverkehr die Stadt überrollen.
Rainer 04.06.2013 19:00 ID:301	Das Gegenteil ist richtig. Bei größerem Fahrgastaufkommen ist die Straßenbahn eindeutig wirtschaftlicher als der Bus, da dieser viel personalintensiver ist. Im ÖPNV sind die Personalkosten aber der größte Kostenblock. Wenn hier von "horrenden Kosten" gesprochen wird, sind wahrscheinlich einmalige Investitionen gemeint. Investitionen in Gleise/Fahrzeuge halten die laufenden Kosten jedoch niedrig.
GS 04.06.2013 19:24 ID:303	Straßenbahnen verursachen zudem sehr hohe Instandhaltungskosten für die Gleise und die Wagen selbst. Bei niedrigen Verkehrsaufkommen oder zu Randzeiten wäre eine Umstellung auf Busse zu erwägen.
Armin H. 09.06.2013 00:09 ID:345	Zwar mögen Busse günstiger sein, wenn die Straßenbahninfrastruktur erst noch erschaffen, oder erneuert werden muss, und durch die geringere Passagierzahl pro Fahrzeug ergeben sich höhere Taktungen, als auch mehr Arbeitsplätze. Aber in die Zukunft gedacht, wenn irgendwann der vollständige Abschied von fossilen Brennstoffen ansteht, dürfte die Straßenbahn jedoch wieder günstiger werden.
Fuß und Rad 11.06.2013 18:57 ID:423	Straßenbahnen und Busse, d.h. ÖPNV weiter ausbauen. Straßenbahnen sind leistungsfähiger und gerade auf längeren Strecken z.B. von Seeheim angenehmer und schneller als Busse.

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stand 20.01.2014

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt betreibt eigene Kindertageseinrichtungen und fördert die Kindertageseinrichtungen der Kirchen und der freien Träger. Darüber hinaus werden Spiel- und Bolzplätze, Spielräume und Jugendeinrichtungen angeboten und gefördert sowie Familien bei der Erziehung der Kinder durch verschiedene Angebote beratend, begleitend oder auch finanziell unterstützt.

Leistungen

- Städtische Kindertageseinrichtungen: 45
- Spielplätze: 103
- Bolzplätze: 30
- Städtische Jugendeinrichtungen: 10

Statistik

Seitenaufrufe	2138
Ideen	12
Kommentare	15
Stimmen	622

Ausgabevorschlag

#334 :ErzieherInnen leistungsgerecht bezahlen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
TineTippel	10.06.2013 15:37	+88 - 1 = 87	334

und nicht mit Abwehrhaltung abspeisen. So bekommt die Stadt keine neuen Kita-Fachkräfte, die so dringend benötigt werden. Ich würde gerne zurück nach Darmstadt kommen, aber so kann davon leider niemand leben. Wertschätzung sieht anders aus, bewegt euch endlich!!

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0354

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratevorlage vom 03.09.2013:

Die städtischen Erzieher und Erzieherinnen werden gemäß den tariflichen Bestimmungen (SuE) bezahlt. Es werden jedoch zusätzliche Leistungen seitens der Stadt bereitgestellt, so z.B. bei Neueinstellungen - Festvertrag (sofern Probezeit erfolgreich absolviert wird), Sozialberatung und Gesundheitsmanagement, Jobticket und Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen bei Bedarf sowie die Möglichkeit der Qualifizierung im Rahmen der Aus- und Fortbildung.

Einige Umlandkommunen zahlen aktuell übertariflich.

Bereits 2012 wurde das Thema einer übertariflichen Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern für die Beschäftigten der Wissenschaftsstadt Darmstadt aufgegriffen. Hierbei ergäbe sich eine haushalterische Mehrbelastung von 750.000 Euro im Jahr. Die Berechnung geht von der Anhebung der „Vergütung“ um eine Stufe bei den ErzieherInnen, bei der Leitung um jeweils 80 Euro, aus.

Im Rahmen der aktuellen Diskussion Bürgerhaushalt wurde zudem geprüft, welche Mehrkosten der Stadt außerhalb der eigenen Beschäftigtenstruktur entstehen, etwa durch analoge Anwendung der Vergütungsstruktur bei den kirchlichen und freien Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen. Hier zahlt die Stadt im Rahmen der Bezuschussung der Träger (75%, 85%, 100%) ebenfalls Personalkosten für das dort eingesetzte Personal. Allerdings ist die Ermittlung dieser Mehrbelastung aufgrund der Fülle der Träger aufwendig, so dass hier kein abschließender Wert benannt werden kann. Eine grobe Berechnung ergibt weitere Mehrkosten in Höhe von 400.000 Euro pro Jahr. Auch wenn es dringend notwendig ist, die Arbeit der ErzieherInnen durch eine bessere Vergütung wertzuschätzen, so ist dies über die TarifvertragspartnerInnen zu vereinbaren.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0354:

- Ausschuss für Soziales

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=221410100360&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:02 ID:491	Unbedingt!!! ErzieherInnen sind schon immer völlig unterbezahlt. Auch männliche Erzieher sind dringend nötig und werden sich nur finden, wenn die Bezahlung der hohen Verantwortung von ErzieherInnen gerecht wird!!!

Einsparvorschlag #240 :Mehr Hortplätze

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Nicole Pinto	29.05.2013 11:03	+56 - 3 = 53	240

Wir benötigen dringend ein besseres Angebot zur Betreuung nach der Schulzeit.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0292

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Der Ausbau der Betreuungsangebote nach der Schule wird vom Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt nachhaltig unterstützt. So hat die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2012 den Umfang der Ausbauplanung der Schulkindbetreuung bis 2016 beschlossen (MV 2012/0180).

Die Zielsetzung ist, bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2016 für 45 % der Schülerinnen und Schüler an Darmstädter Grundschulen ein Betreuungsangebot zu schaffen. Gemäß des Beschlusses der Koalition und mit Blick auf die Entwicklung der Ganztagschule findet kein Ausbau von Hortplätzen statt.

Die Mehr-Kosten der Ausbauplanung sind bis Haushaltsjahr 2015 berechnet. Gesamtvolumen in 2015: rd. 1,4 Mio.€:

Basierend auf den offiziellen Schülerzahlen (LUSD-Daten Schuljahr 2011/2012) erfordert dieses Ziel, ausgehend vom Ansatz 2013, Folgekosten bis zum Jahr 2016 in Höhe von 576.000.- € und ist verbunden mit einer Erhöhung der Platzkapazität um 343 Plätze jährlich. Bei der Ausbauplanung der Schulkinderbetreuung folgen wir der sozialräumlichen Betrachtung und priorisieren folgende Grundschulstandorte

- Erich Kästner-Schule
- Goetheschule
- Heinrich-Hoffmann-Schule
- Wilhelm-Hauff-/Ludwig-Schwamb-Schule

Da die aktuellen räumlichen Kapazitäten an diesen Schulen für die geplanten Erweiterungen der Betreuungsangebote nicht ausreichen, sind bauliche Maßnahmen (nur für Betreuungszwecke) mit einem geschätzten Investitionsvolumen von mindestens 4 Mio. € erforderlich.

Zur Durchführung und Organisation der Betreuungsangebote sind freie Träger der Jugendhilfe durch Leistungsverträge beauftragt. Die Kostenbeiträge sind an die jeweils aktuellen Hortbeiträge gekoppelt und dürfen diese nicht überschreiten.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0292:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013

Beschluss der **Stadtverordnetenversammlung** vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220209100297&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Philipp Stolzenberg (Moderation) 29.05.2013 11:07 ID:244	Vielen Dank für Ihren Beitrag! Versuchen Sie doch Ihre Idee noch etwas zu konkretisieren und zu begründen. Die Chancen für Ihren Vorschlag sind in der Abstimmungsphase dann deutlich höher.
Carmelita 05.06.2013 14:15 ID:306	Konkrete Idee: Ausbau der bestehenden Horte solange das Konzept "Ganztagsschule" nicht funktioniert. Die Schulen platzen schon aus allen Nähten, umso wichtiger ist es, die Infrastruktur der Horte zu nutzen. Container und zusätzliches Personal wäre eine Idee. Solange die Not dermaßen groß ist, spricht auch nichts gegen neue Horte an sich. Sinnvolle Staffelpreise wären ein Weg, Geld zu sparen.

Einnahmenvorschlag #295 :Staffelpreise Kinderbetreuung

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Carmelita	05.06.2013 14:17	+58 - 7 = 51	295

Staffelpreise für die Kinderbetreuung. Gutverdiener können etwas mehr bezahlen (und zahlen bei Tagesmüttern und Kinderfrauen eh viel höhere Preise). Zusätzliche Einnahmen daraus können in eine verbesserte Betreuung investiert werden.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0353

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Bei der Erhebung einkommensabhängig gestaffelter Elternentgelte (die für städtische und kirchliche Einrichtungen sowie AWO, ASB und Educare gelten würden, weil 100%- Finanzierung durch Stadt) wäre eine aufwändige Einkommensprüfung in jedem Einzelfall unumgänglich. Hierfür ist zwangsläufig zusätzliches, qualifiziertes Personal notwendig. Um unter dieser Voraussetzung dennoch Mehreinnahmen erzielen zu können, die evtl. „in eine verbesserte Betreuung investiert werden könnten“, müssten zunächst die zu erwartenden zusätzlichen Kosten gedeckt werden. Dies hätte zur Folge, dass die Entgelte – trotz Staffelung – in ihrer Gesamtheit unverhältnismäßig stark angehoben werden müssten. Hinzu kommt, dass die Träger, die nicht zu 100% von der Stadt finanziert werden (50% der Einrichtungen) diese Regelung nicht übernehmen müssen.

Trotzdem wird das Sozialdezernat in die Materie einsteigen und die Einführung von Staffelpreisen vertieft prüfen.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0353:

- Ausschuss für Soziales

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschlusse_details.php?vid=221110100359&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Einsparvorschlag #186 :Besonderer Städtischer Flohmarkt

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	16.05.2013 21:26	+42 - 3 = 39	186

Was lagert alles in Rathausarchiven, in Schulkellern oder im Theater an Kapazitäten ? Es gibt viele Bürger, die sich für alte "Schätze" interessieren. Auf diesem Flohmarkt, könnten u.a. alte Schultische, Stühle, alte Schulkarten, alte Stempel verkauft oder versteigert werden. Erlös für Kindergärten und Schulen.

Kommentare

Autor	Kommentar
dabei sein e.V. 27.05.2013 10:26 ID:224	... was lagert alles im Keller des Justus-Liebig-Hauses?
Tanja 29.05.2013 13:37 ID:245	Ich denke, das diese Dinge schon deshalb regelmäßig aussortiert werden, da überall Platzmangel herrscht. Und wenn Einrichtungen es wirklich nicht schaffen (aus welchen Gründen auch immer...), den "alten Kram" auszusortieren und zu entsorgen, werden sie sich erst recht nicht die Mühe machen, ihn über einen Flohmarkt zu verkaufen ;-).
Franco 09.06.2013 07:38 ID:349	Eine und zwar öffentliche Versteigerung wäre in Ordnung. Macht Spaß und bringt, zwar nicht viel, aber doch etwas Geld. Gilt auch für Dienstwagen, E-Bikes und größere Gegenstände, also alles bewegliche Vermögen.

Einsparvorschlag #323 :Wohnraum dringend gesucht !

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	09.06.2013 21:05	+45 - 10 = 35	323

Statt Rathausbau Kauf der Konversionsflächen Jefferson und Lincoln. Mit den Flächen 9,2 ha und 24,2 ha ergäbe sich mit den geschätzten 110 Mio € für die Verhandlungen mit der BimA ein Diskussionsansatz von ca. 329 €/m² und für die direkte Nutzung der Bauten, Einrichtung und Flächen für den angespannten Wohnungsmarkt ist sicher mehr Bürger-Lob zu gewinnen als für ein weiteres "Denkmal".

Einsparvorschlag

#331 :Sozialraumorientierte Ausrichtung des Jugendamtes (des ASD)

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
geronto2002	10.06.2013 13:05	+26 - 2 = 24	331

Sozialräumliche Angebote erreichen die Bürger einfacher und ohne Barriere/Hürden , die oft bei Hilfen des Jugendamtes bestehen. Der bestehende Hilfskatalog aus professionellen Hilfen ist auch häufig den Bedarfen nicht angemessen und oft auch zu teuer. Präventiv angewandte niederschwellige Hilfen im Sozialraum hätten frühzeitig eine Eskalation verhindern können. Hamburg hat hier sehr gute Erfahrungen bei denen auch eine deutliche Kostenreduktion möglich war gemacht. Ein umdenken des Jugendamtes und auch der Träger der Hilfe zur Erziehung müsste hierbei erfolgen. Zu Beginn könnten Bildungsangebote ein Einstieg sein Sozialräume besser zu versorgen.

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 10.06.2013 17:41 ID:400	Ein sehr gute Vorschlag und ein richtiger Ansatz! Allerdings nehme ich im Vergleich zu anderen Kommunen wahr, dass die Stadt Darmstadt hier bereits auf gutem Wege ist: u.a. Förderung der Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Quartieren, Stadtteilentwicklung durch "Soziale Stadt". Aber sicherlich gibt es immer noch einiges auszubauen!

Einnahmenvorschlag #328 :Junge Familien in der Region halten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	10.06.2013 10:53	+35 - 12 = 23	328

Eigentum wird in Darmstadt von jungen Familien verstärkt nachgesucht. Der Markt bietet kaum Angebote. Statt der Anhäufung vieler Sozialwohnungen würden familiengeeignete Eigentumswohnungen diesen Markt besser bedienen, den übergroßen Nachfragedruck senken und den ansässigen Unternehmen die Chance bieten, Fach- und Nachwuchskräfte in der Region zu halten.

Ausgabevorschlag

#351 :Gemeinwesenarbeit/Gemeinschaftshäuser finanzieren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Bürgerin	12.06.2013 16:01	+31 - 9 = 22	351

"Wer Gemeinschaft will, muss Orte für Gemeinschaft schaffen." In Darmstadt wurden diese Orte geschaffen und wir setzen uns dafür ein, dass diese im Haushalt in die Regelfinanzierung gestellt werden. Diese Orte sind: Gemeinschaftshäuser und Stadtteilwerkstätten, die in den Stadtteilen Arheilgen, Waldkolonie, Pallaswiesenviertel, Eberstadt Süd und Kranichstein der Bürgerschaft zur Verfügung stehen. Wir treffen uns dort in unseren Gruppen, um uns Gedanken über ein gelingendes Gemeinwesen zu machen und danach zu handeln, wir erlernen hier die deutsche Sprache zusammen mit unseren Kindern, wir kochen mit jung und alt zusammen, wir können unsere Familienfeiern in Abstimmung hier feiern. Es ist ein Treffpunkt im Quartier und diese Arbeit muss auf finanziell sichere Beine gestellt werden und bleibe

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 12.06.2013 23:47 ID:447	Da ich selbst lange Erfahrung in der Gemeinwesenarbeit und in der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern in Stadtteilen habe und die positiven Wirkungen dieser Arbeit kenne, kann ich diesen Vorschlag 100% unterstützen. Es ist auch sehr positiv, dass dieser Vorschlag aus der Bürgerschaft selbst kommt. Bravo!
Elisabeth 13.06.2013 09:13 ID:449	Ich kann diesem Kommentar voll und ganz zustimmen! Diese Orte der Begegnung, sind ebenso die Schnittstellen zwischen den Bürger_innen und Menschen einer Stadt und der Stadt selbst, dem Politischen. Darmstadt will die Beteiligung von Bürger_innen, will, dass sie sich engagieren, und das beginnt in der Nachbarschaft, in der ganz konkreten Gemeinschaft!

Ausgabevorschlag #222 :Inklusive Ferien- und Freizeitmöglichkeiten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jugend	23.05.2013 13:37	+23 - 6 = 17	222

Inklusive Ferien- und Freizeitmöglichkeiten anbieten.

Einsparvorschlag #292 :Kindergärten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 22:30	+12 - 26 = -14	292

Schönheitsreparaturen von Kindergärten durch Elterninitiativen. Eigeninitiative der Eltern in Bezug auf die Ausstattung der Kindergärten fördern. Herrichtung und Betreuung der Außenanlagen der Kindergärten an Elterninitiativen übertragen.

Ausgabevorschlag #335 :Windelmüll separat abholen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
CWachter	10.06.2013 21:32	+8 - 43 = -35	335

Wie in anderen Gemeinden könnte auch in Darmstadt der Windelmüll separat vom Hausmüll abgeholt werden. Dies würde es Familien ersparen, sich bei den Nachbarn für volle Mülltonnen durch Windelmüll zu rechtfertigen. Die zusätzlichen Kosten könnten durch Umlage auf alle Müllgebühren abgefangen werden.

Einsparvorschlag

#336 :Kontrollbesuch bei frisch gebackenen Eltern abschaffen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
CWachter	10.06.2013 21:38	+15 - 61 = -46	336

Alle frisch gebackenen Eltern, die dem nicht widersprechen, werden nach der Geburt eines Kindes besucht. Der Vorwand ist das Überbringen eines (guten) Infoordners, die Kontrollabsicht ist aber klar. Dies erscheint mir überflüssig, da durch Geburtsvorbereitung, Klinikaufenthalt, Hebammenbetreuung, verpflichtende U-Untersuchungen, Familienangebote im Familienzentrum und natürlich dem Jugendamt keine Betreuungslücke besteht. Die hierfür aufgewendeten Mittel können entweder eingespart oder für andere Zwecke (siehe meinen Vorschlag zum "Separaten Abholen des Windelmülls") besser eingesetzt werden.

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:00 ID:489	Ich halte diese Besuche für sehr gut. Allerdings müssen die Besuchenden ausreichend ausgebildet sein, um eben nicht den Eindruck einer übergriffigen Kontrolle zu vermitteln, sondern das, was gedacht ist: Eine Möglichkeit, auf kurzem Weg Unterstützung zu erhalten oder Informationen über weitergehende Unterstützungsmöglichkeiten!

Natur- und Landschaftspflege

Stand 20.01.2014

Neben den „klassischen“ Aufgaben wie der Bereitstellung und Pflege öffentlicher Grünanlagen, Parks und Freiflächen, der Bewirtschaftung des Stadtwaldes, der Arbeit als untere Forstbehörde sowie Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes gehört auch das Friedhofs- und Bestattungswesen zu diesem Produktbereich.

Statistik

Seitenaufrufe	2134
Ideen	18
Kommentare	25
Stimmen	1175

Einsparvorschlag

#359 :Bußgelder für uneinsichtige Hundebesitzer

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Ursula	13.06.2013 09:59	+128 - 5 = 123	359

Obwohl ich auch Hundebesitzerin bin, ärgere ich mich über die Menschen, die die Hinterlassenschaften ihrer Hunde nicht entfernen. Es ist so einfach, immer Plastikbeutelchen bei sich zu haben, um schnell Alles zu beseitigen. Eine Möglichkeit, uneinsichtige Hundeausführer zum Umdenken zu bringen, wären unauffällige Kontrolleure, die der Stadt auch Geld einbringen würden.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0238 (Sammelvorlage zu den Ideen #359/13 und #269/13)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Magistrat beschließt die Umsetzung des Vorschlags 269/13.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 17.09.2013:

Das Wegwerfen von Zigarettenkippen, wie auch die Verunreinigungen des öffentlichen Straßenraums mit Hundekot stellt nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie der städtischen Präventionskonvention eine Ordnungswidrigkeit dar, die nach der Präventionskonvention mit einer Geldbuße bis 5.000 € geahndet werden kann. Angemessen wären in diesen Fällen 20 bis 35 €. Ein entsprechender Verwarnungsgeldkatalog, der auch andere Abfälle wie Verpackungen, Flaschen, Dosen, Kaugummis, etc. erfasst, wird derzeit im Dezernat II erarbeitet. Eine erweiterte Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Kommunalpolizei ist dann erforderlich. Vorrangiges Ziel dieser Überwachungstätigkeit ist, ein Mehr an Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt. Es werden dann sicher auch entsprechende Verwarnungsgeldeinnahmen erzielt werden. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen müssen mit den Personal- und Sachaufwendungen gegengerechnet werden. In Anbetracht des hohen Überwachungsaufwands bei abfallrechtlichen Verstößen sind diese Kosten deutlich höher anzusetzen wie die erzielbaren Mehreinnahmen. Konkret können bei einer Umsetzung der Maßnahme Mehreinnahmen in Höhe von 24.150 €/28.750 € erwartet werden. Hinsichtlich des Wegwerfens von Zigarettenkippen ist nach einem Vorschlag der Verwaltung ein Verwarnungsgeld in Höhe von 25 € je Verstoß vorgesehen. Bei angenommenen fünf pro Tag festgestellten und zu ahndenden Verstößen ergibt dies für 230 Arbeitstage im Jahr einen zusätzlichen Ertrag von ca. 28.750 €. Bezüglich der Verunreinigung des öffentlichen Raumes mit Hundekot ist ein Verwarnungsgeld in Höhe von 35 € angedacht. Geht man davon aus, dass pro Arbeitstag drei Verstöße geahndet werden, so ergibt dies bei 230 Arbeitstagen im Jahr einen zusätzlichen Ertrag von 24.150 €.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0238:

- Ausschuss für Sport und Gesundheit am 26.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222207100238&nid=ni_2013-Mag-344&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Hildegard 13.06.2013 12:55 ID:466	Ich bin Hundebesitzer und finde es wichtig den Hundekot wegzuräumen. Allerdings würde ich mir wünschen, dass Abfalleimer dafür vorhanden wären. Ich finde es nicht toll, immer mit meiner Hundekottüte rumlaufen zu müssen. Ich wohne in Arheilgen und an der Wiese beim Aldi und auf dem Weg neben der Bahn befindet sich keine Möglichkeit die Hundekottüten zu entsorgen.

Einsparvorschlag #330 :Luft zum Leben

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	10.06.2013 12:34	+77 - 16 = 61	330

Jedes Kind lernt: Bäume und Pflanzen sorgen für gute Luft, in stickigen Räumen wie mitten in der Großstadt. Umwandlung von CO² in O² mittels Photosynthese ist Schulstoff. Eine große Buche erbringt z.B. einen Nettoertrag von ca. 1,7 kg O² pro Stunde – genug, um den Sauerstoff-Bedarf von ca. 50 Menschen vor Ort für eine Stunde zu decken. Deshalb Bäume erhalten und nicht fällen – O² aus fernen Aufforstungsgebieten kommt nicht zu uns und Zertifikate kann man nicht atmen.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0341

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat stimmt dem Vorschlag vermehrt Baumpflanzungen im Stadtgebiet anzustreben sowie einer weiteren Förderung von Baumneupflanzungen durch das Umweltamt zu und nimmt den Bericht des Grünflächenamtes zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 04.10.2013:

Stellungnahme der Verwaltung

Die Erhaltung des Baumbestandes in der Stadt ist Daueraufgabe des Umwelt- und des Grünflächenamtes. Bäume beleben und gliedern das Stadtbild, sie sichern die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und dienen der Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen (bspw. Lärm und Luftverunreinigung). Dies sind einige der Gründe, die die Wissenschaftsstadt Darmstadt veranlassten, eine Satzung zum Schutz von Bäumen zu erlassen: Wenn ein Baum weichen muss, muss nach der Baumschutzsatzung der Wissenschaftsstadt Darmstadt Ersatz gepflanzt werden.

Das Umweltamt der Wissenschaftsstadt Darmstadt schützt Bäume und unterstützt ihre Neupflanzung durch Dritte. Jedes Jahr werden zahlreiche Neupflanzungen von Bäumen auf privaten Flächen durch Bürger, Vereine oder Unternehmen mit Mitteln aus dem Aufkommen der Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung gefördert. Diese Maßnahmen tragen wesentlich zur Erhaltung und Verbesserung des Stadtklimas und insbesondere der klimatischen Verhältnisse im innerstädtischen Bereich bei.

Auch auf den öffentlichen Flächen der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden kontinuierlich Baumpflanzungen realisiert. Im Bereich des Westwaldes werden bspw. umfangreiche Aufforstungsmaßnahmen vom Grünflächenamt durchgeführt. Am Dornheimer Weg gibt es bisher drei Kulturflächen, die bereits in den Jahren 2006/2007 angelegt wurden. Direkt nördlich des Dornheimer Weges liegt die jüngste dieser Kulturen mit Kiefern und Linden als Nebenbaumart (ca. 2,5 ha Fläche). Südlich des Dornheimer Weges besteht eine große Kiefern- Kultur (ca. 5 ha Fläche), sowie eine kleinere Fläche im Westen mit Kiefern und Linden (ca. 1,3 ha Fläche). Diese Kulturen können mittlerweile als gesichert angesehen werden.

An der Teufelshölle wurde in den Stadtwaldabteilungen 356 und 359 im Jahr 2012 auf insgesamt 7,7 ha in sich auflösenden Kiefernbeständen ein Voranbau mit 2300 Linden und 400 Douglasien ausgeführt.

Im Bereich des Waldfriedhofes, südlich des Dornheimer Weges sind in den Stadtwaldabteilungen 328 sowie 329 auf insgesamt 5,3 ha weitere Kulturflächen für den Herbst / Winter 2013/2014 mit insgesamt 27.200 Bäumen (Kiefern, Hainbuchen und Kirschen) geplant.

Ab 2017 / 2018 werden – nach heutigem Schadensstand - weitere 11,25 ha Kulturflächen nördlich des Dornheimer Weges in den Stadtwaldabteilungen 330, 331 und 337 neu bepflanzt.

Im besiedelten Gebiet der Stadt werden jährlich ca. 100 Bäume neu gepflanzt. Dies sind überwiegend neue Straßenbäume, die in den zurückliegenden Jahren im Zusammenhang mit neuen Verkehrsvorhaben wie dem Straßenbahnbau in Arheilgen entlang der Frankfurter Landstraße, in Neubaugebieten wie dem Baugebiet A 24 "Ötterstädter Weg" und K 6.1 "Kranichstein Süd-West" sowie im Zuge von Straßenumgestaltungen wie der Messeler Straße gesetzt wurden. In den nächsten Jahren stehen weitere Baumpflanzungen insbesondere im Baugebiet E 44 "Wolfhartweg" und bei Umgestaltungen wie in der Grafenstraße im Stadtzentrum an.

Der Magistrat empfiehlt, die Möglichkeiten zu Neupflanzungen von Bäumen im öffentlichen Raum bei allen Sanierungsmaßnahmen an Straßen und Plätzen intensiv zu prüfen und wo immer Baumpflanzungen mit vertretbarem technischen Aufwand möglich sind, diese mit Vorrang zu betreiben.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0341:

- Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit am 26.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220410100347&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Einnahmenvorschlag #269 :Zigarettenkippen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
JG2013	04.06.2013 10:40	+82 - 28 = 54	269

Strafe für Zigarettenstummel auf der Straße statt Mülleimer

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0238 (Sammelvorlage zu den Ideen #359/13 und #269/13)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Magistrat beschließt die Umsetzung des Vorschlags 269/13.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 17.09.2013:

Das Wegwerfen von Zigarettenkippen, wie auch die Verunreinigungen des öffentlichen Straßenraums mit Hundekot stellt nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie der städtischen Präventionskonvention eine Ordnungswidrigkeit dar, die nach der Präventionskonvention mit einer Geldbuße bis 5.000 € geahndet werden kann. Angemessen wären in diesen Fällen 20 bis 35 €. Ein entsprechender Verwarnungsgeldkatalog, der auch andere Abfälle wie Verpackungen, Flaschen, Dosen, Kaugummis, etc. erfasst, wird derzeit im Dezernat II erarbeitet. Eine erweiterte Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Kommunalpolizei ist dann erforderlich. Vorrangiges Ziel dieser Überwachungstätigkeit ist, ein Mehr an Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt. Es werden dann sicher auch entsprechende Verwarnungsgeldeinnahmen erzielt werden. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen müssen mit den Personal- und Sachaufwendungen gegengerechnet werden. In Anbetracht des hohen Überwachungsaufwands bei abfallrechtlichen Verstößen sind diese Kosten deutlich höher anzusetzen wie die erzielbaren Mehreinnahmen. Konkret können bei einer Umsetzung der Maßnahme Mehreinnahmen in Höhe von 24.150 €/28.750 € erwartet werden. Hinsichtlich des Wegwerfens von Zigarettenkippen ist nach einem Vorschlag der Verwaltung ein Verwarnungsgeld in Höhe von 25 € je Verstoß vorgesehen. Bei angenommenen fünf pro Tag festgestellten und zu ahndenden Verstößen ergibt dies für 230 Arbeitstage im Jahr einen zusätzlichen Ertrag von ca. 28.750 €. Bezüglich der Verunreinigung des öffentlichen Raumes mit Hundekot ist ein Verwarnungsgeld in Höhe von 35 € angedacht. Geht man davon aus, dass pro Arbeitstag drei Verstöße geahndet werden, so ergibt dies bei 230 Arbeitstagen im Jahr einen zusätzlichen Ertrag von 24.150 €.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0238:

- Ausschuss für Sport und Gesundheit am 26.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222207100238&nid=ni_2013-Mag-344&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
U.R. 04.06.2013 11:55 ID:283	Verschmutzung öffentlicher Wege ist selbstverständlich bereits mit einem Ordnungsgeld belegt. Nur läuft nicht hinter jedem Raucher ein Mitarbeiter des Ordnungsamts... Das einzige Problem ist hier nur das Erwischtwerden...
Franco 09.06.2013 08:12 ID:361	Stimmt. Zigaretten und ausgespuckte Kaugummis sind an der Tagesordnung. Erwischen ist kein Problem, wenn ich durch die Stadt laufe, sehe ich immer welche, die eine Kippe wegwerfen, dito aus dem Auto.
Fuß und Rad 10.06.2013 23:44 ID:410	Rauchverbot auf Kinderspielplätzen!

Ausgabevorschlag

#311 :Wanderweg vom Marktplatz zur Darmbachquelle - "Ostparkweg"

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Clemens Wagner	07.06.2013 11:13	+65 - 45 = 20	311

Kurzbeschreibung. Nach reichlichen Investitionen für den Auto- und Fahrradverkehr sollen von der neuen Stadtregierung mehr fußgängergerechte Wege geschaffen werden. Mein Vorschlag beschreibt einen sicheren Weg, der speziell den Fuß- und Spaziergängern unserer Stadt gewidmet ist. Der Wanderweg bekommt einen Namen, evtl. "Ostparkweg". Er beginnt am Marktplatz und geht bis zur Darmbachquelle. (Siehe auch Anlage) Für Planung und erste Realisierungsschritte sollen Mittel im Haushalt 2014 eingestellt werden.

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 13.06.2013 14:25 ID:471	Ein sehr interessanter Vorschlag im Sinne einer fußgängerfreundlichen Stadt! Besonders gefällt mir die Verbindung der Innenstadt mit ihren "grünen Lungen" drumherum. Die damit verbundenen Ziele wie Hofgut Oberfeld, Oberwaldhaus (neuer Spielplatz, Bootsverleih, Ponyreiten, Ausflugsstätte) auf der einen Seite und Darmbach, Fischerhütte und Darmbachquelle auf der anderen sind sehr lohnenswert.
Chris 13.06.2013 14:46 ID:472	Diese Idee ist sehr gut! Im Osten der Stadt liegt einiges im Argen. Der ungenutzte Teil der eingezäunten TSG Sportflächen, sollten den Bürgern (bzwFußgängern und Kindern) zugänglich gemacht werden. Und überhaupt: es ist vollkommen richtig dass die Stadt viel mehr Lebensqualität für ihre Bürger generieren kann, indem sie mehr für Fußgänger und Radfahrer macht und deren Interessen vertritt.

Einnahmевorschlag #305 :Knöllchen für Hundekacke!

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Sparbrötchen	06.06.2013 15:47	+69 - 58 = 11	305

Anstatt nur Falschparker abzukassieren sollten die Kontrolleure vom Ordnungsamt Grünanlagen und Spielplätze besser überwachen und von Hundehaltern, deren Vierbeiner sein Geschäft dort erledigt, ordentlich Strafen kassieren. Die Hinterlassenschaften von Hunden sind eklig! Von den Einnahmen kann wiederum die Grünpflege verbessert werden!

Kommentare

Autor	Kommentar
Richard Jordan 09.06.2013 22:07 ID:379	Warum kann man nicht sämtliche Kosten, die für die Beseitigung von Hundehaufen anfallen auf alle Hundebesitzer umlegen?

Einnahmeverschlag

#266 :Kontrollen in den Fußgängerzonen und öffentlichen Ruhezeiten optimieren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Klaus	04.06.2013 08:54	+34 - 31 = 3	266

Die Fußgängerzonen besser kontrollieren um die Radfahrer und unberechtigten PKW/Lieferwagen mit einer Gebühr belegen für das falsche einfahren in und durch diese Zonen. Auch sollte das benutzen von Radwegen in der falschen Richtung mehr geahndet werden. Die Hunde- und Pferdebesitzer mehr auf die Hinterlassenschaften ihrer Lieblinge aufmerksam machen und dafür auch mal Busgelder ausstellen. Hier ist mir besonders die Umgehung des Oberfeldes ins Visier geraten, seit die Domäne Oberfeld zum Ausflugsziel mutiert ist. Das gleiche gilt auch für die Kinderspielplätze.

Kommentare

Autor	Kommentar
U.R. 04.06.2013 11:46 ID:282	Absolute Zustimmung! Leider ist das (mit Ausnahme der Fußgängerzone, da sich hier die "Übeltäter" komprimieren) sehr personalintensiv. Aber man könnte ja in der Fußgängerzone durchaus mal anfangen...
Franco 09.06.2013 08:09 ID:360	e konträr. Förderung der Radler. Extremradler persönlich auf ihr Verhalten aufmerksam machen, selbst wenn ich keine befriedigende Antwort erhalte. Wenn aber jedesmal 4-5 Bürger den Extremradler zur Rede stellen, ändert sich was.

Einsparvorschlag #289 :Ganzjahresbepflanzung

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 21:47	+32 - 29 = 3	289

Umstellung von saisonal wechselnder Bepflanzung bei öffentlichem Grün und Parkanlagen auf Ganzjahresbepflanzung.

Einsparvorschlag #300 :Essbare Stadt

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
R.S.	05.06.2013 22:27	+53 - 50 = 3	300

Die Stadt Andernach gibt nur noch 10% ihrer ursprünglichen Kosten für die Pflege der Grünflächen aus, weil sie auf den Flächen Nutzpflanzen anbaut die kostenlos von den Bürgern geerntet werden können - die Flächen müssen nicht jedes Jahr neu bepflanzt werden und lassen Platz für Bürgerengagement in den Stadtteilen.

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 20:14 ID:500	Sehr gute Idee! Unbedingt unterstützenswert! Hat noch viele "Nebenwirkungen" wie Zusammenhalt stärken, Freude teilen etc.

Einsparvorschlag

#308 :Ehrengräber Sponsor_innen finden

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Mathilde	07.06.2013 10:18	+22 - 19 = 3	308

Für Pflege und Erhalt von Ehrengräbern Bürger_innen finden, die sich engagieren möchten entweder durch Arbeit oder Geld

Einsparvorschlag #358 :Mehr Abfallbehälter in Arheilgen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Ursula	13.06.2013 09:58	+19 - 16 = 3	358

Leider gibt es in Arheilgen sehr wenig Abfallbehältnisse, z.B. an Bänken und in den Grünanlagen. Die Mitarbeiter der Straßenreinigung picken die Abfälle dort einzeln auf. Die vorhandenen Abfallkörbe werden doch offensichtlich genutzt. Es wäre weniger Arbeit , diese Behältnisse zu leeren, als den Müll einzeln aufzusammeln. Dies könnte eine Zeitersparnis sein.

Ausgabevorschlag #247 :Zier- und Nutzpflanzenfläche

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
gmx	31.05.2013 09:59	+9 - 7 = 2	247

Generierung: Zier- und Nutzpflanzenfläche.

Kommentare

Autor	Kommentar
Klaus 04.06.2013 08:40 ID:261	Hier könnte man den Bürgern die Möglichkeit eröffnen Nutzgärten anzulegen und damit die Pflege der öffentlichen Flächen von der Stadt auf die Nutzer zu legen

Einsparvorschlag

#310 :Bürger_innen in der Grünanlagenpflege einbinden

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Mathilde	07.06.2013 10:22	+22 - 20 = 2	310

Bürger_innen könnten für Teile der öffentlichen Grünanlagen in Wohnortnähe die Pflege übernehmen. Wahrscheinlich wäre es sinnvoll einen Plan mit zusammenhängenden Gebieten dafür zu erstellen damit das kein Kleinstflickenteppich wird sondern zusammenhängende Flächen aus der städtischen Betreuung genommen werden können.

Einsparvorschlag #194 :Mülleimer öfter leeren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Katharina	17.05.2013 08:16	+21 - 22 = -1	194

Die Mülleimer öfter leeren. Hier ist die Stadt gefordert, dafür zu sorgen, dass die Grünanlagen gepflegt aussehen. Wenn Freitag schönes Wetter ist, liegt über's Wochenende der Dreck neben den übergelaufenen Eimern. Im Herrngarten sind hauptsächlich Studenten und Mütter mit Kindern unterwegs, die bestimmt keine Geldspende für Mülleimer geben.

Kommentare

Autor	Kommentar
SC 19.05.2013 11:16 ID:194	Sehe ich anders, wer seinen Müll mitbringt, den großen meine ich wie zB die Pizzaschachtel, nicht die Bananenschale sollte motiviert werden diesen auch wieder mit zu nehmen. Denn dann bräuchten wir in Zukunft Container im Herrngarten, weil jeder immer mehr mitbringt und einfach liegen lässt.
M.Krämer 27.05.2013 17:40 ID:230	Widerspruch: In den Parkanlagen handelt es sich fast schon um Party-Müll. Den sollte jeder selbst wieder mitnehmen. Dafür ist die Allgemeinheit doch nicht via Mehrausgaben zum Mülleimerleeren oder für größere Müllcontainer zuständig. In anderen Ländern, z.B. Schweiz funktioniert doch auch die Selbstverantwortung.
Klaus 04.06.2013 08:45 ID:262	Die öffentlichen Containerstellen besser kontrollieren, wie z.B. die Container am Botanischen Garten. Diese werden vorzugsweise von vielen Gewerbetreibenden genutzt um selbst Gebühren zu sparen. Außerdem sieht es meistens aus wie auf einem Schlachtfeld, hier wäre den Anwohnern geholfen, wenn es dafür besondere Schlüssel gäbe, die nur an Privathaushalte ausgegeben würden, wie bei Behinderten Toilet
U.R. 04.06.2013 11:33 ID:278	Das sehe ich - genau wie in den bisherigen Kommentaren geschrieben - völlig anders. Hier ist jeder Müll-Verursacher selber und alleine in die Pflicht zu nehmen! Natürlich müssten dann auch nächtliche Kontrollen der Parkanlagen erfolgen, da hier wohl der meiste Müll "abgelegt" wird.

Einsparvorschlag #270 :Müllvermeidung

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
m.venard	04.06.2013 10:45	+16 - 18 = -2	270

Verbot von Glasflaschen im Herrengarten - nicht bloß am Luisenplatz - es gibt zu viel Scherben!

Kommentare

Autor	Kommentar
Felix Wolber 09.06.2013 14:03 ID:374	Ein Verbot wäre nicht durchsetzbar, ich finde die gerade laufende Aktion zur Müllvermeidung im Herrengarten schon sehr gut und zielführend!

Ausgabevorschlag #198 :Verminderung der Rattenplage

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Freiheit	17.05.2013 15:47	+17 - 22 = -5	198

Alle grünen Abfälle sollten in Tonnen gelagert und kompostiert werden (siehe Finnland). Wer dort öffentlich kompostiert, bekommt eine Mahnung der zuständigen Behörde.

Kommentare

Autor	Kommentar
U.R. 04.06.2013 11:36 ID:279	Wo soll ein Bewohner eines Mehrfamilienhauses seinen Biomüll kompostieren?

Einsparvorschlag #189 :Grünflächen seltener mähen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
SC	16.05.2013 22:14	+25 - 32 = -7	189

Das Straßenbegleitgrün und die Rasenflächen der Parks seltener mähen, würde den Tieren und dem Haushalt gut tun

Kommentare

Autor	Kommentar
Klaus 04.06.2013 08:39 ID:260	Natürlichkeit hat ihren besonderen Reiz, es darf aber nicht zu unkontrolliertem Wachstum führen.
U.R. 04.06.2013 11:41 ID:281	Grundsätzlich würde ich zustimmen, aber diese Flächen sind nicht selten auch - besonders im Frühjahr und Sommer - ein Kreuz für Allergiker. Da sollte man das Blühen gewisser (Un-)Kräuter vermeiden...
Klaus 04.06.2013 12:38 ID:293	Geschieht doch schon, z.B.: in Kranichstein. Die Gräser wachsen dort ca. 80 cm hoch. Im Prinzip ganz schön, nur handelt es sich hier meist um verwilderte Rasenflächen. Habe in Ottobeuren gesehen, da wurden z.B.: Verkehrsinseln oder Grünstreifen zwischen Straße und Geweg mit Sommerblumen eingesät. Dort sind blumenwiesen, die nicht nur Geld sparen sondern auch schön aussehen.
Helmut 12.06.2013 21:23 ID:446	Was für eine Schnapsnidee! Die Grünanlagen und Parkanlagen sind jetzt schon ein Schandfleck für die Stadt. Effizientere Mähorganisation mit den richtigen Geräten wäre die richtige Alternative die sicher auch noch Geld spart. Jede Bergwiese in Bayern und Österreich ist besser gemäht als irgendeine Grünfläche in Darmstadt. Auch Parkanlagen in Amerika sind ein gutes Beispiel wie es gemacht wird.
Elisabeth 13.06.2013 09:17 ID:450	Ich stimme den Kommentaren teils teils zu. Die teilweise Mähung momentan im BÜRGERPARK finde ich zum Beispiel sehr sinnvoll. Mensch hat gemähten Platz, und die Tiere ihren ungeteilten.

Einsparvorschlag #290 :Wirtschaftlichkeit der Bestattungsaufgaben

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 21:56	+5 - 20 = -15	290

Den Aushub von Gräbern auf private Unternehmen übertragen, die direkt mit den Hinterbliebenen abrechnen. Damit entfällt die Vorhaltung kommunaler Gerätschaften, z.B. Bagger. Das Herrichten der Gräber und die Leichenbeförderung innerhalb des Friedhofs privaten Bestattungsunternehmen übertragen.

Einnahmenvorschlag

#190 :Bürger zum Spenden von größeren Mülleimern für die öffentlichen Parkanlagen anr

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
SC	16.05.2013 22:16	+9 - 27 = -18	190

Bürger zum Spenden von größeren Mülleimern für die öffentlichen Parkanlagen anregen Ein großer Mülleimer zB kostet 1000€, wenn 100 Bürger jeder 10€ geben würde, ist schon ein Mülleimer finanziert. Im Herrngarten würde dies vielleicht zu einem sauberem Erscheinungsbild führen.

Sportförderung

Stand 20.01.2014

Der Produktbereich Sportförderung beinhaltet die Förderung von Sportvereinen durch Zuschüsse sowie das Bereitstellen von eigenen Sportanlagen, Sporthallen und Schwimmbädern. Über eine gute Infrastruktur soll die Bevölkerung mit Sportangeboten versorgt und der Schulsport sichergestellt werden. Die Schwimmbäder sind zwar in den Eigenbetrieb Bäder ausgegliedert, die dort entstehenden Verluste schlagen sich jedoch ebenfalls in diesem Bereich nieder.

Leistungen

- Hallenbäder: 4
- Freibäder: 5
- Städtische Sporthallen: 3
- Städtische Sportanlagen: 2

Statistik

Seitenaufrufe	1935
Ideen	12
Kommentare	15
Stimmen	586

Einsparvorschlag #304 :Zusammenarbeit Vereine

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Sparbrötchen	06.06.2013 15:44	+62 - 2 = 60	304

Es gibt so viele Vereine in Darmstadt, von denen viele das Gleiche anbieten. Viele von denen wiederum sind klamm und die Hallen und Anlagen veraltet und für neue ist kein Geld da. Können die nicht besser zusammenarbeiten und so viel Geld sparen? Braucht wirklich jeder Verein jede Sparte, oder kann man da nicht das eine oder andere zusammenlegen? Ist nur eine Idee für die Damen und Herren Vereinsvorsitzenden.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0296 (Sammelvorlage zu den Ideen #304 und #349)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Die Forderung der intensiveren und direkteren Zusammenarbeit der Vereine mit dem Ziel, das sportliche Angebot der Vereine trotz beschränkter Haushaltsmittel langfristig sicherzustellen, ist Bestandteil der Sportentwicklungsstudie und wurde als Teil der Haushaltskonsolidierung von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Der neue Sportkreis ist einzubinden.

Hier kann nur durch entsprechende politische Vorgabe und Argumentationsunterstützung Einfluss geltend gemacht werden. Konkrete Einsparungen können bislang hier vor Beginn des Prozesses nicht veranschlagt werden.

Die Vorschläge sollten im Rahmen der Magistratskommission Sport, im zuständigen Ausschuss für Sport und Gesundheit und mit dem Sportkreis konkretisiert und behandelt werden.

Welche Eingriffsmöglichkeiten die Stadt hat, evtl. auch über zu leistende Zuschüsse, muss im laufenden Prozess erarbeitet werden. Unmittelbar kann die Stadt nicht in die Arbeit und die Ziele der Vereine eingreifen. Die Stadt kann nur moderierend tätig werden.

Trotzdem bleibt, dass bei vielen Sportvereinen auch durch die Lage in den jeweiligen Stadtteilen und der Autonomie, die einem Sportverein durch die Satzung zusteht, durchaus auch gleiche Angebote bei mehreren Vereinen vorgehalten werden. Dies ergibt sich aufgrund der zahlenmäßigen Nachfrage der jeweiligen Spielklassen, durch das Leistungsvermögen und die Standorte der Vereine.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0296:

- Ausschuss für Sport und Gesundheit am 26.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220409100302&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Einsparvorschlag #349 :Förderung von Sportvereinen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Helmut	12.06.2013 11:13	+57 - 4 = 53	349

Ich finde es als Unding dass es Sportvereine mit riesigen Anlagen (z.B. Fussballvereine) gibt die in unmittelbarer Nähe liegen. Beispiel die Vereine in der Kranichsteinerstrasse (TG 1875 und TTSG) liegen in unmittelbarer Nachbarschaft und die Anlagen sind die meiste Zeit nicht genutzt - sicher gibt es noch viele solcher Vereine in Darmstadt. Vereine mit großen Anlagen im Umkreis von ca.2km sollen sich zusammenschließen bzw. zukünftig bekommt nur 1 Verein in diesem Bereich eine Sportförderung der Stadt - dies spart Geld und Sportanlagen werden besser genutzt.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0296 (Sammelvorlage zu den Ideen #304 und #349)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Die Nutzung und Auslastung der Sportanlagen bei den Vereinen wird natürlich wesentlich durch die Abläufe im Alltagsleben im Sinne von Arbeit und Freizeit geprägt. Somit ist es nachvollziehbar, dass zu gewissen Tageszeiten die Nutzung und Auslastung sich höchst unterschiedlich gestaltet.

In Spitzenzeiten während der üblichen Trainingszeiten am Nachmittag für Kinder und Jugendliche und am Abend für die Erwachsenen stellt sich ein deutlich anderes Bild dar, weil dann in aller Regel insbesondere dienstags und donnerstags die Sportplätze durch die Sporttreibenden weitestgehend überall belegt sind. Trotzdem bleibt, dass aus Sicht des Flächen- und Spielfeldmanagements hier engere Kooperationen auch aus Kostengründen angestrebt werden könnten, soweit dies auch durch aktives Zutun und Überzeugung durch die Vereine mitgetragen wird.

Bislang herrscht aber unter den Vereinen insbesondere im Bereich der Fußballvereine eher eine immense Konkurrenz und man befürchtet Nachteile für den konkreten Verein, wenn hier engere Rahmenbedingungen für den jeweiligen Verein getroffen werden. Die Entwicklung und der Ausbau von mehr Kinder- und Jugend- und Erwachsenenmannschaften ist dann grundlegend in Frage gestellt und auch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit, Leistungsorientierung und Zielsetzung der jeweiligen Vereine müssen berücksichtigt werden. Die Stadt Darmstadt ist hierbei sowohl dem Breitensport, aber auch gleichzeitig der Leistungsorientierung und dem Leistungssport verpflichtet und muss diese Abhängigkeit von den Zielsetzungen der Vereine nach den Sportförderrichtlinien gleichsam fördern. Grundlegend ist es sicherlich sinnvoll und hilfreich, dies im Rahmen der Sportentwicklung Stadtteil für Stadtteil mit den unterschiedlichen Angeboten und fachlichen Ausrichtungen der Sportvereine unter deren Beteiligung zu prüfen und hier nach Lösungsmöglichkeiten im Sinne der Optimierung der Auslastung der Sportgelände zu suchen.

Das Anliegen soll in fachlicher Zuständigkeit durch die Magistratskommission Sport und im Rahmen der fachlichen Vorgaben der Sportförderrichtlinien und der Zielsetzungen der Sportentwicklung durch den Ausschuss Sport und Gesundheit thematisiert und ggf. mit Beschlusslagen versehen werden.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0296:

- Ausschuss für Sport und Gesundheit am 26.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220409100302&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Einsparvorschlag

#239 :Öffnungszeiten während Schlechtwetterphasen optimieren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Karin	29.05.2013 08:51	+43 - 5 = 38	239

Es gibt immer wieder länger andauernde Schlechtwetterphasen. Das solarbeheizte Schwimmbad in Eberstadt weist dann Wassertemperaturen auf, die nur noch Hartgesottene oder einen harten Kern zum Schwimmen einlädt. Meiner Meinung nach könnte für diesen Nutzerkreis, das Schwimmbad für einige Stunden geöffnet werden. Danach stösst eine Schließung des Bades für den restlichen Tag sicher auf Verständnis, wenn diese Regelung übersichtlich (leicht zu merken) gestaltet wird. Die Wettervorhersagen sind mittlerweile doch sehr genau und verlässlich, so dass das Personal dann für andere Aufgaben disponiert werden könnte, vorausgesetzt, Flexibilität des Personals und Dienstvereinbarungen ermöglichen dies. Ansonsten reicht m.E. ein Kassenautomat u. Verstärkung durch Kassenpersonal während der Ferien etc.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0295

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Betriebsleitung zur Kenntnis.
2. Der Magistrat bittet das Fachdezernat und die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Bäder über die weitere Behandlung des Vorschlages zu berichten.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt 2013/2014 ist sinnvoll. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Bäder hat bereits reagiert.

Hinsichtlich der Reduzierung des Personaleinsatzes wurde eine Personal- und Organisationsuntersuchung beauftragt. Das Ergebnis steht noch aus.

Aus Sicht der Betriebsleitung soll nach Vorliegen des Untersuchungsergebnisses ein Grundsatzgespräch mit dem Personalamt, dem Personalrat, Fachdezernenten geführt werden. Im Rahmen einer Prozeßoptimierung soll ein flexibler und im Ergebnis reduzierten Personaleinsatz möglich sein.

Zur Verdeutlichung sei angemerkt, dass allein vier Kündigungen während der Sommer-Saison und ein hoher Krankenstand die Sicherstellung des laufenden Betriebes deutlich erschwert haben. Der Einsatz von Saisonkräften ist insofern mit Risiken verbunden. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass der Trend zum flexibleren Personaleinsatz wirtschaftlich sinnvoll ist, wenn es witterungsbedingt angezeigt ist.

Optimierte Öffnungszeiten sind nicht nur für Eberstadt, sondern für alle Freibäder ein Thema.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0295:

- Ausschuss für Sport und Gesundheit am 26.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220309100300&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Franco 09.06.2013 07:42 ID:350	Flexible Zeiten bei Schlechtwetter/Gutwetter sind meines Erachtens sinnvoll. Gibt es übrigens Abdeckungen für die Bäder. Habe in privatem Hotel übernachtet. Ab 18 Uhr bis morgens 8 Uhr wird Schwimmbad abgedeckt. Bei Bedarf, der angemeldet wurde, konnte von der Rezeption die Abdeckung für bestimmte Zeiten wieder erfolgen.

Einsparvorschlag #275 :Subvention der Fußballer

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Dr.W.Wessel	04.06.2013 13:02	+43 - 12 = 31	275

Seltsam, keiner erwähnt auch nur die dauernde Subventionierung dieser "Schwalbenkönige", auch Fußballer genannt. Angefangen von geplanten "Machbarkeitsstudien" für einen Stadionneubau (verkündet von Partsch im Fernsehen mit Lilien-Schal) bis zu den schon oft getätigten Krediten bzw. -Bürgschaften. Und was ist mit dem oftmaligen, vom Steuerzahler finanzierten Polizeieinsatz? Aber da können alle Politiker "ihres" Volkes Zustimmung sicher sein.

Kommentare

Autor	Kommentar
Philipp Stolzenberg (Moderation) 04.06.2013 13:34 ID:297	Vielen Dank für Ihren Beitrag! Konstruktive Kritik ist hier ausdrücklich erwünscht. Ich bitte Sie dennoch Ihre Idee mehr als Handlungsaufforderung an die Stadt statt zu formulieren. Was soll mit Zuschüssen an Fussballvereine oder mit dem Stadion aus Ihrer Sicht konkret passieren?
Dr.W.Wessel 04.06.2013 20:33 ID:304	Konkrete Maßnahmen: Alle Ausgaben von Profisportlern sind entweder durch deren eigene Einnahmen und Sponsorengelder zu begleichen, jedoch in keiner direkten oder indirekten Weise durch Steuergelder. Dies ist eine eindeutige Handlungsanweisung an unsere Politiker, unsere Steuergelder nicht an Profisportler zu verteilen.
Franco 09.06.2013 07:50 ID:354	Der Fußball bei uns in D ist Volkssport Nr.1, auch DA gehen zu den 98. Aber es sollte die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Ein Stadionneubau nur dann, wenn DA genug Geld hätte, also zurzeit nicht. Die Zuschüsse sollte nach Anzahl der Mitglieder erfolgen, mit Zuschlag für unter 18jährige.
S. Langanke 13.06.2013 18:37 ID:481	Trotz der breiten gesellschaftlichen Durchdringung des Fußballsports, sollte eine Abwägung der Kosten und Nutzen erfolgen. Die in den Stadionumbau (Böllenfalltor) investierten Gelder könnten im Breiten-, Leistungs- und Behindertensport sinnvoller verwendet werden. Die Instandhaltung der übrigen Sportstätten darf durch einen Stadion-Umbau nicht in Gefahr geraten.

Einsparvorschlag #223 :Kinderbecken der Bäder

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Wasser	23.05.2013 14:03	+35 - 8 = 27	223

Das Wasser aus den Kinderbecken der Bäder nicht jeden Abend ablassen, sondern zum Bewässern des Rasens zu benutzen.

Einnahmевorschlag #350 :Schlingpflanzen im Woog

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Clemens Wagner	12.06.2013 14:38	+33 - 6 = 27	350

Mit Recht sind alle Darmstädter stolz auf ihren Woog. Ein Badensee in der Stadt, wer hat das noch zu bieten? Es würden noch mehr Badegäste kommen, wenn diese ekelhaften Schlingpflanzen nicht da wären. Sie kratzen beängstigend am Körper beim Schwimmen. Zur Zeit blühen sie wieder, das löst bei vielen auch noch Allergien aus. In den wichtigen Schwimmbereichen sollten sie, wie früher üblich, am Boden abgemäht werden

Einsparvorschlag #216 :Energieeffizienz Vereine

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	21.05.2013 16:38	+29 - 6 = 23	216

Im Verein sollte man über Einsparmöglichkeiten informieren und den Mitgliedern bewusst machen, dass von den Betriebskosten auch die Höhe der einzelnen Mitgliedsbeiträge abhängt. a) Ideenwettbewerb zur ökologischen/energetischen Optimierung der Vereinsgebäude b) Einrichtung einer Energie-/Umweltrubrik im Vereinsinfo c) Aushang des Energieverbrauchs am schwarzen Brett, z.B: Excel-Grafik mit kurzer Erläuterung d) Benennung eines Energie- oder Umweltbeauftragten e) Schulungsmöglichkeiten f) Erfahrungsaustausch mit anderen Vereinen

Einsparvorschlag

#233 :Eintrittspreise für Arheilger Mühlchen - Einsparen von Subventionen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
M.Krämer	27.05.2013 16:10	+52 - 31 = 21	233

Zur Haushaltsgerechtigkeit gehört auch in allen Freibädern Darmstadts Eintrittspreise zu verlangen und nicht die Arheilger zu subventionieren. Für die Benutzung jedes vollwertigen Bads (Kabinen, Duschen, Bademeister etc.) ist auch zu bezahlen.

Kommentare

Autor	Kommentar
Marty 28.05.2013 07:19 ID:238	Solange der Eintritt über einen Automaten funktioniert, bin ich auch dafür. Grund: 1) Jemanden fürs Kassenhäuschen einzustellen, ist zu teuer. 2) Warum sollte jemand den ganzen Tag im Kassenhäuschen sitzen, wenn ein Automat die gleiche Aufgabe genausogut erledigt? Kassieren ist eher kein Traumjob.
Klaus 04.06.2013 12:33 ID:292	Klar, wenn es sich rechnet. Aber da die erbrachten Leistungen sehr unterschiedlich sind, sollten auch angepasste Preise da sein. Wenn ich im DSW Bad 3 Euro zahlen muss, was kann man da für einen Erwachsenen im Mühlchen verlangen? 50 Cent? Ich habe: kein sauberes Wasser, kein warmes Wasser, Algen ohne Ende, tote Fische, Entenkacke, ... Ja, ich gehe gerne in Mühlchen, aber nicht für 3 Euro.
Franco 09.06.2013 07:46 ID:352	Bin grundsätzlich gegen Eintrittspreise für Schwimmbäder. Die Finanzierung sollte von allen DA über Gebühr erhoben werden, ja auch von denen, die nicht oder nicht mehr schwimmen gehen.
Philipp Stolzenberg (Moderation) 27.06.2013 22:00 ID:538	Bei der Abstimmung über diese Idee gab es einen Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen. Durch Mehrfachregistrierungen wurde das Abstimmungsergebnis verfälscht. Die Administration hat das Ergebnis deshalb korrigiert (-15 Contra-Stimmen). Bei Fragen dazu steht Ihnen die Moderation zur Verfügung: darmstadt@werdenktwas.de

Einsparvorschlag

#285 :Werbeflächen vermieten in kommunalen Einrichtungen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 20:42	+27 - 15 = 12	285

Werbeflächen in Sport- und Mehrzweckhallen vermieten (Sponsoring-Erträge).

Kommentare

Autor	Kommentar
Franco 09.06.2013 07:45 ID:351	Werbung verfolgt uns schon im Alltag sehr umfangreich. Aber: Wenn die Werbung für DA Firmen, dann ja.

Einnahmenvorschlag

#217 :Bäder Besucherfrequenz erhöhen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	21.05.2013 16:56	+18 - 7 = 11	217

Durch max. Erhöhung der Besucherzahlen, höhere Frequentierungsraten können Einnahmen gesteigert werden. Besondere Veranstaltungen anbieten : Kinderfaschings-Schwimmen, FKK-Schwimmen, Halloween-Schwimmen, Mitternachts-Schwimmen.

Einnahmenvorschlag

#375 :Nutzungsgebühren anheben für die Benutzung von städtischen Sporthallen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Wilhelm Roth	13.06.2013 19:10	+33 - 22 = 11	375

Die städtischen Sporthallen werden zu günstig an Vereine und Organisationen z.V. gestellt. Betriebswirtschaftlich müssen Vereine mit eigenen Sporthallen zwischen 25-40 EURO pro Stunde berechnen, während die Stadt noch nicht einmal pro Stunde 5 EURO verlangt. Es wäre viel gerechter, die Nutzungsentgelte auf 15 Euro zu erhöhen und mit dieser Mehreinnahme sowohl die vereinseigenen Sporthallen besser zu bezuschußen als auch den Haushalt stärker zu sanieren.....

Einsparvorschlag #286 :Bolzplätze

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 21:29	+13 - 18 = -5	286

Für die Pflege von Bolzplätzen in Wohngebieten sollten Eltern gewonnen werden, welche Pflegearbeiten ehrenamtlich übernehmen und damit die Stadt entlasten.

Soziale Leistungen

Stand 20.01.2014

Neben der klassischen Hilfe zum Lebensunterhalt werden in diesem Produktbereich alle Leistungen der Sozialgesetzbücher XII (Grundversorgung) und II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) zusammengefasst, die der Sicherung eines menschenwürdigen Lebens dienen. Leistungen Ausgewählte Kennzahlen (Anzahl von Fällen oder Leistungen/Jahr):

- Grundversorgung: 4.394
- Grundsicherung für Arbeitssuchende: 8.393
- Unterhaltsvorschussleistungen: 1.304
- Betreuungen insgesamt: 2.181
- Anzahl Wohngeldberechnungen: 3.819

Statistik

Seitenaufrufe	2684
Ideen	14
Kommentare	21
Stimmen	612

Einsparvorschlag

#211 :Einsparung Verwaltungstätigkeiten durch Nutzung gesetzlicher Grundlagen SGB II

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Bastian Ripper	18.05.2013 12:07	+67 - 2 = 65	211

Leistungen nach dem SGB II (ALG II) werden vom Jobcenter DA in 100% aller Fälle jeweils nur für 6 Monate bewilligt. Danach muss ein neuer Antrag mit Unterlagen eingereicht werden, dieser wird von Sachbearbeitern überprüft. Das SGB II lässt hierbei deutlich unbürokratischere Vorgehensweisen zu: §41 Abs.1 S. 4 SGB II lautet: "Der Bewilligungszeitraum kann auf bis zu zwölf Monate bei Leistungsberechtigten verlängert werden, bei denen eine Veränderung der Verhältnisse in diesem Zeitraum nicht zu erwarten ist." Nach Statistik des Jobcenter DA gibt es viele hundert Erwerbslose, bei denen der o.g. Satz zutreffend ist, da sie wegen Alter etc. wahrscheinlich keine Arbeit mehr finden werden. Einsparpotential: 2 Std. Arbeit/Antrag * 750 Pers. = 1 Vollzeitstelle + Arbeitsplatzkosten = ca. 60.000 €

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0351

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Die Umsetzung liegt in der Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit. Die Bundesagentur für Arbeit hat zur Frage des Bewilligungszeitraumes fachliche Hinweise erarbeitet. Nach diesen ist im Jobcenter zu verfahren. Die fachlichen Hinweise sind nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales verbindlich. Die Verfahrensweise ergibt sich aus § 6 (19) S. 1 SGB II i.V.m. § 41 (1) S. 4 SGB II.

Für das Jobcenter Darmstadt als gemeinsame Einrichtung sind die fachlichen Hinweise der Bundesagentur für Arbeit bindend. Dort wird eine Verlängerung der Bewilligungszeiträume nur in atypischen Einzelfällen nach einer einzelfallorientierten Prognoseentscheidung zugelassen. Als in Betracht kommende Zielgruppen für eine solche Prognoseentscheidung werden ausschließlich ältere Leistungsberechtigte ohne Einkommen bzw. in Zusatzjobs und Personen, denen für längere Zeit eine Arbeitsaufnahme nicht zumutbar ist, genannt.

Gleichzeitig sind hier jedoch auch potenzielle leistungsrechtliche Veränderungen in die Überlegungen einzubeziehen. So ergeben sich bereits bei einer Vielzahl von Leistungsberechtigten, die in Mietwohnungen leben, im Jahreslauf Veränderungen bei der Grundmiete, den Betriebskosten und den Heizkosten. Ferner können sich je nach Konstellation in der Bedarfsgemeinschaft Änderungen bei Ansprüchen auf vorrangige Leistungen (Unterhalt, Elterngeld, Betreuungsgeld etc.) ergeben. Somit ist nicht davon auszugehen, dass eine Verlängerung, wie im Vorschlag genannt, für viele hundert Leistungsberechtigte, sondern nur für eine relativ kleine Anzahl von Bedarfsgemeinschaften möglich sein wird.

Die für die gemeinsamen Einrichtungen verpflichtend zu verwendende Leistungsanwendung „A2LL“ ermöglicht keine Verlängerung des Bewilligungsabschnittes auf zwölf Monate. Die Änderung die § 41 SGB II, die die Verlängerung grundsätzlich ermöglicht, wird aufgrund des für 2014 anstehenden Systemwechsels nicht mehr in das Programm implementiert. Hilfsweise kann eine Verlängerung auf zwölf Monate dadurch erreicht werden, dass zwei Bewilligungszeiträume à

sechs Monate parallel generiert, berechnet und beschieden werden. Die betroffene Bedarfsgemeinschaft würde dann stets gleichzeitig zwei Bewilligungsbescheide erhalten; Änderungen müssten stets für zwei Bewilligungszeiträume parallel erfasst und beschieden werden, gleiches gilt für eventuelle Aufhebungen und Rückforderungen. Dies würde für die betroffenen Leistungsberechtigten dazu führen, dass sich die Bescheiderteilung noch unübersichtlicher als bisher gestalten würde. Für die Beschäftigten ergäben sich keine Entlastungseffekte, sondern deutliche Mehrbelastungen.

Inwieweit mit der neuen Fachanwendung „Allegro“, die im Lauf des Jahres 2014 eingeführt werden soll, zumindest in den lt. fachlichen Hinweisen zugelassenen Einzelfällen eine vereinfachte Bearbeitung möglich ist, kann erst geprüft werden, wenn eine Erfassung im System möglich ist. Die Flächeneinführung soll nach derzeitiger Planung ab August 2014 erfolgen.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0351:

- Ausschuss für Soziales

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=221110100357&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 27.05.2013 18:42 ID:236	Aus eigener Erfahrung in der Zusammenarbeit mit SGB II-Bezieher/innen kenne ich das Problem. Betroffene empfanden es nur als Schikane, immer wieder ihren Antrag erneuern zu müssen, ohne dass das Jobcenter ihnen ein Angebot machen konnte. Deshalb empfehle ich eine Prüfung im Sinne der Betroffenen + des Mitarbeiter, ob die Zahl derer, die halbjährliche Anträge stellen müssen, reduziert werden kann

Einsparvorschlag

#199 :Sozialticket: Fahrpreisermäßigung in Teilhabecard integrieren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
uli_franke	17.05.2013 18:16	+49 - 4 = 45	199

In Darmstadt wurde unlängst die "Teilhabecard " mit Vergünstigungen im Kulturangebot eingeführt. Leider fehlt die Möglichkeit, ermäßigte Zeitkarten der HEAG zu erwerben. Dabei ist Mobilität eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Einzelfahrt z.B. von Eberstadt zum Luisenplatz und zurück (5,40€) oder eine Monatskarte (82€ bzw. 65€ als 9-Uhr-Karte) können sich viele nicht leisten. Was nützt dann die "Teilhabecard"? Darmstadt sollte ein "Sozialticket" wieder einführen, wie es in den meisten größeren Städten existiert. Als unbürokratischen Berechtigungsnachweis gibt es ja nun die "Teilhabecard". Ich schlage vor, den Preis von Zeitkarten um 50% zu vergünstigen - dann wäre die 9-Uhr-Monatskarte nur noch 10 Euro teurer als im Regelbedarf für Mobilität vorgesehen ist.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0344

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Die Forderung nach einem Sozialticket wird auf hessischer Ebene bereits diskutiert. Seitens der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden zeitnah Verhandlungen mit dem RMV, der Heag- Mobilo und der DADINA geführt.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0344:

- Ausschuss für Soziales

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=221110100357&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Kaja	für den Anfang finde ich es als eine gute Idee.

20.05.2013 23:34 ID:197	
SteWe 22.05.2013 17:03 ID:206	Exakt auf den Punkt gebracht !! SteWe
Conny 23.05.2013 12:23 ID:215	Die Tageskarte DA - Eberstadt und zurück kostet zum Glück "nur" 4,40 € und eine einfache Fahrt 2,30. Grundsätzlich schließe ich mich Ihrem Vorschlag an, Menschen mit wenig Geld ermäßigte Zeitkarten zur Verfügung zu stellen.
dabei sein e.V. 27.05.2013 10:21 ID:222	Auch hier gilt: warum bündelt die Stadt Darmstadt nicht die Synergien von dabei sein e.V./dem Kulturpass - den es seit 2012 gibt? Was nützen Ermäßigungen - Menschen im HartzV-Bezug? dabei sein kostenlos-niedrigschwellig-unbürokratisch-selbstbestimmt
Marco 10.06.2013 19:44 ID:404	Prinzipiell eine gute Idee. Doch sollte nicht generell die Preispolitik des RMV überdacht werden. Im Rhein Neckar Gebiet gibt es "Tageskarten", die von Freitag bis Sonntag gelten... Das würde allen Helfen . Wenn amn auch Leute "mit Geld" vom Auto in den ÖPNV lockt, senkt das die Preise für alle.
Philipp Stolzenberg (Moderation) 27.06.2013 21:41 ID:535	Bei der Abstimmung über diese Idee gab es einen Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen. Durch Mehrfachregistrierungen wurde das Abstimmungsergebnis verfälscht. Die Administration hat das Ergebnis deshalb korrigiert (-15 Contra-Stimmen). Bei Fragen dazu steht Ihnen die Moderation zur Verfügung: darmstadt@werdenktwas.de [1] 1. mailto:darmstadt@werdenktwas.de

Einsparvorschlag

#212 :Einsparung Verwaltungstätigkeiten im Familienzentrum

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Bastian Ripper	18.05.2013 12:19	+47 - 4 = 43	212

Das Familienzentrum der Stadt bietet jungen Eltern und ihrem Nachwuchs gemeinschaftliche Frühstücksveranstaltungen mit integrierter Beratung rund ums Kind an. Die Teilnahme erfolgt gegen eine kleine Gebühr. Diese kann aber nicht vor Ort entrichtet werden, sondern wird via Eintrag über eine Liste vom Konto abgebucht. Somit muss jede Woche eine Verwaltungskraft die Liste abgleichen, um die 2,50 Euro pro Teilnehmer einzeln abbuchen zu lassen. Andere Anbieter in diesem Bereich lösen diese Problematik mit einer Spendenbox am Eingang. Nach deren Angaben wird damit genauso viel Geld eingenommen, nur ohne Verwaltungsakt. Vorschlag: Bei kleinstsummen zukünftig keine individuelle Erfassung mehr, sondern Spendenboxen oder Lösung über Automaten in Ämtern, an denen Tickets gezogen werden können.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0343

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und leitet ihn an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Offene Baby- / Still-Treffs und offene Eltern-Kind-Treffs werden jeweils in den 4 Außenstellen Wixhausen / Kranichstein / Arheilgen / Eberstadt und in der Hauptstelle des Familienzentrums, Frankfurter Str. 71, angeboten. Pro Woche finden aktuell 9 Angebote statt. Als Teilnahmegebühr werden pro Treff 3 € für Mutter / Vater und Kind erhoben. Zusätzlich wird einmalig pro Quartal eine Verwaltungsgebühr von 1,50 € fällig, unabhängig davon wie oft die Teilnahme in dem Treff erfolgt ist.

Bei Teilnahme an dem Treffangebot trägt sich der Teilnehmer/in in eine Anwesenheitsliste ein, füllt ein Anmeldeformular (1 x im Quartal) aus und erteilt damit eine einmalige Einzugsermächtigung. Anhand dieser erfolgt dann die Abbuchung Quartalsweise.

Eine Installation von Kassenautomaten wurde bereits früher geprüft und wegen der Kosten verworfen.

Der Hinweis auf andere Träger mit deren Regelungen (etwa Spendenboxen) greift hier nicht, weil die Wissenschaftsstadt Darmstadt den Regelungen GemKVO und der Dienstanweisung Haushalt unterworfen ist. Hier wird bestimmt, dass Kassengeschäfte möglichst unbar zu erfolgen haben (Kassensicherheit, Kassenpersonal usw.). Das Aufstellen von Spendenboxen (so genannte Einnahmehandkassen) ist nur in Ausnahmefällen und unter strikten Auflagen möglich, die die Kursleitungen nicht erfüllen können. Es gibt klare Vorgaben des Revisionsamtes, die bereits in der Vergangenheit dazu geführt haben, dass Handkassen in den-4- Ämtern eingezogen wurden, gerade mit dem Argument der Sicherheit, der Kontrolle, des Zugriffs usw.

Es ist davon auszugehen, dass die Kursgebühreneinnahmen durch die vorgeschlagene Praxis sinken, was der Ausweitung der freiwilligen städtischen Leistungen gleich kommt. Dies ist mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept nicht vereinbar.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0343:

- Ausschuss für Soziales

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220710100349&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Einsparvorschlag

#182 :Teilhabe: Kulturpass in/um Darmstadt

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
dabei sein e.V.	16.05.2013 18:23	+45 - 10 = 35	182

Die Idee existiert seit 2008 und der Kulturpass wurde 2012 eingeführt. Seit dem sind 600 Kulturpässe im Umlauf, Sozialpartner und Kulturpartner sind an Bord. Warum macht die Stadt Darmstadt mit seinen vielfältigen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, also warum machen nicht alle mit? Warum nicht genauso wie in der Partnerstadt Graz: www.hungeraufkunstundkultur.at? Das Projekt ermöglicht es Menschen, die sich in finanziell prekären Lebenslagen befinden, kostenlos an kulturellen Veranstaltungen in der Stadt Darmstadt und im Landkreis Darmstadt/Dieburg teilzunehmen und kulturelle Institutionen kostenlos zu nutzen. Wieso werden nicht alle Kräfte/alle Ressourcen im Kulturpass gebündelt? Das spart: Ressourcen/Personal/Kosten!

Kommentare

Autor	Kommentar
dabei sein e.V. 17.05.2013 17:35 ID:183	<p>NEIN - denn seit 2008!!! der Stadt Darmstadt angetragen, die jetzt eine Teilhabekarte anstatt eine Koopertion in Sachen Kulturpass eingegangen ist: :: die nicht kostenlos ist :: keinen Zugang für alle Menschen (die nur 940 EUR zum Leben haben) gewährleistet und außerdem eine Personalstelle in Kosten von: TvÖD12 pro Jahr = 37.150 EUR verursacht.</p>
Philipp Stolzenberg (Moderation) 27.06.2013 21:39 ID:534	<p>Nachtrag 2:</p> <p>Bei der Abstimmung über diese Idee gab es einen Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen. Durch Mehrfachregistrierungen wurde das Abstimmungsergebnis verfälscht. Die Administration hat das Ergebnis deshalb korrigiert (-18 Pro-Stimmen). Bei Fragen dazu steht Ihnen die Moderation zur Verfügung: darmstadt@werdenktwas.de [1]</p> <p>Nachtrag 1:</p> <p>Leider gab es keine Rückmeldung auf die Bitte. Um die Chancengleichheit zwischen allen Teilnehmern und die Themenvielfalt zu wahren, wurden die gleichlautenden Vorschläge in den anderen Foren von der Moderation entfernt.</p> <p>Kommentar:</p> <p>Es gibt in Darmstadt seit April eine neue "Teilhabecard" [2]. Vielleicht ist Ihrer idee damit schon entsprochen oder Sie haben Ergänzungsvorschläge zur bisherigen Umsetzung?</p> <p>Außerdem nochmal die Bitte gleiche oder sehr ähnliche Vorschläge nicht in mehreren Foren einzubringen. Falls Sie sich nicht selbst für ein Forum entscheiden, muss die Moderation die doppelten Vorschläge leider entfernen: #180 Kultur [3], #182 Soziales [4], #183 Familie [5], #184 Sport [6].</p>

Vielen Dank!

1. <mailto:darmstadt@werdenktwas.de>

2.

<http://www.darmstadt.de/presseservice/einzelansicht/article/teilhabecard-1/index.htm>

3. <http://da-bei.darmstadt.de/topic/kultur/thought/180>

4. <http://da-bei.darmstadt.de/topic/soziales/thought/182>

5. <http://da-bei.darmstadt.de/topic/familie/thought/183>

6. <http://da-bei.darmstadt.de/topic/sport/thought/184>

Einsparvorschlag

#209 :Einsparung kommunaler Mittel bei einkommensschwachen Haushalten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	17.05.2013 22:47	+27 - 9 = 18	209

Einkommensschwache Familien haben Probleme, ihre Stromrechnung zu bezahlen. Für diese Haushalte sollte ENTEGA eine kostenlose Beratung durchführen und Energiesparhilfsmittel, im Wert von ca. 70,- Euro pro Haushalt, bereitstellen. Die Energieberatung und die kostenlose Installation, kann zu einer deutlichen Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs verhelfen. Es profitieren sowohl die betroffenen Haushalte selbst, als auch die Stadt durch die Einsparung kommunaler Mittel und die Umwelt, durch die Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Kommentare

Autor	Kommentar
U.R. 04.06.2013 10:13 ID:265	Ich glaube kaum, dass durch eine eventuelle Realisierung dieses Vorschlags tatsächlich eine Änderung des Verbrauchsverhaltens eintreten wird. Man kann sich ja schließlich auch schon jetzt von der Entega beraten lassen. Und wer macht's???

Ausgabevorschlag

#337 :Qualifizierungsmassnahmen für über 25 jährige

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
kschoen	10.06.2013 22:25	+17 - 2 = 15	337

Ohne zu wissen, wie das in unserer Stadt ist. Manchmal werden Gelder für Eingliederung aus Bundesmitteln nicht ganz ausgegeben. Bei der Anzahl der gewährten Hilfen zur Teilhabe sind im Produktbuch für 2012 und 2013 keine Daten vorhanden. Vor allem die Qualifizierungsmassnahmen für über 25 jährige fände ich hier hilfreich. Die werden doch vom Bund bezahlt? Diese Personengruppe bleibt bei beruflicher Nachqualifizierung manchmal hinter den Anstrengungen für junge Leute zurück. Die klassische duale Ausbildung hilft da wahrscheinlich nicht, eher modulare Qualifizierungsbausteine mit altersgerechten Bildungskonzepten. In einigen Berufen werden ja durchaus Fachkräfte gesucht (z.B. Einzelhandel, Pflege). Das könnte helfen, Menschen in Arbeit zu bringen.

Einsparvorschlag #284 :Jugendzentren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 20:28	+16 - 9 = 7	284

Bei sanierungsbedürftigen Jugendzentrumsgebäuden kleinere Neubauten anstreben, und die Restfläche zur (Teil-)Finanzierung veräußern.

Einsparvorschlag #263 :Überleitung in Rehaleistungen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
kschoen	03.06.2013 21:27	+7 - 4 = 3	263

Der größte Aufwand im Sozialen liegt bei SGB II Leistungen. Arbeitslose sollen schnell wieder in den Arbeitsmarkt zurück. Ist es Zusätzlich möglich eine "Task Force" zu bilden, die SGB II Kunden in Rehaleistungen zu Lasten des SGB VI überleitet? Dort werden arbeitsmarktrelevante Förderleistungen durch die Rentenversicherung getragen und ggf. berufliche Reha angeschlossen. Wenn's gut läuft, kommen die Kunden nicht wieder in die kommunale Leistungsverpflichtung zurück. Es besteht auch die Chance, dass sie nicht in der Grundsicherung landen. Bei der Kurzbeschreibung des Produktes im Produktbuch könnte ergänzt werden: "Überleitung in Maßnahmen zur Teilhabe nach SGB VI".

)

Ausgabevorschlag #248 :Treffen in Gemeindehäusern

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
gmx	31.05.2013 10:01	+1 - 16 = -15	248

Spontane und regelmäßige Treffen in Gemeindehäusern.

Einnahmeverschlag

#387 :Regionalgeld als Finanzunterstützung sozialer Initiativen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
samian	13.06.2013 19:57	+11 - 28 = -17	387

Es gibt bereits Regionalgeld in Darmstadt, eine Parallelwährung, die das Geld in der Region hält und so gestaltet ist, dass über Umlaufsicherung und Rücktauschgebühr soziale Initiativen (z. Z. die Darmstädter Tafel, der Kinderschutzbund, die Fachberatungsstelle Wildwasser, die Domäne Oberfeld, die Arbeitsloseninitiative kompass) gefördert werden. Seit Bestehen der Regionalwährung REGIO in Darmstadt im Juni 2011 konnten insgesamt 640,- Euro gespendet werden. Diese Regionalwährung sollte öffentlich gefördert werden, damit sie bekannter wird und ihre auch über das hier genannte hinaus gehenden positiven Wirkungen auf die Region entfalten kann. Informationen z. B. auf der Website: www.darmstadt.der-regio.de

Einsparvorschlag

#267 :Wer Sozialhilfe erhält kann sich kein Auto leisten.

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Klaus	04.06.2013 09:07	+6 - 35 = -29	267

Ich habe es bei einem Bekannten hautnah mitbekommen. Wer Hartz IV bekommt kann sich kein Auto leisten. Hier sehe ich ein Potential Gelder zu generieren. Einen Abgleich mit der städtischen Zulassungsstelle dürfte nur einen geringen Verwaltungsaufwand darstellen. Auch bei den Tafeln, kann dies geschehen, wenn man sieht wie Empfänger ihre PKW in der Umgebung abstellung und dann die Hilfe in Anspruch nehmen und denen etwas wegnehmen die es wirklich benötigen.

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 13.06.2013 00:02 ID:448	Tatsächlich kann man sich von Hartz IV kein Auto leisten. Aber viele Bezugsberechtigte haben dennoch zu recht eines, weil sie es brauchen, um zu ihrer Arbeit zu fahren. Denn die Zahl der sog. "Aufstocker" ist erheblich, nämlich Menschen die arbeiten und trotzdem vom Jobcenter abhängig sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten!

Ausgabevorschlag #322 :Dezentral heißt Bürgerzufriedenheit

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	09.06.2013 21:03	+11 - 45 = -34	322

Schließung von Bibliotheken und Bürgerbüros in den Stadtteilen sind grundlegende Fehler zu Lasten der Bürgerzufriedenheit. Unternehmen lernen: Service muss zum Kunden, wenn dieser mit dem Produkt zufrieden sein und wiederkommen soll. Gleiches gilt auch für die Services der Stadt. In einer Umfrage zur Lebensqualität war die Region um Darmstadt mal weit oben ... warum will man das ändern?

Kommentare

Autor	Kommentar
MichaelE 12.06.2013 15:13 ID:441	Dezentral heißt oftmals Bequemlichkeit aus Gewohnheit. Wer sich alle 10 Jahre den Personalausweis verlängern lässt, wird es wohl noch schaffen, von Kranichstein oder aus der Heimstättensiedlung in die Innenstadt "zu reisen". Wenn wir es geschafft haben, dass davon wirklich die Lebensqualität abhängt, dürften alle anderen Probleme (Kinderbetreuung, marode Straßen, ...) beseitigt sein.
Jürgen_F_Schaldach 13.06.2013 17:53 ID:478	Nein ... dezentral heißt vor allem, eigene Zeit sparen und nicht z.B. im Stadthaus vor dem singulären Nadelöhr der zentralen Themen-/Sachbearbeiterzuweisung Schlange stehen und dann mit einer Zuteilungsnummer auf seinen Aufruf warten zu müssen. Wir Steuerbürger bezahlen schon die Gehälter und Arbeitszeit der Verwaltung - wer bezahlt unsere Fahr- und Wartezeit? Ist die Stadt für uns da oder ja?

Einsparvorschlag #293 :Asylbewerber

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 22:49	+8 - 50 = -42	293

Sofern Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, deren Asylantrag abgelehnt wurde, prüfen, ob durch intensive Beratung eine Rückführung in das Herkunftsland ermöglicht werden kann.

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 10.06.2013 17:30 ID:399	Hierzu müssten kompetente Kenner des Asylrechts Stellung nehmen. M.W. werden abgelehnte Asylbewerber i.d.R. hier noch befristet geduldet, weil eine "Rückführung" in ihre Heimat wegen akuter Gefährdung von Leib und Leben nicht möglich ist (drohende Verhaftung, Kriegszustände usw.). Da nützt die beste Beratung nichts!

Einsparvorschlag #238 :Klinikum verkaufen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
MichaelE	28.05.2013 17:20	+8 - 68 = -60	238

Die Klinikum GmbH sollte an einen Privaten verkauft werden. Krankenhäuser zu betreiben ist keine Aufgabe der Stadt, sondern Luxus, den sich die Stadt nicht leisten kann. Trotz Zig-Millionen-Euro-Investitionsprogramm muss bezweifelt werden, dass das Klinikum jemals wieder zumindest eine schwarze Null schreibt. Und wenn das Klinikum erst einmal in der Schieflage ist, wird zum Schluss die Stadt zahlen müssen. Ein Verkauf bringt Geld in die Stadtkassen, ohne dass die Patientenversorgung leidet. Wer es sich in Darmstadt als Patient aussuchen kann, geht im Zweifel doch schon heute eher ins E-Stift oder ins Alice-Hospital. Mindesteinfluss der Stadt und Tarifbindung für die Beschäftigten kann man beim Verkauf vertraglich festschreiben.

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 29.05.2013 13:56 ID:247	Ich spreche mich eindeutig gegen diesen Vorschlag aus. Ein Krankenhaus ist kein Luxus für die Stadt sondern ein wichtiger Baustein kommunaler Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig vom Geldbeutel. Erfahrungen mit der Privatisierung von kommunalen Kliniken zeigen, dass das keine Vorteile mit sich bringt. Es gibt eher Bestrebungen, den Prozess wieder rückgängig zu machen.
kschoen 02.06.2013 21:44 ID:256	Die Stadt muss Krankenhausleistungen vorhalten. Krankenhäuser, privat, oder kommunal arbeiten unter den gleichen Voraussetzungen. Private können sich die Rosinen herauspicken. Die Kommune muss im Zweifel alles machen was wirtschaftlich unattraktiv ist. Besser ein gut geführtes Krankenhaus selbst haben, als das Risiko einzugehen ein insolventes privates wieder zurück nehmen zu müssen.
U.R. 04.06.2013 10:04 ID:264	Meines Erachtens sollte man diesen Vorschlag durchaus im Rahmen einer Machbarkeitsstudie und selbstverständlich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten einer näheren Prüfung unterziehen. Auch wenn die Stadt möglicherweise gewisse Leistungen vorhalten müssen sollte, so braucht es nicht diesen "Luxus"-Klotz, der eher ein Klotz am Bein ist.
Marco 10.06.2013 19:46 ID:405	Ein kommunales Krankenhaus soll allen Menschen eine Versorgung bieten und auf keinen Fall Gewinne machen. Eventuell sollten Synergien mit den anderen Krankenhäusern besser geprüft werden, aber Privatisierung kommt den einzelnen am Ende immer teurer, als etwas von den Steuern zuzuschießen

Wirtschaft und Tourismus

Stand 20.01.2014

Der Wirtschaftsstandort Darmstadt spielt gerade im Hinblick auf die Schaffung neuer sowie Erhaltung bestehender Arbeitsplätze und damit zur Sicherung des Einkommens der Bevölkerung eine zentrale Rolle. Dazu ist zum einen die Betreuung der bestehenden Firmen, die Förderung von Existenzgründungen und gegebenenfalls auch Krisenmanagement notwendig. Zum anderen muss die Wissenschaftsstadt Darmstadt nach außen vertreten und repräsentiert werden, um sich als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu behaupten und zu bewerben. Die Aufgaben im Bereich Tourismus werden von der Wissenschaftsstadt Darmstadt City Marketing GmbH wahrgenommen und ergänzen so das Standortmarketing.

Statistik

Seitenaufrufe	2492
Ideen	17
Kommentare	34
Stimmen	1265

Einsparvorschlag

#273 :Offenlegung des Darmbachs - Amortisation längst nachgewiesen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
WolfgangP	04.06.2013 12:06	+112 - 12 = 100	273

warum lässt sich die Stadt so viel Zeit mit der Wirtschaftlichkeits-Überprüfung dieses Projekts (wo doch sämtliche Zahlen seit Jahren auf dem Tisch liegen)? Bereits nach 2-3 Jahren würden sich die vorübergehenden Ausgaben für die Darmbach-Abkopplung/ -Offenlegung amortisiert haben! Man muss ich da vor Augen führen, dass Jahr für Jahr 3,4 Mill.€ an Abwassergebühren für das unsinnige Einleiten von 1,2 Mill.Kubikmeter sauberen Bachwassers in die Kläranlage bezahlt werden müssen.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0370 (Sammelvorlage zu den Ideen #309/12, #338/13, #340/04, #362/04, und #273/15)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Stellungnahme der Fachverwaltung zu der Idee zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Hinsichtlich dieses Vorschlages wird dem Magistrat in Kürze eine gesonderte Vorlage vorgelegt werden.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis. Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0370:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013
- Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit am 26.11.2013
- Ausschuss für Bauen, Stadtplanung, Verkehr und Liegenschaften am 28.11.2013

Vorlage im Parlis [1]

Gesonderte Vorlage zur Abkopplung des Darmbachs

Vorlage-Nr. 2013/0243

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes zum „Prüfauftrag von Einsparung durch Verzicht auf Klärung von Bachwasser“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Prüfergebnis zum Vorschlag 273-15 „Offenlegung des Darmbachs – Amortisation längst nachgewiesen“ aus der Beteiligungsphase des Bürgerhaushaltes wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Planung zur Abkopplung von Darmbach und Meiereibach sind wieder aufzunehmen.
4. Auf der Basis der bis zum Jahr 2009 erstellten Entwurfs- und Ausführungsplanungen sind Umsetzungsalternativen zu entwickeln und untereinander abzuwägen.
5. Die Bürgerinformation aus den Jahren 2002 bis 2007 ist fortzuführen.

6. Der Bericht des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes zu den Möglichkeiten einer Installation von Wasserfontänen in die Darmbachrinne vor dem Darmstadtium wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss des Magistrats vom 13.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0370:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013
- Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit am 26.11.2013
- Ausschuss für Bauen, Stadtplanung, Verkehr und Liegenschaften am 28.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [2]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222810100376&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1
2. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222907100242&nid=ni_2013-Mag-345&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Marty 06.06.2013 08:08 ID:315	Momentan wird jedes Jahr der Herrngartenteich mit Trinkwasser neu befüllt. Das Geld würde eingespart, wenn der Teich mit dem Darmbach verbunden würde.
Philipp Stolzenberg (Moderation) 06.06.2013 11:22 ID:325	@marty Bitte beachten Sie das Kommentare der Diskussion untereinander dienen. Im weiteren Verfahren haben Sie aber nicht den Stellenwert einer Idee, die abgestimmt wird und als TOP-3 Vorschlag an Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet wird.
MichaelE 12.06.2013 14:39 ID:440	Dass die "Amortisation [der Offenlegung] längst nachgewiesen" ist, halte ich für eine kühne Behauptung. Was sich für die Stadt rechnen würde, ist allein die Abkopplung des Darmbachs von der Kanalisation. Dafür braucht man aber keine millionenschwere Offenlegung.
M.Krämer 12.06.2013 18:08 ID:445	Es lohnt sich doch auf jeden Fall, nicht mehr das saubere Wasser in den Gully zu schütten und als Dreckwasser zu reinigen. Das rechnet sich doch bestimmt - erst recht bei den Darmstädter Gebühren! Jahr für Jahr wird hier Geld zum Fenster raus geschmissen statt endlich den Bach wieder durch Darmstadt plätschern zu lassen.
Klaus	Und nicht zu vergessen, die Fixkosten der Kläranlage muss durch das

13.06.2013 11:59 ID:463	fehlenden Gebühren und auch fehlendes Wasser durch die Bürger erbracht werden. Also es ist nur eine Verlagerung der Kosten.
beate 13.06.2013 13:13 ID:469	Die größtmögliche Offenlegung des Bachs rechnet sich in jedem Fall. Dies wäre ein Gewinn für uns Darmstädter. Eine dringend notwendige Steigerung der Lebens- und Erlebnisqualität für jung und alt in unserer Stadt.

Einsparvorschlag

#264 : Spielautomatensteuer erhöhen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
kschoen	03.06.2013 21:29	+95 - 19 = 76	264

Bin ich in diesem Kapitel richtig für einen Vorschlag zur weiteren Erhöhung der Steuer auf Spielautomaten in Gaststätten und Spielhallen? Da liegen wir meines Wissens zwar schon im hessischen Mittelfeld. Angesichts der Risiken, die von diesen Spielautomaten ausgehen, schlage ich vor, die Steuer auf das höchstmögliche Mass zu erhöhen. Das bringt höhere Erlöse und behindert Neuaufstellungen.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0342

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 07.10.2013:

Die Erhöhung der Sätze nach der Spielapparatesteuersatzung wurde bereits unabhängig vom Bürgerhaushalt 2013 von Herrn Stadtkämmerer André Schellenberg zum 01.01.2014 vorgehen. Die Beschlussfassung des Magistrats hierzu erfolgt am 30.10.2013 und kann im Parlamentsinformationssystem unter der Vorlagen-Nr. 2013/0161 eingesehen werden. Zusätzlich zur Erhöhung der Spielapparatesteuer sollen bisher nicht steuerpflichtige Personalcomputer in Spielhallen und Gaststätten ebenfalls ab dem 01.01.2014 besteuert werden.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220710100348&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Philipp Stolzenberg (Moderation) 06.06.2013 11:16	Der Vorschlag kann gerne in diesem Forum verbleiben. Zwar ist die Zuordnung haushaltstechnisch nicht ganz korrekt, aber die Foren dienen v.a. der Übersichtlichkeit der Diskussion.

ID:323	
Franco 09.06.2013 08:14 ID:362	Erhöhung sollte so hoch wie irgend möglich sein (bis kurz vorm Wucher).

Einnahmenvorschlag

#314 :Gewinnabführungsvertrag Sparkasse

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Andreas	08.06.2013 14:09	+42 - 32 = 10	314

Soweit dies noch nicht realisiert ist, könnte mit der Sparkasse Darmstadt als städtischer Beteiligung ein gewinnabführungsvertrag geschlossen werden. Mal angenommen, man würde die Sparkasse verpflichten, die Hälfte des Gewinns an ihre Träger abzuführen, könnten bei zuletzt in 2011 15,5 Mio. € Gewinn knapp 3,9 Mio. € (ich gehe davon aus, dass die Stadt halber Anteilseigner ist, der Kreis der Andere) an die Stadt abgeführt werden, jährlich!

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0372

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Stellungnahme der Finanzverwaltung zum Abschluss eines Gewinnabführungsvertrages zwischen der Wissenschaftsstadt Darmstadt und der Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt (Sparkasse) zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.10.2013:

Die Überschussverteilung der hessischen Sparkassen ist in § 16 des Hess. Sparkassengesetzes geregelt. Demnach stehen maximal zwei Drittel des jeweiligen Jahresüberschusses (nach Verrechnung von Verlustvorträgen) zur Abführung an die Träger zur Verfügung. Über die genaue Höhe der Abführung entscheidet aber ausschließlich der Verwaltungsrat der Sparkasse auf der Grundlage eines Vorschlages des Vorstandes der Sparkasse.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt erhält nach der Beschlussfassung des Verwaltungsrates gem. § 44 Abs. 4 der Satzung der Sparkasse vom 01.07.2010 entsprechend ihres Trägeranteils einen Anteil von 60 % des zu verteilenden Überschusses. Die durchschnittliche Ausschüttung der letzten 10 Jahre an die Wissenschaftsstadt Darmstadt lag bei rd. 2,12 Mio. Euro pro Jahr. Davon ist die Kapitalertragsteuer abzuziehen.

Der Entscheidungsfindungsprozess, der allein dem Verwaltungsrat als oberstes Organ der Sparkasse obliegt, ist einer vertraglichen Regelung nicht zugänglich. Der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrages ist nicht möglich.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis. Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0372:

- 2. Lesung Haupt und Finanzausschuss am 05.12.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222810100378&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Einsparvorschlag

#200 :Finanziellen Spielraum schaffen durch Gewerbesteuer-Erhöhung

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
uli_franke	17.05.2013 18:35	+49 - 40 = 9	200

Anstatt Stadtteilbibliotheken zu schließen, die Sportvereine auszutrocknen und das Personal immer weiter auszudünnen usw. sollte Darmstadt endlich die Gewerbesteuer erhöhen. Eine Anhebung von 425 auf 460 würde ca 10 Mio € zusätzliche Einnahmen erbringen. Darmstadt hat den niedrigsten Gewerbesteuer-Hebesatz aller hessischen Großstädte. Das Umland hat hingegen den höchsten durchschnittlichen Hebesatz, d.h. das Gefälle zum Umland ist hier geringer als anderswo. Darmstadt ist in der Konkurrenz um die Ansiedlung von Unternehmen sehr erfolgreich. So erfolgreich, dass der Wohnraum immer knapper wird. Und: Steuerdumping ist kein guter Weg zu wirtschaftlichem Erfolg. Die Stadt hat den Spielraum, die Gewerbesteuer moderat anzuheben, und sollte ihn nutzen. Die Alternative heißt "Kaputtsparen".

Kommentare

Autor	Kommentar
Kaja 20.05.2013 23:29 ID:196	Finde ich gut. Es kann auch nicht sein, dass im Bund und Land die Mittel einfach gekürzt werden und wir in der Kommune überlegen sollen wie wir damit zurecht kommen. Interessant ist auch, dass die Großen Parteien im Bundestag und Landtag für Kürzungen zustimmen und in den Kommunen sich über die Kürzungen beschweren.
SteWe 22.05.2013 16:59 ID:205	Präzise & treffend auf den Punkt gebracht !! SteWe
M.Krämer 27.05.2013 18:22 ID:233	Finde eine Gewerbesteuererhöhung richtig. Bitte die Mehreinnahmen aber ausschließlich zur Schuldentilgung verwenden! Das Problem liegt weniger in den Einspareinschnitten, die sind noch moderat, als viel mehr in der Überschuldung. Jeder Private wäre schon längst vor dem Insolvenzgericht.
U.R. 04.06.2013 12:14 ID:288	Ich denke auch, dass man die Gewerbesteuer anheben könnte. Sollte man bislang davor zurückschrecken, weil man befürchtet, dass die eine oder andere Firma dann "verschnupft" reagieren und abwandern könnte, dann kann man ja auch eine moderate, mehrstufige Anhebung in Betracht ziehen.

Einnahmenvorschlag

#324 :Kosten der Altpapierentsorgung an Segmüller und Co. weiterreichen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Richard Jordan	09.06.2013 22:12	+45 - 38 = 7	324

Ein großer Teil des Altpapiervolumens wird durch die Werbeprospekte von Unternehmen (insb. aus der Möbelbranche) erzeugt. Diese sollten auch die Kosten der Beseitigung tragen (Verursacherprinzip).

Einsparvorschlag #342 :Plattform für Baustoff- und Aushubbörse

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Zwackelmann	11.06.2013 07:48	+35 - 28 = 7	342

Gut erhaltene Pflastersteine (z.B. die vor dem Hbf ersetzt werden), unbelasteter Aushub u. andere wiederverwertbare Baustoffe werden auf für lange absehbaren nicht nutzbarem Gelände der Stadt zwischengelagert und auf einer Internetplattform für einen begrenzten Zeitraum angeboten. Privatpersonen u. Firmen können diese über Internet kaufen, selbst abholen o. gegen Aufpreis anliefern lassen. Hofeinfahrten, deren Pflasterform es gar nicht mehr gibt, können so verlängert werden, Bürger hätten die Möglichkeit bei Sanierungen die Steine in begrenztem Umfang dort kostenfrei abzugeben, sodass der Bauschuttanteil im Restmüll verringert wird u. Deponiekosten gespart werden. Infos über diese Börse sollten mit d. Baugenehmigung versendet werden, damit vor den Baumaßnahmen dieses Angebot bekannt wird.

Kommentare

Autor	Kommentar
Nugget 12.06.2013 11:06 ID:427	Das finde ich sehr gut. Solche Dinge werden zu oft mit Kosten entsorgt und weggeworfen, obwohl sie noch verwendet werden könnten

Einsparvorschlag

#374 :Beteiligungsstrukturen und -komplexität reduzieren

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	13.06.2013 19:00	+27 - 21 = 6	374

Anzahl und Komplexität der städtischen Beteiligungen reduzieren. Die Anzahl der Beteiligungen ist im dreistelligen Bereich sehr hoch, die Verknüpfung und Verzahnung hochkomplex und kaum über-/durchschaubar. Jeder dieser Beteiligungsknoten sind Aufsichtsratsgremien aus dem Stadtparlament zugeordnet, so dass sich eine Unzahl von Aufsichtsratsposten, -besetzungen und -sitzungen bei einer nur endlichen Anzahl von Personen ergibt. Dies bedingt entweder eine sehr hohe Meeting-/Arbeitsbelastung der Betroffenen, die sich negativ auf die eigentlichen Stadtparlaments-Aufgaben auswirkt, oder aber eine Absenkung der Qualität der eigentlichen Aufsichtsratsaufgaben und -pflichten sowie Einflußmöglichkeit auf die zu beaufsichtigenden Vorgänge und Entscheidungen in den Beteiligungsgesellschaften.

Einnahmenvorschlag

#393 :Kein Verkauf städtischen Eigentums.

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
samian	13.06.2013 20:41	+39 - 33 = 6	393

Oft sieht es so aus, als könne man durch Verkauf von städtischem Besitz Einnahmen erzielen. Jahre später wird dann deutlich, dass die Einnahmen allein auf Seiten der Investoren liegen und die Stadt kostbare Güter verloren hat. Allmende ist hier das Stichwort. Kein Verkauf städtischer Güter, sondern intelligente Nutzung, z. B. notwendige Sanierungen in teilweise ehrenamtlicher Leistung von Bürgern erledigen lassen und im Gegenzug einen Teil der Räumlichkeiten für Kulturelles, Soziales oder für social entrepreneurs etc. zur Verfügung stellen.... Die "Einnahmen" sind dann nicht nur finanzieller Art, sondern auch in der Form, dass die Stadt an Zusammenhalt gewinnt und die Bürger hier bleiben wollen.

Ausgabevorschlag #187 :Service für Touristen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	16.05.2013 21:32	+32 - 27 = 5	187

Im Bahnhofsgebäude sollten an den Ausgängen Info-Boxen eingerichtet werden, die mit deutsch- und englischsprachigen Stadtplänen regelmäßig aufgefüllt werden.

Einsparvorschlag #260 :freie Software/ IT

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Anke	03.06.2013 20:51	+30 - 25 = 5	260

Gerade wenn ich Formulare auf den Online-Rathaus-Seiten aufrufe, fällt mir jedes Mal das 'Microsoft Word - Genehmigungsantrag...'.pdf" auf. Kann in der gesamten Verwaltung von Darmstadt nicht auf freie Software etc. umgestellt werden? Abgesehen von politischen Aussage, keine Konzerne wie Microsoft zu unterstützen, können auch die anfallenden Lizenzgebühren eingespart und Softwarelösungen individuell angepasst werden. München z.B. hat schon vor einigen Jahren auf freie Software umgestellt und existiert immer noch. Ich sehe hier eine Kostenersparnis, gerade wenn es auch Hochschulen mit anerkannten Informatik-Fachbereichen in der Stadt hat, die unterstützend mithelfen können. Sicher gibt es erst höhere Kosten für Schulungen und Anpassungen ect, aber mittelfristig kann sicher gespart werden.

Kommentare

Autor	Kommentar
MichaelE 12.06.2013 15:18 ID:442	Bin sehr skeptisch. So etwas will gut überlegt und noch besser gerechnet sein. München ist kein gutes Beispiel: Umstellung hat 10 Jahre gedauert, ganz ohne Microsoft gehts immer noch nicht, Kostenexplosion mehr als 100%. Freiburg und andere haben schlicht aufgegeben. Rechnet sich langfristig nur, wenn man sowieso "kostenlos" eine große, leistungsfähige IT-Abteilung für Support und Entwicklung hat.

Einnahmeverschlag

#272 :Tourismus auf Darmstadt Seite hervorheben

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Klaus	04.06.2013 11:32	+37 - 32 = 5	272

Der Link zum Tourismusbereich auf der Darmstadt sollte nicht in einem Menü versteckt sein sondern auf der Homepage gleich zu sehen sein. Wenn ich eine Städtereise mache, schaue ich auf der Webseite des Ortes nach Touristeninfos. Das Wort "Tourismus" will ich auf der HOMepage sehen und nicht unter dem Punkt "Darmstadt erleben". Unter Sehenswürdigkeiten finde ich 6! Einträge. Oh, das Darmstadtium ist eine Sehenswürdigkeit. Wußte ich garnicht. Die Informationen, die ich hier erhalte werden mich weder zu einem Besuch Darmstadts reizen, noch kann ich mit Ihrer Hilfe eine Stadtbesichtigung planen.

Einsparvorschlag #321 :Heute für Übermorgen planen ?

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	09.06.2013 21:00	+13 - 8 = 5	321

Wie plant man heutzutage ein neues Rathaus für die "Zukunft"? Die vorgelegte Präsentation geht vom Status Quo der Belegschaft aus. Wieso eigentlich? Wirtschafts-Unternehmen rationalisieren schon heute mit aktuellen Technologien Geschäftsprozesse. Stadt-Verwaltung und -Personal werden aus Mitteln der Steuerbürger bezahlt – warum nicht wirtschaftlich denken und Effizienz durch Technologie nutzen.

Kommentare

Autor	Kommentar
MichaelE 12.06.2013 14:10 ID:438	Das müsste man schon präzisieren. Und überhaupt: eine Stadtverwaltung ist keine Brotfabrik, in der man 10 Bäckergehilfen durch eine Teig-Knet-Back-Maschine ersetzen kann. Die Stadt ist Dienstleister und dafür braucht's nunmal Personal. Ich gehe mal davon aus, im Rathaus schreiben sie heute auch nicht mehr auf Papyrusrollen. Und Internet scheinen sie ja auch zu haben.
Manfred Sündorf 13.06.2013 12:40 ID:464	Mit der - IT- tut sich Darmstadt noch verdammt schwer. Bei der Meldebehörde in der Grafenstraße werden z.B. alle Bürger (tausende pro Jahr) zur Kasse in den 2. Stock geschickt!. Einfach grausam - das ist Stand vor 20 Jahren. Heute gibt es Gebührenautomaten. Erst einmal die Verwaltung auf einen aktuellen Stand bringen!
Jürgen_F_Schaldach 13.06.2013 18:13 ID:479	Wer IT & TK für Großunternehmen/Öffentliche Bereiche erstellt und ausgerollt hat, für den sind die alten menschenintensiven & papierbasierten "Geschäftsprozesse" im 3. Jahrtausend undenkbar, ineffizient und uneffektiv. (Groß-)Unternehmen bearbeiten Geschäftsprozesse heutzutage papierlos mit Zugriff auf zentrale Daten-Server von überall her ... dazu braucht es nicht einmal mehr (feste) Büros vor Ort.

Einsparvorschlag #215 :Ausschreibung für neues Rathaus

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
tine	21.05.2013 13:49	+19 - 15 = 4	215

Statt die großen Architekturbüros mit einer Entwurfvorlage zu beauftragen - möglicherweise kommen die sogar aus dem Ausland und wir zahlen nicht nur Gehalt sondern auch Anfahrten sowie Kost und Logis - könnte man ebenso gut einen Wettbewerb an der Hochschule Darmstadt ausschreiben. Damit spart man enorme Architektengehälter, motiviert die Jugend und hält wahrscheinlich gut ausgebildetes Personal im Land. Ich würde mich sehr auf Entwürfe der Darmstädter Hochschule freuen.

Kommentare

Autor	Kommentar
SteWe 22.05.2013 16:54 ID:203	Perfekt & exakt auf den Punkt gebracht !! SteWe
Manfred Sündorf 27.05.2013 10:30 ID:225	Warum schon jetzt eine Ausschreibung? Es sollte erst einmal gefragt werden, ob die Darmstädter ein neues Rathaus brauchen und auch wollen - sind ja nur 110 Millionen neue Schulden. Glaube ich nicht!

Einnahmenvorschlag #291 :Ansiedlung von Gewerbetreibenden

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 22:13	+14 - 10 = 4	291

Im Sinne möglichst hoher und rascher Gewerbesteuerzahlungen sollte bei Ansiedlungswünschen stets ein "runder Tisch" eingerichtet werden, bei dem alle einzubeziehenden Verwaltungsstellen anwesend und sprechbereit sind, so dass dem ansiedlungswilligem Unternehmen eine Vielzahl von Verwaltungsgängen erspart bleibt. Dem potentiellen Investor sollte bei allen Fragen und Anliegen schnellstmöglich geholfen werden.

Ausgabevorschlag

#320 :Mehr für die Hochschulen und Studenten tun

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	09.06.2013 20:57	+16 - 12 = 4	320

Die Marke Wissenschaftsstadt mit Qualität füllen und Darmstädter Hochschulen Finanzielle Anreize und Unterstützungen bieten. Die Hochschulen sind nicht nur eh da sondern schöpfen mit ihren Studenten und Beschäftigten in der Stadt und Region einen Mehrwert, der sich in Euro ausdrückt. Laut DIW econ Untersuchung ergibt sich allein für die TUD ein regionaler Wertschöpfungseffekt von 484 Mio. €.

Einnahmenvorschlag

#341 :Steinpatenschaft bei Sanierungen- Hochzeitsmauer

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Zwackelmann	11.06.2013 07:31	+17 - 14 = 3	341

Privatpersonen & Firmen können sich mit einem festgelegten Betrag „meterweise“ anhand von Gravuren oder kleinen Namensplättchen in einem Mauerabschnitt, der saniert werden soll, verewigen lassen. Das wurde schon im Wehrgang der Stadtmauer in Rothenburg ob der Tauber erfolgreich praktiziert. In Darmstadt ist es denkbar, dass zum Beispiel innerhalb des Schlossgrabens oder auf der Mathildenhöhe sich eine „Hochzeits-Liebesmauer“ für Paare kostengünstig sanieren lassen würde und dem Ort als weiteren Nutzen eine höhere Frequenz von Leuten und Touristen bringen würde.

Einsparvorschlag #178 :Sauberkeit

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Würth	16.05.2013 17:24	+35 - 34 = 1	178

Kippen, Unrat, Kaugummi, Mülltonnen, Tauben, Ratten machen die Stadt unschön. Ordnungsamt soll Strafgeld nehmen oder Mahnungen bei Einführung aussprechen.

Kommentare

Autor	Kommentar
SteWe 22.05.2013 16:58 ID:204	Noch besser = Minijobs schaffen für kostenpflichtige Kontrollen gegen Raucher (Kippen einfach überall hinschmeissen) und Hundehalter (Hundekot nicht in Plastiktüte einsammeln & in Mülltonnen entsorgen) etc., ähnliches Vorbild wie in Ffm., bringt letztlich effektive Mehreinnahmen für den Stadthaushalt !! SteWe
U.R. 04.06.2013 12:09 ID:286	Wenn, dann wäre das nur durch zusätzliches Personal (Minijobs möglich?) zu bewältigen. Bei Minijobbern hätte ich aber moralische Bedenken, da hier die schlechtestbezahlten Menschen die Drecksarbeit machen müssten, d.h. sich wüst von den mit Sicherheit verbal nicht zimperlichen "Umweltsäuen" beschimpfen lassen müssten.
Be Kr 10.06.2013 17:01 ID:395	Hier besteht Handlungsbedarf

Einsparvorschlag #271 :Wohnmobilstellplatz

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
WoMo-Park-Da	04.06.2013 11:11	+26 - 25 = 1	271

Auf den Konversionsflächen bietet sich genug befestigter Untergrund. Die Einrichtung eines Wohnmobilplatzes kann ohne größeren Aufwand vorgenommen werden. Gut wäre eine Anschlussmöglichkeit an den ÖPNV. Der einzige Stellplatz in der Nähe von Darmstadt befindet sich in der Nähe des Steinrodsees. Durch einen Stellplatz können mit Übernachtungskosten von 6 bis 8€ Einnahmen erzielt werden. Ein Beispiel ist der Stellplatz in Bremerhaven. Hier werden bis zu 30.000 € eingenommen (Aufwendungen bereits abgezogen) ,obwohl Bremerhaven weniger Abwechslung für Touristen bietet als Darmstadt. Benötigt werden Stellplatzmarkierungen, eine Entsorgungsvertiefung und zwei Wasseranschlüsse.

Kommentare

Autor	Kommentar
Philipp Stolzenberg (Moderation) 04.06.2013 11:13 ID:273	Dieser Vorschlag wurde per Post eingereicht und hatte Überlänge. Die Moderation hat die Idee gekürzt und die vollständige Begründung als PDF angehängt.
Felix Wolber 09.06.2013 14:02 ID:373	Kann ich mir gut vorstellen

Einsparvorschlag #278 :Neues Rathaus?

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
GS	04.06.2013 19:33	+18 - 18 = 0	278

Brauchen wir wirklich ein neues Rathaus? Natürlich kann man bei optimistischen Annahmen zeigen, dass sich ein Rathaus "rechnet". Aber jeder hat schon erlebt wie sich diese Kostenschätzungen entwickeln... am Ende zahlt die Stadt und damit der Bürger drauf. Das die Stadtverwaltung diese Idee vorantreibt ist klar, wer würde nicht gerne selbst in einem schönen Neubau arbeiten?! Das vorgesehene Grundstück ließe sich wunderbar verkaufen um zusätzlichen, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen - ganz zu schweigen von den Einnahmen für den Verkauf!

Kommentare

Autor	Kommentar
Marty 06.06.2013 08:10 ID:316	Die Mietgebühren, die momentan anfallen, sind langfristig teurer als die Einmalkosten für einen Neubau. Die Räume im Carree ("Neues Rathaus") sind noch einige Jahre mietfrei nutzbar (wurde damals beim Verkauf des Carree festgelegt). Danach fallen hohe Mietkosten an. Dies will die Stadt vermeiden.
Franco 09.06.2013 08:15 ID:363	Wir brauchen kein neues Rathaus!
Richard Jordan 09.06.2013 22:15 ID:380	Wenn mieten langfristig tatsächlich teurer ist als neu zu bauen (und damit neue Schulden zu machen), ist die Entscheidung klar. Allerdings muß erst ein zweifelsfreier Nachweis dafür erbracht werden.
Manfred Sündorf 11.06.2013 20:03 ID:424	Künftige hohe Mietzahlungen für das Neue Rathaus? Stimmt einfach nicht. Laut Herrn OB Partsch: 2.390 qm (Süd+ Nordbau) sind Eigentum der Stadt. Für den gemieteten Mittelbau fallen ab Januar 2018 voraussichtlich 270 Tsd. € / Jahr an Miete an. Diese Miete ist branchenüblich.
Landei 13.06.2013 11:28 ID:461	Das vorgesehene Grundstück soll schon seit 20 Jahre verkauftt werden - immer kam etwas dazwischen. Ob Miete oder Kauf günstiger ist, hängt letztlich von den Zinsen ab. Deshalb hat man in den 80ern eher gemietet - heute scheint ein Kauf günstiger zu sein. Dummerweise sind Kreditzinsen nicht auf 30 Jahre vorhersehbar !

t

Einnahmenvorschlag #388 :Geld in der Region halten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
samian	13.06.2013 20:27	+12 - 26 = -14	388

Es gibt in Darmstadt eine Parallelwährung, den REGIO, der so konzipiert ist, dass das Geld in der Region bleibt, regionale Produzenten und Handwerker sowie inhabergeführte Läden besonders unterstützt werden. Außerdem fallen regelmäßig Spenden für soziale und kulturelle Initiativen an. Auch zinslose Kredite gehören zum Konzept und ermöglichen Unternehmensgründungen. Darmstadt sollte Vorreiter bei dieser innovativen und bereits historisch und aktuell ausreichend erprobten Idee sein. Die Stadt kann das Regionalgeld nicht nur ideell unterstützen, vielmehr sollte es möglich werden, auch Steuern teilweise in REGIO zu begleichen, die benachbarten Landkreise sollten angeschlossen werden, um da, wo es möglich ist, geschlossene regionale Wirtschaftskreisläufe zu bilden. s. www.darmstadt.der-regio.de

Einsparvorschlag #325 :Darmstadt Marketing GmbH abschaffen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Richard Jordan	09.06.2013 22:23	+17 - 53 = -36	325

Darmstadt ist keine Touristenattraktion. Da helfen auch noch so viele Marketingaktionen nicht. Die Darmstadt Marketing GmbH kostet die Stadt über eine Million EUR im Jahr. Da steht in keinem Verhältnis zu den Leistungen (Stadtführungen, Prospekte, Homepage). Oder gibt es eine Analyse, die das Gegenteil beweist?

Kommentare

Autor	Kommentar
MichaelE 12.06.2013 13:56 ID:436	Außendarstellung und Werbung gehören für eine Stadt wie DA schon dazu. Solche weichen Faktoren lassen sich monetär kaum bewerten. Ob aber deshalb Kosten von 1 Mio. pro Jahr gerechtfertigt sind, ist allerdings die Frage. Kostentreiber sind meist weniger Sachausgaben, wie z. B. Prospekte, sondern ausufernden Overheadkosten, sprich Geschäftsführergehalt etc. Das wäre in der Tat mal zu analysieren.

Kultur und Wissenschaft

Stand 20.01.2014

Zahlreiche kulturelle Einrichtungen bereichern das Leben in Darmstadt und dem Umland und sind zugleich auch touristische Anziehungspunkte. Besonders das Jugendstilensemble Mathildenhöhe hat Darmstadt bekannt gemacht, aber auch das Jazzinstitut genießt in Kennerkreisen weltweit hohe Anerkennung. Neben den „großen“ Einrichtungen wie Staatstheater, Volkshochschule, Stadtbibliothek, Akademie für Tonkunst, Institut Mathildenhöhe, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung und Deutsches Polen-Institut werden die vielfältigsten kulturellen Bereiche und Aktivitäten wie z.B. die Freie Kulturszene gefördert, so dass es ein breit gefächertes Angebot gibt. Die meisten städtischen Einrichtungen sind im Eigenbetrieb Kulturinstitute zusammengefasst und werden über die Verlustabdeckung über diesen Produktbereich finanziert. Die größte Aufwandsposition ist mit knapp 14 Mio. € der Zuschuss an das Land Hessen für das Staatstheater.

Statistik

Seitenaufrufe	4305
Ideen	15
Kommentare	53
Stimmen	1581

Ausgabevorschlag

#307 :GEW: Wartung und Verbesserung der IT-Ausstattung an Darmstädter Schulen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
GEW-Darmstadt	07.06.2013 09:33	+166 - 5 = 161	307

Die Computer an Darmstädter Schulen sind aufgrund ihres Zustands im Schulalltag häufig nicht nutzbar. Schuld daran ist vor allem die fehlende Wartung. An vielen Schulen sind außerdem die Geräte veraltet. Die GEW-Darmstadt schlägt daher im Rahmen des Bürgerhaushalts vor, endlich Mittel für eine angemessene Wartung der IT-Ausstattung der Schulen und - wo notwendig - für Neuanschaffungen zu sorgen.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0293

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Bei Kostenstelle 040-000-0330, Sachkonto 6166200 wird der Ansatz im Haushaltsjahr 2014 von 106.750 € auf 166.750 €, im Jahr 2015 auf 216.750 €, im Jahr 2016 auf 266.750 € und im Jahr 2017 auf 316.750 € erhöht.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Im aktuellen Haushaltsjahr 2013 liegen die verfügbaren Mittel bei 420.050 Euro für Hard- und Softwarebeschaffungen sowie für Supportleistungen.

Ogleich durch die fortschreitende Technisierung (immer mehr Technik an den Schulen notwendig: zusätzliche PC's und Drucker, Scanner, Laptops, Beamer, Ausweitung der Vernetzungen, Anschaffung von Smartboards, zusätzliche Anschaffung von Software, Einführung von Netzwerklösungen, perspektivische Anschaffung zusätzlicher Geräte wie Tablet-PC und Apps) immer mehr Mittel benötigt werden, mussten die Ansätze in den letzten 10 Jahren aufgrund der Haushaltskürzungen stufenweise reduziert werden. Parallel hierzu wurde auch die Unterstützung im IT-Bereich durch das Land Hessen im Rahmen der Maßnahme „Schule @ Zukunft“ um ca. 18% gekürzt.

Für das Jahr 2013 wurden schon zusätzliche Mittel in Höhe von 72.000 Euro für Ersatzbeschaffung von Boards sowie für die Einführung von Netzwerklösungen an Schulen bereitgestellt.

Daher findet der Vorschlag die Unterstützung des derzeitigen Magistrats. Der Magistrat ist bereit, künftig zusätzliche Mittel für IT-Ausstattung an Darmstädter Schulen bereitzustellen. Für die Umsetzung des Vorschlags zum Bürgerhaushalt wäre für das Haushaltsjahr 2014 eine Erhöhung des Ansatzes des Sachkontos 6166200 (Wartung von DV-Geräten, Support) um 210.000 Euro auf insgesamt 316.750 Euro notwendig. Aufgrund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit aller Sachkonten bei dieser Kostenstelle stünden die Mittel dann für den gesamten IT-Bedarf zur Verfügung. Die Erhöhung von 210.000 Euro muss dann dauerhaft zusätzlich in den Folgejahren eingestellt werden.

Für 2014 sind im Haushalt 60.000 Euro und ab 2015 bis 2017 je 50.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0293:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft am 21.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=220309100298&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
Georg Truxa 09.06.2013 10:35 ID:368	Ich vermeide möglichst die Nutzung des Internets im aktuellen Unterricht, da meistens die Verbindung nicht klappt bzw. viel zu lahm ist. Also Daten vorher downloaden und z.B. USB-Stick mitbringen.. Der TH-Server an dem wir hängen ist problematisch. (Lehrer an der Erasmus-Kittler-Schule)
Anna 09.06.2013 13:41 ID:370	Die Darmstädter Wilhelm-Leuschner-Schule sollte endlich saniert werden. Während Gymnasien und viele Gesamtschulen in den letzten Jahren renoviert wurden und Einrichtungen für die Betreuung am Nachmittag, Mensen usw. erhalten haben sieht es an der WLS ärmlich aus!
Richard Jordan 09.06.2013 22:00 ID:378	Die IT-Infrastruktur (Technik und Administration) an Darmstadts Schulen ist völlig indiskutabel und einer Wissenschaftsstadt nicht würdig (Elternbeirat an zwei Schulen).
Ulrich Vaeth 10.06.2013 13:00 ID:388	An der Herderschule gibt es seit Beginn der Computernutzung in Schulen nur selbstgebastelte Lösungen, da wir seit 13 Jahren auf unsere Sanierung warten. Wir schlagen uns mühsam mit Kombination von W-Lan und D-LAN durch und leben servicemäßig ständig von der Hand in den Mund, d.h. nur die allerwichtigsten Reparaturen werden durchgeführt - von einer regelrechten Daten- oder Softwarepflege keine Spur
Daniel 10.06.2013 18:06 ID:401	Ich habe vor zwei Jahren von Heidelberg nach Darmstadt gewechselt und bin sehr erschrocken, was die IT Ausstattung und das gesamte IT-Konzept, sofern eines überhaupt vorhanden ist, anbelangt. Als ausgebildeter Informatiklehrer (für Realschulen), frage ich mich, wie man hier die Schüler auf die aktuellen beruflichen Anforderungen (Umgang mit Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Internetrecherche

<p>Marco 10.06.2013 19:37 ID:402</p>	<p>Die "Bezahlung" der meisten IT-Kräfte an den Schulen geht meist über Unterrichtsstunden, die an andere Stelle für echten Unterricht fehlen. Die Stadt Darmstadt als Eigentümerin der Schulgebäude sollte daher einige Netzwerktechniker einstellen, die die IT-Infrastruktur der Schulen aufbauen und aufrechterhalten. (Vielleicht sind Zuschüsse vom Land Hessen möglich)</p>
<p>LadySuppenhuhn 10.06.2013 20:55 ID:406</p>	<p>Professionelle Netzwerktechniker und Unabhängigkeit vom TH-Server würde auch ich mir für meine Schule wünschen. Manchmal ist es über Wochen nicht möglich, eine ordentliche Internetverbindung aufzubauen. Das ist ein Mindeststandard, der eigentlich am Arbeitsplatz gegeben sein sollte.</p>
<p>Fuß und Rad 10.06.2013 23:13 ID:407</p>	<p>Die IT an den Schulen ist so umfangreich, dass hier professionelle IT-Kräfte (Admins, Netzwerktechniker) ein funktionierendes System gewährleisten und ausbauen müssen. Netzwerkprobleme sind leider oft vorzufinden. Diese sind viel kostspieliger und für alle Seiten - Lehrer, Eltern, Schüler, Schulverwaltung unbefriedigend.</p>
<p>S. Otter 11.06.2013 07:15 ID:412</p>	<p>Die IT-Ausstattung bzw die IT Standards der aktuellen Betriebssysteme innerhalb der Schule sind veraltet u. sind oft mit den Systemen die die Schüler nutzen oft nicht kompatibel, sodass im Rahmen der Schulung der Medienkompetenz es zu gr. Problemen gibt. Es bedarf zur Aufrechterhaltung eines stabilen Systems Profis und nicht Lehrer die das in ihrer Freizeit zusätzlich managen!</p>
<p>carlos 11.06.2013 21:23 ID:425</p>	<p>Ich bin an der größten öffentlichen Schule (Lichtenbergschule) tätig. Die Hardware ist veraltet, oftmals demoliert. Die Software und Betriebssystem haben 10 Jahre auf dem Buckel. Beim Server sieht's nicht anders aus. Netzwerk und Wlan waren im vergangenen Jahr mehrfach mehrere Tage nicht verfügbar. Mein Lösungsvorschlag: Professioneller Support mit schnellen Reaktionszeiten und geleasteten Geräten.</p>
<p>Peter Theissen 12.06.2013 16:33 ID:443</p>	<p>Leider kann ich dem nur zustimmen. Obwohl die Schüler im Informatik Unterricht zum Teil hoch motiviert sind, besteht das riesige Problem, dass die PCs infolge veralteter Hardware äußerst langsam sind. Darüber hinaus ist die Situation mit den Druckern und Kopierern mittlerweile so katastrophal, dass ich meine Arbeitsblätter meistens zu hause drucke, da ich sonst viel zu viel Zeit verlieren würde.</p>
<p>roehner 13.06.2013 09:43 ID:454</p>	<p>Im Rahmen der Landesinitiative "Schule@Zukunft" haben die hessischen Schulträger IT-Supportstrukturen aufgebaut. Lediglich der Schulträger Darmstadt hat sich dieser Entwicklung verschlossen. Vor über zwei Jahren gab es den Ansatz eine pädagogische Vernetzung einzuführen. Seit dem hat man nichts mehr davon gehört. Demgegenüber wächst der IT-Bedarf an Schulen ständig: Smartboards, Tablets,...</p>

<p>Landei 13.06.2013 11:27 ID:460</p>	<p>Die Einführung der pädagogischen Vernetzung ist mittlerweile beschlossen - der Schritt aus den IT-Räumen hinaus zum Einsatz von Computern im ganz normalen täglichen Unterricht ist jedoch noch in weiter Ferne. Die Türkei stattet alle Schüler mit i-Pads aus! In D werden die Eltern einspringen müssen.</p>
<p>Klaus 13.06.2013 11:41 ID:462</p>	<p>Als IT'ler sehe ich das etwas anders. Meine Kinder lernen IT mäßig in der Schule sehr wenig, das liegt aber nicht an den alten Geräten, sondern an den Lehrern! Die Medienkompetenz ist unter aller S... Eine Klassengruppe der Lehrerin in Facebook sieht man wohl als das absolut modernste an. Aber ein verantwortungsvoller Umgang mit den Medien-- NULLanzeige.</p>
<p>Ursula 13.06.2013 19:50 ID:487</p>	<p>Im Unterricht verwende ich häufig Abbildungen, Filme, Präsentationen usw., die ich der leichteren Transportierbarkeit wegen gerne auf einem USB-Stick mitnehme. Wenn aber der Medienwagen nicht frei ist, kann ich sie nicht verwenden. Es wäre wirklich großartig, wenn in jedem Klassenzimmer ein Laptop und ein Beamer installiert wäre, so dass man seinen Stick nur einstecken und loslegen kann.</p>

Einsparvorschlag

#340 :Energiekosten in öffentlichen Gebäuden transparent machen und sparen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Fuß und Rad	11.06.2013 00:22	+100 - 8 = 92	340

Energiesparen v.a. an Schulen fördern. Das enorme Energieeinsparpotenzial sollte genutzt werden. Zuerst sollten die Verbrauchswerte (Strom, Wasser, Wärme) der öffentlichen Gebäuden transparent und vergleichbar dargestellt werden. Dann sollten Einsparmaßnahmen gesammelt (evtl. ein HSE-Wettbewerb? mit Gewinnen als Anreiz) werden. Und schließlich sollten sinnvolle Maßnahmen umgesetzt werden.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0370 (Sammelvorlage zu den Ideen #309/12, #338/13, #340/04, #362/04, und #273/15)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Stellungnahme der Fachverwaltung zu der Idee zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Grundsätzlich informiert die Wissenschaftsstadt Darmstadt über die Energiekosten der öffentlichen Gebäude im Energiebericht. Mit dem Energiebericht 2010 wurden ausschließlich Energieverbräuche und Energiekosten der öffentlichen Liegenschaften bisher ohne Energiekennwerte berichtet. Mit der Erstellung des Energieberichts 2012 ist nun vorgesehen, dass auf Grundlage der festgestellten Kosten für Strom, Wärme und Wasser Energiekennwerte-6-ermittelt und Energiesparmaßnahmen an Schulen, Verwaltungsgebäuden, städtischen Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Gebäuden umgesetzt werden. Zu Kosten und möglichen Einsparungen können aktuell noch keine Angaben gemacht werden, da der "Energiebericht 2012" noch erstellt wird.

Der Energiebericht 2012 wird darüber hinaus als Basisbericht für das im Energiemanagement geplante Energiecontrolling dienen. Hierzu wird erstmals der Verlauf der Energieverbräuche über einen Zeitraum von 3 Jahren dargestellt und somit die Tendenz bei den einzelnen Liegenschaften erkennbar.

Auch Projekte, die derzeit öffentlich diskutiert werden, für die jedoch noch keine Beschlüsse gefasst wurden, wie z. B. Neubauten Bürgerrathaus oder Nordbad, werden zu erheblichen Energieeinsparungen führen können.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0370:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013
- Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit am 26.11.2013
- Ausschuss für Bauen, Stadtplanung, Verkehr und Liegenschaften am 28.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222810100376&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 19:44 ID:483	Dies sollte unbedingt umgesetzt werden! Es ist schlimm, dass beispielsweise im Literaturhaus seit Jahren Sommers wie Winters defekte, nicht einstellbare Heizkörper laufen und die entsprechenden Räume deshalb ständig überwärmt sind. Das ist auch nach der Renovierung so geblieben! Ich weiß dies sicher vom 3. Stock, z.B. im Versammlungsraum von Herrn Trabert und im Büro vom IPPh.

Einsparvorschlag

#362 :Wärmedämmung an Schulen: Dichte Fenster & gute Fassadenisolierung sparen Geld!!!

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Matthias G.	13.06.2013 10:59	+100 - 13 = 87	362

In allen vier Schulen, auf die meine Kinder gingen und gehen, pfeift im Winter der Wind durch die Ritzen der Fenster. Die Heizung muss daher auch "zwischen den Jahren" mit hoher Leistung vor sich hinbullern, obwohl Ferien sind. Herunterfahren geht vermutlich nicht, weil dann die Rohre einfrieren. Mir ist das zumindest aufgefallen, als wir als Eltern in den Ferien den Klassenraum gestrichen haben. Temperaturregulierung geht hier nur durch das Öffnen der Fenster. => Hier gibt es ein enormes Einsparpotential, das sich langfristig sicherlich sehr bemerkbar machen würde. Von einer grün-konservativen Stadtregierung würde ich erwarten, dass sie versucht, solche Zustände abzustellen.

Beschluss der öffentlichen Gremien

Vorlage-Nr. 2013/0370 (Sammelvorlage zu den Ideen #309/12, #338/13, #340/04, #362/04, und #273/15)

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Stellungnahme der Fachverwaltung zu der Idee zur Kenntnis.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.09.2013:

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits im Jahr 2003 wurde vom Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein umfassendes Schulbausanierungsprogramm beschlossen. Bisher wurden für Sanierungen und Neubauten von Schulgebäuden rund 130 Millionen Euro investiert und der bautechnisch- und energetische Standard an Darmstädter Schulen deutlich verbessert.

Der Eigenbetrieb Immobilienmanagement Darmstadt saniert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel kontinuierlich Gebäude der Schulen. Im Rahmen der festgelegten Prioritäten im Schulbausanierungsprogramm werden sicherheitstechnische und gesundheitliche Aspekte bei der Bauausführung berücksichtigt. Dazu zählt unter anderem der durch gesetzliche Grundlagen verankerte Wärmeschutz mit der Erhöhung der Standardforderung mindestens nach Energieeinsparverordnung 2009.

Im Rahmen der Planung werden Energiekonzepte zur Optimierung der Energieeffizienz der Gebäudehülle und der Energieverbrauchsanlagen aufgestellt. Durch weitere, in den kommenden Jahren geplante Investitionen an Schulgebäuden, wird davon ausgegangen, dass durch wärmetechnische Gebäudesanierungen die Energieverbräuche signifikant gesenkt werden.

Beschluss des Magistrats vom 06.11.2013:

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Beratung der Vorlage-Nr. 2013/0370:

- Ausschuss für Bildung und Schule am 19.11.2013
- Ausschuss für Umweltschutz und Nachhaltigkeit am 26.11.2013
- Ausschuss für Bauen, Stadtplanung, Verkehr und Liegenschaften am 28.11.2013

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.12.2013:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Vorlage im Parlis [1]

1. https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=222810100376&nid=ni_2013-Mag-344&select_gremium=Mag&status=1

Ausgabevorschlag #345 :Fairtrade und regionale Produkte

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Fuß und Rad	11.06.2013 19:14	+87 - 6 = 81	345

Die Stadt sollte regionale und fair gehandelte Produkte bevorzugen. Aus sozialer und ökologischer Verantwortung heraus sollten entsprechende Vorhaben unterstützt und öffentlichkeitswirksam umgesetzt werden. <http://www.fairtrade-towns.de>

Kommentare

Autor	Kommentar
samian 13.06.2013 19:41 ID:482	Darmstadt ist Fairtrade Stadt. Das sollte eine selbstverständliche Verpflichtung sein, regionale und fair gehandelte Produkte zu bevorzugen. Bei allen städtischen Veranstaltungen aber auch in den städtischen Behörden und Eigenbetrieben sollten möglichst ausschließlich regionale und fair gehandelte Produkte gekauft und verwendet werden. Gleichzeitig sollte darauf öffentlich hingewiesen werden.

Einnahmenvorschlag #329 :bezahlbare studentische Wohnungen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Jürgen_F_Schaldach	10.06.2013 10:57	+87 - 12 = 75	329

In Darmstadt fehlen schon seit Jahrzehnten bezahlbare studentische Wohnungen - aktuell über 2000, Tendenz mit den auf die Hochschulen zurollenden Studentenwellen stark steigend. Die Stadt sollte hier für ihre 'Bürger auf Zeit' studentisches Wohnen befördern. Warum will man dieses Feld privaten Investoren überlassen? Den Ruf 'Wissenschaftsstadt' sollte man hier als Fanal setzen und nicht immer nur nach Wiesbaden deuten: Drei Finger der deutenden Hand weisen immer auf einen selbst zurück!

Kommentare

Autor	Kommentar
Chris 13.06.2013 14:49 ID:473	Absolut richtig!!

Einsparvorschlag #319 :Kirchengemeinden

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Anna	09.06.2013 13:36	+91 - 24 = 67	319

Kirchengemeinden sollten sich selbst durch ihre Kirchensteuer finanzieren. Hier könnte eingespart werden!

Kommentare

Autor	Kommentar
Jürgen Maier 10.06.2013 17:17 ID:398	Kirchengemeinden finanzieren sich bereits jetzt u.a. durch Kirchensteuern und Spenden. Sind sie Träger z.B. von Kindertagesstätten, übernehmen sie im Rahmen der Subsidiarität öffentliche Aufgaben und werden dafür finanziert.

Ausgabevorschlag

#294 :Instandsetzung des Fahrstuhls im Literaturhaus

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
hruhemann	05.06.2013 09:28	+43 - 6 = 37	294

Durch die Ausserbetriebnahme des Fahrstuhls - der jahrzehntelang zuverlässig funktioniert hat - ist das Literaturhaus nur noch im Erdgeschoss einigermassen behindertengerecht zugänglich. Für alle Einrichtungen in den Stockwerken sind Teilnahme, geschweige denn Mitwirkung von Rollstuhlfahrern so gut wie ausgeschlossen. Zur Gegenfinanzierung unterstütze ich den Einsparvorschlag beim Staatstheater.

Kommentare

Autor	Kommentar
Horst Raatz 08.06.2013 22:52 ID:339	Diesem Vorschlag kann ich mich nur anschließen. Älteren und behinderten Menschen wird die Mitwirkung sehr erschwert bzw. diese wird gänzlich ausgeschlossen. Bitte Instandsetzung vornehmen.
Jürgen Maier 10.06.2013 17:13 ID:397	Das dürfte doch in Zeiten von vorgeschriebener Barrierefreiheit und Bemühungen um Inklusion gar kein Thema sein. Also Aufzug so schnell wie möglich wieder in Betrieb nehmen und wenn notwendig erneuern.
samian 13.06.2013 19:50 ID:488	Auch ich schließe mich diesem Vorschlag und den Kommentaren vorbehaltlos an. Es ist eine Diskriminierung behinderter Personen, die da vielfältig stattfindet! Das sollte unbedingt Vorrang bekommen. Der Aufzug war einer der wenigen, der immer funktioniert hat! Vielleicht sollte man mal darüber nachdenken, ob er nicht einfach weiterlaufen kann. Grenzwerte werden doch auch immer mal geändert...

Einsparvorschlag #301 :Schliessung der Kunsthalle

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Anke	06.06.2013 09:40	+64 - 45 = 19	301

diese idee fällt mir schwer niederzuschreiben, aber nach meiner subjektiven beobachtung ist die kunsthalle zwar mit spannenden ausstellungen bestückt, aber eher sehr wenig besucht, was sicher auch die unattraktive lage macht. mein vorschlag: schliessung des hauses und die ausstellungsideen und -projekte in den anderen bestehenden museen integrieren (landesmuseum, mathildenhöhe, zusammenarbeit mit galerien, temporäre nutzung der ehemals kommunalen galerie etc.) allerdings hat die kunsthalle platz für große projekte und installationen... - man sieht, die idee muss noch weiter überlegt werden.

Kommentare

Autor	Kommentar
MichaelE 12.06.2013 14:20 ID:439	Dem Vorschlag schließe ich mich an. Auch ohne die Kunsthalle wäre DA immer noch "Kulturmetropole". Das Geld sollte man besser in Bildung und Kinderbetreuung investieren.

Einsparvorschlag #230 :Weniger Geld fürs Staatstheater

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Marty	25.05.2013 10:24	+75 - 62 = 13	230

Kulturförderung schön und gut, aber über 50% aller Gelder in diesem Bereich für eine einzelne Einrichtung? Wenn man sich im Gegenzug ansieht, wie groß der Anteil für die Büchereien ist, und dort wurden aus Kostengründen Zweigstellen geschlossen, erschließt sich für mich nicht, warum 14 Mio EUR jedes Jahr erforderlich sind. Ich habe nur ein Argument für diese Summe: die vielen Arbeitsplätze, welche das Staatstheater bietet. Brauchen wir Ballett? Brauchen wir Opern? Ist der Preis dafür gerechtfertigt? In Mainz und Frankfurt gibt es tolle Angebote dafür. Statt dessen sollte die Freie Szene besser unterstützt werden. Mein Beitrag ist bewusst provokativ, bitte nicht persönlich nehmen.

Kommentare

Autor	Kommentar
Klaus 04.06.2013 12:19 ID:291	Ballett, Oper,...? Ich steh nicht drauf, aber ja, wir sollten soetwas haben, ABER wenn andere Theaterprojekte sich marktwirtschaftlich aufstellen müssen und Ihr Geld über die Eintrittspreise iennehmen müssen, warum dann nicht auch das Staatstheater? Die Frage ist auch, braue ich ein so großes Ensemble? Brauche ich so viele verschiedene Stücke jedes JAhr?
hruhemann 05.06.2013 09:20 ID:305	Als ich 1972 in Darmstadt nach meinem Einzug in die Hügelstrasse die Einweihung des Staatstheaters erlebte und meine Kinder das Anfahren der Grosskunstwerke von Pomodore auf dem Theatervorplatz von unserem Balkon aus verfolgten, waren unsere Hoffnungen hoch gespannt. Diese Hoffnungen wurden aber nicht erfüllt. Fazit: die Höhe der Öffentlichen Zuschüsse garantieren keine Qualität!
Sparbrötchen 06.06.2013 15:08 ID:329	Im Verhältnis zu den anderen Kultureinrichtungen ist die hohe Förderung des Staatstheaters überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Darmstadt geht nicht unter, wenn hier der Rotstift angesetzt wird. Aber Darmstadt geht unter, wenn man so weitermacht wie bisher! Also Politiker aller Parteien: Traut Euch!
LuRü71 06.06.2013 18:48 ID:331	Nicht weniger Geld!! Im Gegenteil! Aber: Freikarten an Studenten? Warum das??? Es ist nichts einzuwenden, wenn ein Student an der Abendkasse eine Karte für 5 Euro kaufen kann, die vorher nicht verkauft war. Generell aber zu sagen das Studenten gratis - Wenigverdiener aber zum vollen Preis ihre Karten bekommen ist weder sozial ausgewogen noch gerechtfertigt. Sofort abschaffen!!!
Anke	den freien eintritt für die studierenden zahlen diese anteilig aus ihrem semesterbeitrag und bringt dem theater aktuell noch zusätzliche

08.06.2013 13:43 ID:338	einnahmen, solange der break-even-point nicht überschritten wird. es sieht letztendlich nur nach freien eintritt aus, weil vor ort kein entgelt entrichtet werden muss, aber das theater bekommt dafür jährlich einen betrag überwiesen.
Franco 09.06.2013 07:32 ID:348	Nicht nur MZ u. Ffm haben Theater, auch MA, Heidelberg ist leicht zu erreichen. Andere Hessen müssen auch weiter reisen, wie Vogelsbererg u.a.. Man könnte sich auf ein gutes Staatstheater im Rhein-Main-Gebiet einigen, dann wäre dies auch immer ausverkauft. 50 % der Gelder von uns DA für dies Theater ist einfach vielzuviel. Wieviel zahlen hier Landkreisbewohner? Einsparvorschlag prima!
Anna 09.06.2013 13:30 ID:369	Es wäre schlimm, wenn sich eine Stadt wie Darmstadt kein eigenes Theater mehr leisten könnte! Oper, Balett, Kammerspiele, Bar sind hervorragend. Eventuell könnte man am miserablen Schauspiel sparen und und dafür Gastinszenierungen ermöglichen
Jürgen Maier 10.06.2013 17:09 ID:396	Ich meine, dass das Staatstheater und die freie (sehr wichtige Theater-Szene!!!) wie auch andere Kulturangebote nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Jede Sparte hat ihren eigenen Stellenwert. Es ist gut, dass wir in Darmstadt so ein breites Angebot haben und ich finde es überwiegend auch qualitativ. M. Wissens war das Staatstheater von Sparbemühungen seither auch nicht ausgeschlossen
Marco 10.06.2013 19:40 ID:403	Auf der einen Seite ist es wichtig, ein nicht "am Markt" orientiertes Theater zu haben, um auch andere Kultur zu bieten. Auf der anderen Seite schließen die Eintrittspreise aber viele MitbürgerInnen aus. Und benötigt das Staatstheater wirklich 3 Sparten? Wie viel zahlt der Landkreis an Zuschüssen? Insgesamt plädiere ich für eine gerechtere Verteilung der Kulturmittel.
Fuß und Rad 11.06.2013 00:13 ID:411	Jedes Theaterspiel ist völlig zwecklos, aber höchst sinnvoll. Es regt den Geist an, die Fantasie, die Einbildungskraft, es füllt den unwiederholbaren Moment des Lebens, in dem es sich vollzieht, und zieht den Betrachter auf diese Weise hinein ein geistiges Abenteuer. So weitet jedes fantasievolle Spiel, auch das Theaterspiel, den Blick hinaus aus den Engen des normalen Lebens. (M. Lütz)
bürg289 13.06.2013 23:00 ID:505	Schön, dass der Vorschlag ‚weniger Euros für das Staatstheater‘ auch im BHH 2013 aufgegriffen wird. Ein Rückblick: im BHH 2012 wurde – damals nur wenig kommentiert – für das St.th. die Abstimmung über eine Betriebskosten-Zuschußreduktion von 2-5% / Jahr für 2-4 Jahre formuliert. Die freigesetzten Beträge können für andere Kulturträger und / oder zum Beispiel für schulische Zwecke verwendet werden.

Einsparvorschlag #282 :Volkshochschule-Zuschüsse

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 20:12	+37 - 37 = 0	282

Die Kursangebotspalette dahingehend durchforsten, ob bei allen Kursen ein dringender öffentlicher Zweck besteht .Kurse, die der persönlichen Lebensgestaltung dienen, sollten grundsätzlich kostendeckend angeboten werden.

Einsparvorschlag

#214 :Theater : Inszenierungspraxis überdenken

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	20.05.2013 22:28	+47 - 55 = -8	214

Der Zuschuss sollte an die Besucherzahlen gekoppelt werden, dann wäre das Theater gezwungen, seine Inszenierungspraxis zu überdenken.

Kommentare

Autor	Kommentar
Anke 21.05.2013 22:31 ID:200	hätte sicher zur Folge, dass dann eher weniger neue Stücke oder experimentelle Stücke aufgeführt werden, aus Angst, Zuschüsse zu verlieren.
WKr 30.05.2013 13:22 ID:250	Zuschüsse sollten wirklich nicht an die Anzahl der Zuschauer gekoppelt werden. Dann würde die Auswahl der aufgeführten Stücke sich an rein kommerziellen Aspekten orientieren, und damit würde das Staatstheater als Träger von Kultur eher seine Funktion einbüßen. Und die Legitimation für Subventionen wäre noch schwerer aufrecht zu erhalten.
LuRü71 06.06.2013 19:03 ID:333	Nicht den Lehrplan im Schauspiel inszenieren sondern was das Publikum sehen will. Nicht die Masse an Inszenierungen (die leer bleiben) sondern Klasse sollte die Maxime sein. Inszenierverbot für Intendanten und Spartenleitung bürgt übrigens auch für Vielfalt! Lieber die Regiegage an Regisseure als on Top immer und immer an den Intendanten oder die Ballett- oder Schauspielerektion!

Einsparvorschlag #281 :Museum

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	04.06.2013 20:03	+20 - 44 = -24	281

Ehrenamtliche Mitarbeiter für die Aufsicht im Museum gewinnen und damit Bewachungskosten (Personalaufwand) vermeiden. Auf den Erwerb neuer Exponate verzichten.

Kommentare

Autor	Kommentar
Anke 06.06.2013 09:34 ID:317	in den darmstädter museen arbeiten schon viele ehrenamtliche vom verein "ehrenamt für darmstadt", ebenso im vivarium und und anderen kulturellen/ freizeitlichen einrichtungen.
Elisabeth 13.06.2013 09:37 ID:453	Zu beachten sei, dass die Rechnung mehr freiwillig engagierten Menschen ist gleich weniger Kosten nicht unbedingt aufgeht. Die Organisation von freiwillig engagierten Menschen ist ein Arbeitsfeld für sich, beansprucht Zeit und auch finanzielle Ressourcen.

Ausgabevorschlag #243 :Musikveranstaltungen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
gmx	31.05.2013 09:52	+5 - 35 = -30	243

Musik hören und tanzen, initiiert von ehrenamtlichen, musikalischen Interessierten.

Einsparvorschlag #229 :Agendabüro erhalten

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Marty	25.05.2013 10:16	+18 - 56 = -38	229

Es gibt Pläne, das Agendabüro aufzulösen und der Bürgerbeauftragten zu unterstellen. Das Agendabüro macht mit wenig Personal eine gute Arbeit, die ehrenamtlich engagierten Bürger, welche in den verschiedenen Themengruppen der Lokalen Agenda 21 Darmstadt aktiv sind, sollten auch weiterhin einen Ansprechpartner haben, der nicht auch noch für 1.000 andere Dinge zuständig ist.

Kommentare

Autor	Kommentar
M.Krämer 27.05.2013 17:51 ID:232	Widerspruch: So wenig, wie die Agenda 21 in Darmstadt wahrnehmbar ist, sollte unbedingt über Einsparungen nachgedacht werden. Hier wird teureres Personal für die Betreuung von wenigen engagierten aber auch organisierten Bürgern vorgehalten. Dieses Geld für die allgemeine Bürgerbeteiligung zur Verfügung zu stellen erscheint mir zeitgerechter. Agenda 21 war mal in Darmstadt, heute eher bedeutungslos.
Jürgen Maier 27.05.2013 18:32 ID:235	Ich halte es für eine diskussionswürdige Idee, vergleichbare und zusammenhängende Aufgaben an einer Stelle zu bündeln. Das kann die Qualität verbessern und inhaltliche Synergien hervorbringen, ohne dass das gleich ein Einspareffekt haben muss.
MichaelE 28.05.2013 17:39 ID:243	Wozu überhaupt ein Agenda-Büro? Wenn das von der Bürgerbeauftragten jetzt miterledigt werden kann, stellen sich 2 Fragen: 1. War bzw. ist die Bürgerbeauftragte bislang zu wenig ausgelastet? 2. Spielt sich beim Agenda-Büro so wenig ab, dass das für die Bürgerbeauftragte kaum Mehrarbeit ausmacht? Egal wie man dies beantwortet: Beides braucht man wohl im bisherigen Zuschnitt offensichtlich nicht.
Marty 06.06.2013 07:57 ID:313	Wie am 5.6. in der Agendabeiratsitzung offiziell bekannt gegeben wurde, wurde Agendabüro bereits zum 1.5. aufgelöst und in das Dezernat 1 überführt. Die Agenda-Aktivitäten werden nun von der Bürgerbeauftragten koordiniert.

Einsparvorschlag #213 :Theater-Umwandlung in eine GmbH

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Schweingeiger	20.05.2013 22:25	+24 - 67 = -43	213

Grundsätzlich täte es dem Theater selbst, als auch der Stadtkasse gut, wenn das Theater finanziell auf eigenen Füßen stehen würde. Die Besucher des Theaters sind im Schnitt besser situierte Bürger, welche auch die Mittel haben, das Theater und sein Programm zu finanzieren. Insofern Preise erhöhen und Zuschüsse reduzieren. Mit einem Gutachten sollte geprüft werden, ob sich durch die Umwandlung des Theaters in eine GmbH, effizientere Strukturen und damit auf Sicht auch Einsparungen ergeben könnten.

Kommentare

Autor	Kommentar
Conny 23.05.2013 12:16 ID:214	Ich möchte mich diesem Vorschlag anschließen.
LuRü71 06.06.2013 18:52 ID:332	Damit die Beschäftigten, die ohnehin schon mit dem Tarif und den Darmstädter Lebenshaltungskosten dann aus Aufstocker zur Stadt gehen müssen? Eine GmbH beinhaltet doch auch immer den Haustarifvertrag und damit einen Gehaltsverzicht. Man kann ein Theater ausquetschen - darf dann aber keine Qualität mehr erwarten!!!
samian 13.06.2013 19:47 ID:484	Nein, das Staatstheater soll unbedingt eine städtische Einrichtung bleiben. Das ist ein Aushängeschild für die Stadt!

Einsparvorschlag #347 :Vivarium schliessen

Autor	Erstellt	Ergebnis	ID
Landei	12.06.2013 10:50	+3 - 127 = -124	347

Die Diskussion um den Zirkus Krone zeigt dass die artgerechte Wildtierhaltung nicht möglich und offensichtlich nicht mehr erwünscht ist. Einen Zirkus verbieten und selbst einen Zoo betreiben passt nicht zusammen!